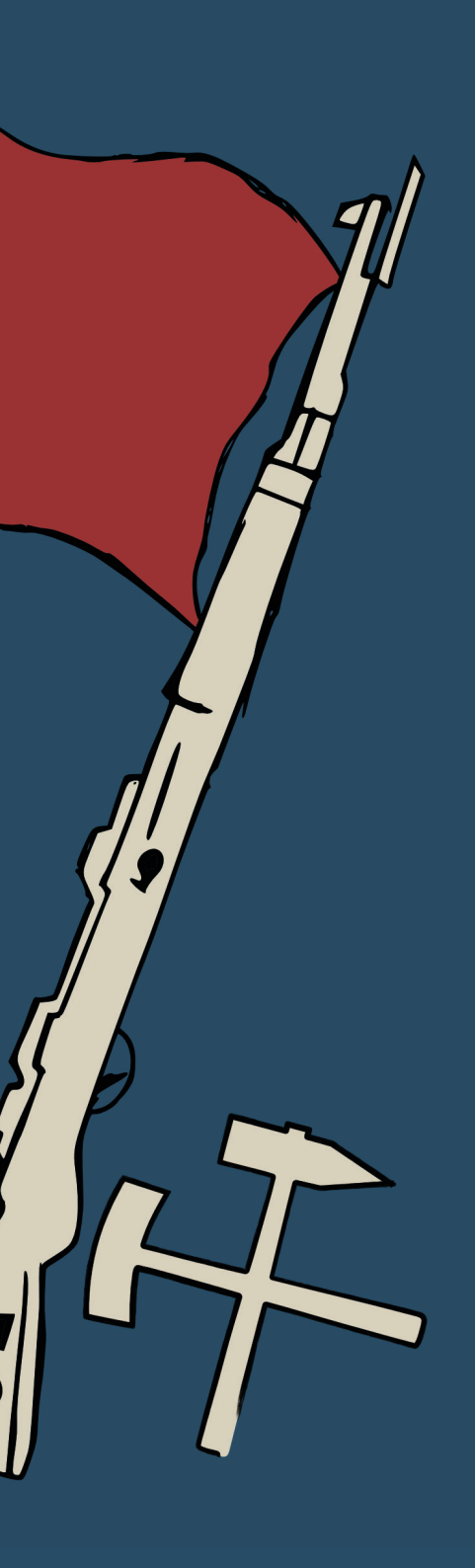




Theoretisches Organ
der Kommunistischen Partei

Klassenkampf & Wissenschaft

Ausgabe 02–2025

Editorial

Klasse gegen Klasse oder
„Klasse gegen Klasse“?

Die Ideologie der Postmoderne

Der Bürgerkrieg an der Ruhr.
Die Rote Ruhrarmee und ihre Lehren

„Die Gewalt soll gegeben werden dem
gemeinen Volk“: Der Bauernkrieg
von 1525 und seine Folgen

Browderismus in Reinform:
Der 24. außerordentliche Kongress der
Kommunistischen Partei Kolumbiens

Klassenkampf & Wissenschaft

Ausgabe 02–2025

Herausgegeben von der Ideologischen Kommission
der Kommunistischen Partei

Kommunistische Partei
kommunistischepartei.de
info@kommunistischepartei.de
instagram: [@kommunistischepartei.de](https://www.instagram.com/kommunistischepartei.de)
x: [@kpdeutschland](https://www.x.com/kpdeutschland)

Inhalt

5 Editorial

7 Klasse gegen Klasse oder „Klasse gegen Klasse“?

- 8 Was ist die Einheitsfront von unten?
- 12 Einheitsfront von oben?
- 15 Der Charakter der Sozialdemokratie
- 20 Der Kampf gegen Faschismus und Sozialdemokratie
- 21 Wer ist Schuld am Faschismus?
- 22 „Bürokratie“ und „Formalismus“
- 24 Einheitsfront oder Volksfront
- 28 Die trotzkistische Einheitsfront
- 33 Die Einheitsfront aus Linkspartei und KgK
- 39 Klasse gegen Klasse oder „Klasse gegen Klasse“?

41 Die Ideologie der Postmoderne

- 42 Ist Sprache unabhängig von der Wirklichkeit?
- 45 Hyperrealität aus Simulationen?
- 46 Reaktionäre Rolle in revolutionärem Gewand
- 48 Der reaktionäre Kern des Postmodernismus

51 Der Bürgerkrieg an der Ruhr. Die Rote Ruhrmee und ihre Lehren

- 53 Einleitung
- 54 Der Kontext des Putsches. Weltkrieg, gescheiterte Novemberrevolution und Restauration durch die „Weimarer Republik“
- 58 Die Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet
- 61 Die Kräfte der Konterrevolution
- 66 Der sogenannte Kapp-Putsch und der Abwehrkampf

73 Die Rote Ruhrarmee

73 Die ersten Tage: Zerschlagung des Freikorps Lichtschlag und Sieg im Bergischen Land

76 Aus losen Gruppen wächst eine Armee

79 Die Gegenoffensive der Konterrevolution

86 Die Lehren

93 „Die Gewalt soll gegeben werden dem gemeinen Volk“: Der Bauernkrieg von 1525 und seine Folgen

94 Der Übergang vom Feudalismus zur bürgerlichen Gesellschaft und seine besondere Form in den deutschen Territorien

95 Dezentralisierte Zentralisation: Klassenkämpfe in Deutschland um 1500

98 Luther oder Müntzer: Revolution in der Theologie oder Theologie in der Revolution?

103 „Die Herren machen das selber, dass ihnen der arme Mann Feind wird“ – Kampf und Niederlage der Bauern

109 Die Ergebnisse der deutschen frühbürgerlichen Revolution und ihre Folgen für den weiteren Verlauf der deutschen Geschichte

113 Browderismus in Reinform: Der 24. außerordentliche Kongress der Kommunistischen Partei Kolumbiens

114 Browderismus – eine rechtsoportunistische und liquidatorische Strömung

118 Der Zweite Nationale Parteitag der PCC 1944

120 Der 24. außerordentliche Parteitag der PCC: Browderismus im 21. Jahrhundert

126 Die Sozialdemokratie – Feind der Kommunisten

128 Schlussfolgerung

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

die zweite diesjährige Ausgabe der „Klassenkampf und Wissenschaft“ besteht aus verschiedenen Texten zu historischen Themen mit Lehren für heute und aktuellen Fragen, mit denen sich die Kommunistische Partei (KP) und die kommunistische Bewegung aktuell beschäftigen. Dabei wird nicht auf ein einzelnes Thema ein besonderer Fokus gelegt, sondern es werden verschiedene Aspekte und Fragen behandelt.

Der erste Text dieser Ausgabe beschäftigt sich mit der Taktik der proletarischen Einheitsfront von unten, die mehrfach Gegenstand von Diskussionen mit anderen Organisationen im Verlaufe dieses Jahres gewesen ist. Der Text ist eine Antwort auf eine Kritik zweier Autoren der Online-Zeitung „Klasse gegen Klasse“ an ihrem Verständnis der Einheitsfront. Er versucht mit Missverständnissen und falschen Interpretationen aufzuräumen und klarzumachen, dass die KP einen ernsthaften und konsequenten Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse auf klassenkämpferischer Basis führt. Gleichzeitig begründet der Text, warum die Einheitsfront „von oben“, also Bündnisse zwischen revolutionären und reformistischen Organisationen, letztlich die Bewegung in die Sackgasse einer fortschreitenden Anpassung der Revolutionäre an die herrschenden Verhältnisse führt.

Des Weiteren veröffentlichen wir in dieser Ausgabe eine Kritik an der Ideologie der Postmoderne. Der Postmodernismus hat erheblichen Einfluss auf Linksliberale, aber auch auf Strömungen, die sich selbst als „linksradikal“ bezeichnen oder sich gar der kommunistischen Bewegung zurechnen. Der Artikel setzt auf einer grundsätzlicheren, philosophischen Ebene an und begründet, warum „die postmoderne Ideologie dem Marxismus nicht nur feindlich gesinnt ist, sondern schon fast als sein vollkommenes Gegenteil bezeichnet werden könnte, und dass sie gezielt von der herrschenden Klasse eingesetzt wird, um die Arbeiterklasse ihrer Weltanschauung zu berauben“.

Zwei Texte in dieser Ausgabe behandeln historische Ereignisse und welche Lehren für heute aus ihnen gezogen werden können. Ein Artikel widmet sich der Geschichte der „Roten Ruhrarmee“ von 1920, der ersten proletarischen Armee auf deutschem Boden. Die damals gemachten Erfahrungen dieses bis-

her unterbeleuchteten Kapitels der deutschen Arbeiterbewegung liefern auch für heute Antworten auf zentrale Fragen der Strategie und Taktik, wie der Einheitsfronttaktik. Der zweite Artikel widmet sich dem 500-jährigen Jubiläum der Bauernkriege, der bedeutendsten revolutionären Aktion auf dem Gebiet des heutigen Deutschlands vor den Revolutionen von 1848/49 und im November 1918. Die Abhandlung stellt den historischen Verlauf der Bauernkriege dar und diskutiert ihre Bedeutung für die Herausbildung der bürgerlichen Verhältnisse in Deutschland. Die Bauernkriege sind ein wichtiges Zeugnis für die kämpferischen Traditionen der unterdrückten und ausgebeuteten Klassen auf dem Gebiet des heutigen Deutschland.

Schließlich veröffentlichen wir einen Artikel von Tomás Oroño aus der „Orientación“, der Zeitung der Kommunistischen Partei Argentiniens (PCA), mit dem Titel „Browderismus in Reinform: Der 24. außerordentliche Kongress der Kommunistischen Partei Kolumbiens“. Es handelt sich beim „Browderismus“ um ein opportunistisches Programm der Klassenversöhnung, welches auf Earl Browder, einem der führenden Köpfe der Kommunistischen Partei der USA (CPUSA) in den 1940er Jahren, zurückgeht. Der „Browderismus“ hat bis heute starke Auswirkungen auf die kommunistische Bewegung in verschiedenen Ländern Lateinamerikas. Der von uns übersetzte Artikel der PCA beschreibt seine Entwicklung in Kolumbien, Kuba und Peru und zeigt die Bedeutung des Kampfes gegen den Opportunismus und die Sozialdemokratie auf. Wir danken der PCA für die Möglichkeit, diesen Text bei uns veröffentlichen zu dürfen.

Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern eine spannende Lektüre. Wir freuen uns weiterhin über Einsendungen von Kommentaren, Kritiken und auch ganzen Artikeln.

Klasse gegen Klasse oder „Klasse gegen Klasse“?

Eine Antwort von Jakob Schulze an Tom Krüger und Luis Linden von der Online-Zeitung „Klasse gegen Klasse“¹

Im Anschluss an eine Diskussionsrunde bei Fabian Lehr unter dem Titel „KommunistInnen rein in die LINKE?“² veröffentlichte die Online-Zeitung „Klasse gegen Klasse“ (im Folgenden KgK) unter dem Titel „Einheitsfront oder ‚Einheitsfront von unten‘?“ eine Kritik von Tom Krüger und Luis Linden an dem Verständnis der Einheitsfront der Arbeiterklasse, welches ich dort als Vertreter der Kommunistischen Partei vertrat.

„Soll man die Führung des Reformismus ignorieren oder sie in einen politischen Kampf verwickeln?“ fragt KgK bereits im Untertitel. Und so beginnt das ideologische Wirrwar, aus dem sich die Autoren auch im weiteren Verlauf nicht befreien werden, schon in den ersten Sätzen. Mit dem ersten Schwung ist man an der eigentlichen Fragestellung vorbeigerauscht und bei einem Pappkameraden zum Stehen gekommen: Wer bitte plädiert dafür, die „Führung des Reformismus“ zu „ignorieren“? Die KP sicher nicht. Es reicht ein Blick in unseren veröffentlichten Programmentwurf, um zu sehen, welche Bedeutung wir dem Reformismus und insbesondere seiner Führung zu kommen lassen: Ein ganzes Kapitel unter dem Titel „Der Reformismus – eine tödliche Illusion“ haben wir ihm gewidmet. Räumen wir diesen ersten Pappkameraden also aus dem Weg und halten fest: Natürlich wollen – oder besser gesagt: müssen – wir die Führung des Reformismus in einen politischen Kampf verwickeln. Was das unserer Ansicht nach heißt – dazu später mehr.

Nun können wir uns der eigentlichen Fragestellung widmen, an der die Autoren von KgK (sehenden Auges?) vorbeigerauscht sind: *Soll man den Reformismus bekämpfen oder ein Bündnis mit ihm schließen?* Genau hier liegt die Scheidungslinie zwischen KgK und uns, auch wenn das von den beiden Autoren mit Sicherheit bestritten werden wird. Doch die Kritik an uns offenbart

1 Krüger, Tom und Linden, Luis (2025): „Einheitsfront oder ‚Einheitsfront von unten‘?“. Online: klassegegenklasse.org/einheitsfront-oder-einheitsfront-von-unten/ (Im Folgenden KgK 2025).

2 <https://youtu.be/Hz6mqVFJ0j8?si>

eine gefährliche Verharmlosung der Rolle des Reformismus und der reformistischen Organisationen – was ich im Folgenden begründen werde.

Was ist die Einheitsfront von unten?

Ich konnte in der kurzen Zeit in der Diskussionsrunde unsere Position der „Einheitsfront von unten“ nur recht oberflächlich darstellen. Seit der Diskussionsrunde habe ich ein weiteres Streitgespräch über die revolutionäre Strategie mit Tim von der DKP geführt.³ Auch hier war die Frage der Herstellung der Einheitsfront ein zentraler Diskussionspunkt. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, hier noch einmal ein paar missverständliche Aussagen klar zu stellen. Damit will ich dem Vorwurf begegnen, dass wir durch zu hohe Anforderungen den gemeinsamen Kampf mit nicht-kommunistischen Arbeitern unmöglich machen und von diesen isoliert bleiben.

Heute ist die Arbeiterbewegung in einer tiefen Krise. Der Einfluss der Kommunisten in der Arbeiterbewegung ist seit Jahrzehnten extrem schwach, auch wenn aktuell ein gewisser Aufschwung zu erkennen ist. Die Isolation von den kampfbereiten und kampfstarken Teilen der Arbeiterklasse ist immer noch bedeutend. Doch selbst wenn der aktuelle Aufschwung nachhaltig zur klassenkämpferischen Organisation der Arbeiterklasse genutzt werden und der Einfluss der Kommunisten ausgebaut werden kann, müssen wir anerkennen: Solange die Revolution nicht siegreich war, werden die Kommunisten ihre Politik aus einer „Minderheitenposition“ (Begriff von KgK) machen, auch wenn sie in bestimmten Phasen „mehrere Millionen Wähler:innenstimmen“ auf sich vereinigen. Denn erst in einer revolutionären Krise, in der die Massen „nicht mehr so leben wollen“⁴ wie bisher, werden sie zugänglich für das Programm der Kommunisten, den Sturz der herrschenden Kapitalistenklasse. Daraus folgt, dass die Kommunisten vor der revolutionären Krise nur verhältnismäßig wenige Arbeiter bei sich oder im unmittelbaren Umfeld der Partei organisieren können.⁵ Sie kämpfen um jeden Kopf, ohne aber der Illusion zu

3 Mit „verhältnismäßig wenigen Arbeitern“ können zehn- bis hunderttausende gemeint sein, möglicherweise auch mehr.

4 Lenin, W. I. (1915): Der Zusammenbruch der II. Internationale. In: Lenin-Werke. Band 21, Dietz Verlag Berlin 1960, S. 206f

5 Thälmann, Ernst (1932): Wie schaffen wir die Rote Einheitsfront?. In: Ernst Thälmann – Reden und Aufsätze zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Band 4. Verlag Rote Fahne 1975, zitiert nach KgK 2025 <https://www.klassegegenklasse.org/einheitsfront-oder-einheitsfront-von-unten/> (Abgerufen am 11.09.25).

verfallen, dass die Mehrheit außerhalb einer revolutionären Krise gewonnen werden kann.

Durch die realen Erfahrungen im Klassenkampf (der unabhängig vom Willen der Beteiligten stattfindet), in dem die Arbeiter immer wieder mit dem Klassengegensatz konfrontiert werden, bilden sie spontan ein „nur-gewerkschaftliches“ Bewusstsein aus. Die Arbeiter begreifen, dass sie sich zusammenschließen und für die Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen kämpfen müssen. Allerdings führt dieses Bewusstsein nicht von alleine über den Rahmen der kapitalistischen Verhältnisse hinaus, denn dafür ist ein wissenschaftliches Verständnis des Kapitalismus notwendig, was nur durch die Aneignung des Marxismus-Leninismus gewonnen werden kann.

Der Reformismus, der dem „nur-gewerkschaftlichen“ Bewusstsein zu Grunde liegt, aber auch jede andere bürgerliche Ideologie (wie Chauvinismus, Rassismus usw.) verhindert in nicht-revolutionären Zeiten, dass die Massen vom revolutionären Klassenbewusstsein ergriffen werden. Revolutionäres Bewusstsein entwickelt sich aus „nur-gewerkschaftlichem“ Bewusstsein (nicht zu verwechseln mit sozialdemokratischem Bewusstsein), allerdings nicht von alleine, sondern nur in einer aktiven Auseinandersetzung mit der kommunistischen Weltanschauung. Diese Auseinandersetzung für Arbeiter zu ermöglichen ist die Aufgabe der kommunistischen Partei, sie „trägt“ das revolutionäre Bewusstsein in die Arbeiterklasse. Die Hebung des Bewusstseins von einem „nur-gewerkschaftlichen“ zu einem revolutionären Bewusstsein ist damit verbunden, die Illusion eines reformierbaren Kapitalismus zu bekämpfen, denn letztlich stellt die Revolution das genaue Gegenteil einer Reform des Kapitalismus dar.

Nun behaupten die Autoren von KgK, dass die KPD unter der Führung Ernst Thälmanns die Anerkennung des Programms der KPD zur Voraussetzung zur Zusammenarbeit mit sozialdemokratischen Arbeitern machte und überträgt diese Behauptung implizit auch auf die KP heute. Dieser Vorwurf gegenüber der KP wurde zuletzt auch noch einmal vom Vertreter der DKP im Streitgespräch „Wie kommen wir zum Sozialismus“ in der Kommunistenkneipe zur revolutionären Strategie wiederholt. Ich will an dieser Stelle versuchen, noch einmal alle Missverständnisse über unser Verständnis der Massenarbeit und der proletarischen Einheitsfront aus dem Weg zu räumen.

Kern unserer Politik ist es, anhand der eigenen Erfahrungen im gemeinsamen Kampf die Notwendigkeit des Sturzes des Kapitalismus erkennbar zu machen. Die Erkenntnis muss reifen, dass die Arbeiterklasse nur so dauerhaft besser leben kann. Dafür machen wir es gerade nicht zur Voraussetzung, dass alle anderen Mitkämpfer den Sturz des Kapitalismus selbst als Notwendigkeit begreifen, oder auch nur eine klare Vorstellung vom Kapitalismus haben. Das wäre in der Tat falsch und würde unsere Isolation von der Arbeiterklasse nicht aufheben. Wir verhöhnen, verachten und bevormunden diejenigen Arbeiter, die noch reformistischen Illusionen nachjagen, nicht – wir wollen sie überzeugen. Wir involvieren uns in den Kämpfen, entweder am eigenen Lebensschwerpunkt unserer Genossinnen und Genossen oder in politischen Bewegungen wie der Palästina-Solidaritätsbewegung mit dem Ziel, die klassenkämpferische, revolutionäre Linie in diesen Kämpfen zu stärken. Da die meisten Kämpfe spontan ohne unser Zutun entstehen, erfordert unser Eingreifen ein möglichst gutes Verständnis des Bewusstseinsstands der Beteiligten und der Kräfteverhältnisse zwischen den reformistischen, opportunistischen, sozialdemokratischen oder anderen bürgerlichen Kräften und den Kräften der Arbeiterklasse. Im Sinne einer gemeinsamen Erfahrung im Kampf sind wir also bereit, viele Schritte, auch solche, die wir selbst für Fehler halten, mit zu gehen und den Kampf der Arbeiter weiter zu unterstützen. Wir haben uns beispielsweise an einer ganzen Reihe an Palästina-Camps in Deutschland beteiligt und Energie in die praktische Umsetzung der Camps und der Proteste gesteckt, ohne dass unsere Positionen hegemonial waren oder wir jede Entscheidung, die demokratisch unter den Beteiligten getroffen wurde, richtig fanden.

Im Betrieb, dem wichtigsten Kampfort der Kommunisten, ist es noch offensichtlicher, dass dieses Vorgehen notwendig ist: Das Kampffeld im Betrieb ist eng und man kann sich weder den Gegner, noch die mitkämpfenden Kollegen aussuchen. Die Arbeit in den Massen verlangt also viel Geduld, Bereitschaft zur Diskussion, Klarheit der Position, Einheit in Theorie und Praxis, Eingeständnis eigener Fehler vor den Kollegen und die gemeinsame Reflexion der gemachten Erfahrungen. Nur so wird man sich als Kommunist das Vertrauen erarbeiten, das langfristig nötig ist, um eine Führungsrolle einnehmen zu können. Demgegenüber müssen Stellvertretertum, Überheblichkeit, Phrasendrescherei, falsche Hoffnungen, Ungeduld und Kompromisslertum unbedingt in den eigenen Reihen und in der Arbeiterbewegung bekämpft werden.

Es ist unsinnig, erst im Laufe oder am Ende des Kampfes ehrlich damit zu sein, mit welchem Ziel wir uns am Kampf beteiligen: Zum Sturz des Kapitalismus. Es käme einem Vertrauensbruch gleich, die eigenen wahren Intentionen vor den Mitkämpfern zu verstecken. Das ist es, was Thälmann meinte, als er vom „Kernpunkt der Ehrlichkeit unserer Einheitsfront“ sprach.⁶ Er sagte es in einer Situation, in der das bürgerliche System offensichtlich am Wanken war, wo in immer mehr Köpfen der Arbeiterklasse der Gedanke reifte, dass einzelne Reformen das Problem nicht beheben, sondern mehr dazu nötig ist. Auch wenn wir heute viel weiter weg sind von einer so grundsätzlichen Infragestellung des Kapitalismus durch die Arbeitermassen, können wir Thälmann nur zustimmen: Wir verheimlichen nicht, wofür wir kämpfen, isolieren uns dadurch aber nicht, sondern versuchen, durch hartnäckige, geduldige Arbeit immer mehr Arbeiter von unserer Perspektive zu überzeugen. Wir machen keine Voraussetzungen für den gemeinsamen Kampf, sondern versuchen, uns das in Jahrzehnten verlorene Vertrauen in den Kommunismus wieder zu erarbeiten. Es ist dabei nicht beliebig, mit welcher Orientierung wir arbeiten.

Das Eingreifen in Kämpfe der Arbeiterklasse mit einer reformistischen Orientierung hat zur Grundlage immer die Akzeptanz der herrschenden Verhältnisse. Schließlich will man durch Reformen Schritt für Schritt Verbesserungen erzielen, eine Erschütterung der herrschenden Verhältnisse selbst stellt diese grundsätzlich in Frage. Reformisten haben also Angst vor der Revolution, sie entreißt ihnen die Mittel ihrer Hegemonie über die Arbeiterklasse, die sie, mit welcher Motivation auch immer, aufrechtzuerhalten suchen. Im Tageskampf bedeutet diese Orientierung, dass man Stellvertretertum betreibt, jegliche Aktivierung der Massen nur in einem kontrollierten Rahmen zulassen will, dass man generell dagegen ist, den Rahmen des legalen Kampfes zu verlassen, dass man bereit ist, Ergebnisse, beispielsweise in Tarifikämpfen, auch ohne Kampf zu akzeptieren. Für die Arbeiter selbst bedeutet das allerdings, dass sie im nächsten Kampf schlechter dastehen, weil sie keine neuen Erfahrungen im Kampf gesammelt haben, die gemachten Erfahrungen weiter zurück liegen und sich wahrscheinlich ein Teil fragt, warum man überhaupt kämpfen sollte, wenn doch auch so Ergebnisse erzielt werden können. Es erschwert die Erfahrung des völlig unüberbrückbaren Interessengegensatzes zwischen ihnen und

6 Thälmann, Ernst (1932): Wie schaffen wir die Rote Einheitsfront?. In: Ernst Thälmann – Reden und Aufsätze zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 4. Verlag Rote Fahne 1975, zitiert nach KgK 2025 <https://www.klassegegenklasse.org/einheitsfront-oder-einheitsfront-von-unten/> (Abgerufen am 11.09.25).

dem Kapital – mag es ihnen in der Form des Chefs, der Behörde, der Polizei oder der Regierung gegenüberreten.

Und hier liegt der wesentliche Unterschied zu einem Eingreifen in die Tageskämpfe mit einer revolutionären Orientierung: Der Kampf wird nicht isoliert betrachtet, sondern als Teil eines großen Krieges, in dem jeder Kampf eine Schulung der Armee in Vorbereitung auf den nächsten Kampf darstellt – mit der zusätzlichen Schwierigkeit, dass ein Teil der Armee (der Arbeiterklasse) noch nicht erkannt hat, dass sie sich im Krieg (mit der Bourgeoisie) befindet. Wir versuchen in jedem Kampf für mehr Kollektivität und demokratische Entscheidungsfindung unter den Kämpfenden und einheitliches Handeln nach einer gemeinsamen Entscheidung einzustehen. Wir wenden uns gegen Stellvertretertum, pochen auf die Aktivität jedes Einzelnen, denn jeder kann etwas zum Kampf beitragen. Wir versuchen mehr Arbeiter in den Kampf zu involvieren. Wir streiten dafür, dass der Kampf unabhängig vom Staat, von Stiftungen und auch Parteien geführt wird. Die KP beteiligt sich an diesem Kampf durch ihre Mitglieder. Die Genossinnen und Genossen der KP beteiligen sich in den demokratischen Prozessen wie jeder andere Kämpfende, wir betreiben keine Hinterzimmerpolitik oder versuchen administrativ die Bewegung zu kontrollieren.

Damit es überhaupt zum gemeinsamen Kampf kommt, braucht es eine Bereitschaft bei allen, für die eigenen Interessen zu kämpfen. Auch die Erkenntnis, dass sich Interessen entgegenstehen, und deshalb ein Kampf, also ein Ringen darum, wessen Interessen sich durchsetzen, stattfindet, muss im Kampf bei den Arbeitern reifen. Arbeiter, die der Ansicht sind, dass eine „gleichberechtigte Sozialpartnerschaft“ zwischen ihnen und ihren Chefs besteht, werden Hemmungen haben, in den Kampf einzutreten und vielmehr versuchen, alles „partnerschaftlich“ zu lösen. Selbst diese Arbeiter wollen wir überzeugen, ihnen aufzeigen, dass es keine Gleichberechtigung zwischen ihnen und ihren Chefs geben kann, dass Verhandlungen keine Änderungen bringen, wenn sie nicht durch Druck von unten, durch Streiks und andere Formen des Kampfes unterstützt werden.

Einheitsfront von oben?

Die Autoren von KgK behaupten implizit, dass der gemeinsame Kampf mit nicht-kommunistischen Arbeitern nur funktioniert, wenn man auch auf die

Führungen der reformistischen Parteien und Organisationen zugeht. Warum sollte das so sein? Man sucht vergeblich nach einer Begründung für die Behauptung, dass die „Einheitsfront von oben“ notwendiger Bestandteil der kommunistischen Politik sein muss. Einzig findet sich ein Zitat aus den Thesen über die Taktik des 4. Weltkongresses der Komintern,⁷ in der gesagt wird, dass die Kommunisten im Kampf für die notwendigsten Lebensinteressen der Arbeiterklasse „sogar bereit“ seien, mit den „verräterischen Führern der Sozialdemokratie“ zu unterhandeln. Eine Begründung für diese Position fehlt auch hier und eine Autoritätshörigkeit gegenüber der Komintern ist fehl am Platz.

Bereits auf dem 5. Weltkongress beschloss die Komintern in ihren Thesen über die Taktik:

„Die Einheitsfronttaktik war und bleibt die Taktik eines revolutionären strategischen Manövers der von Feinden umringten kommunistischen Vorhut in ihrem Kampfe vor allem gegen die verräterischen Führer der konterrevolutionären Sozialdemokratie. Sie ist keinesfalls eine Taktik des Bündnisses mit diesen Führern. Die Einheitsfronttaktik war und bleibt die Taktik eines allmählichen Herüberziehens der sozialdemokratischen und des besten Teiles der parteilosen Arbeiter auf unsere Seite, darf dagegen unter keinen Umständen zu einer Taktik der Herabsetzung unserer Ziele entsprechend dem Niveau des Verständnisses der letzteren degradiert werden.“⁸

Auch im Programm der Komintern,⁹ beschlossen auf dem 6. Weltkongress, finden sich keinerlei Aussagen dazu, dass Verhandlungen mit reformistischen Arbeiterführern notwendig seien. Vielmehr durchzieht das Programm eine eindeutige Einschätzung, dass die Sozialdemokratie einer der gefährlichsten Gegner ist. Das Programm von 1928 wurde von der Komintern nie revidiert, auch wenn der folgende 7. Weltkongress eine dem Programm entgegengesetzte fal-

7 Kommunistische Internationale (1922): Thesen zur Taktik der Kommunistischen Internationale. Online: http://ciml.250x.com/archive/comintern/german/4_kongress_1922_resolution_zur_taktik_der_komintern.html (abgerufen 12.09.25) zitiert nach KgK 2025.

8 Kommunistische Internationale (1924): Thesen zur Taktikfrage. In: Die Kommunistische Internationale in Resolutionen und Beschlüssen 1919–1924. Offenbach (Reprint 1998): Verlag Olga Benario und Herbert Baum, S. 337.

9 Kommunistische Internationale (1928): Programm der Kommunistischen Internationale. In: Protokoll des VI. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale. Thesen, Resolutionen, Programm, Statuten (Reprint), Band II. Erlangen 1972: Karl Liebknecht Verlag, S. 45–100.

sche Annäherung an die Sozialdemokratie durchsetzte, auf die ich weiter unten noch eingehen werde.

Begründet werden müsste diese Annahme von KgK allerdings aus der heutigen Lage heraus: Warum erscheint es notwendig, *heute* auf reformistische Führer zuzugehen um die Einheitsfront der Arbeiterklasse zu verwirklichen? Die Tatsachen widersprechen einem solchen Schritt doch eindeutig: Weder haben die reformistischen Führer heute noch so viel direkten Einfluss in der Arbeiterklasse wie damals, noch zeigen die Erfahrungen der kommunistischen Bewegung, dass die Kooperation mit reformistischen Führern im Wesentlichen zur Entwicklung des Kampfes der Arbeiterklasse in Richtung des revolutionären Sturzes der Bourgeoisie beigetragen hat.

Es ist jedoch weit über KgK hinaus eine fast unwidersprochene Praxis in der kommunistischen Bewegung in Deutschland, regelmäßig Bündnisse „von oben“ zu schmieden: Gegen die AfD, gegen Mietenwucher, gegen Krankenhausschließungen und gegen vieles mehr. Auch wenn alle diese Kämpfe an sich ihre unbedingte Berechtigung haben, fehlen Erfolge dieser Bündnisse „von oben“ auf ganzer Linie. Nicht nur das, regelmäßig werden Bewegungen durch verschiedene Kräfte, allen voran durch parlamentarische Parteien wie die SPD, die Grünen und die Partei die Linke (PdL), mit Versprechungen abgespeist, die nie erfüllt werden und dadurch die Bewegung in völlig ungefährliche Bahnen lenken. Das ist das wahre Resultat der Einheitsfront „von oben“ unter heutigen Bedingungen.

Während die Komintern noch die Einheitsfront „von unten“ zur unbedingten Voraussetzung für jegliche Einheitsfront „von oben“ machte, sucht man heute vergeblich relevante Fortschritte in der Herstellung der Einheitsfront „von unten“. Ohne dass die KP selbst schon große Erfolge in dieser Richtung aufweisen kann, muss uns trotzdem die Frage an KgK, DKP und andere erlaubt sein: Wie könnt ihr in dieser Lage, wo es keine Einheitsfront „von unten“ gibt, überhaupt die Kapazitäten für Bündnisse „von oben“ aufwenden? Widerspricht das nicht sogar eurem eigenen, und nicht nur unserem Einheitsfrontverständnis?

Aussagen wie jene, dass Kommunisten versuchen sollten, „nicht einfach nur schematisch den Parteivorstand [der PdL] zu Politiken aufzurufen“, sondern

„mit jeder Art der Führung Aktionseinheiten herzustellen“,¹⁰ unterstreichen das Verständnis von KgK, dass die Einheitsfront „von oben“ als *Voraussetzung*, als Instrument der Herstellung der Einheitsfront „von unten“ gedacht wird. Die wirkliche Organisation der Arbeitermassen „von unten“ verkommt so zu einer Unmöglichkeit.

Der Charakter der Sozialdemokratie

Der Grund, warum für die Autoren von KgK die Sache mit den Bündnissen „von oben“ so selbstverständlich zu sein scheint, liegt doch im Kern an einer unterschiedlichen Auffassung des Charakters der Sozialdemokratie selbst. Die Reformisten erscheinen bei KgK als „fehlgeleitete Führer“, die doch den richtigen Weg noch finden könnten. So wird gesagt, dass die sozialdemokratische Führung in der Weimarer Republik sich „weigerte“ über den „Rahmen des bürgerlichen Systems“ hinauszugehen. Es klingt so, als wäre das „sich weigern“ ein bewusster Akt und kein Resultat einer bestimmten Stellung, einer bestimmten Funktion der sozialdemokratischen Organisationen und ihrer Führer in der kapitalistischen Gesellschaft: Nämlich die Arbeiter vom revolutionären Kampf abzubringen. Erscheint diese Interpretation von uns noch als eine sehr schwache Kritik, wird sie durch die gegen Ende des KgK-Artikels gemachten Aussagen wesentlich gestärkt. Hier wird gesagt, dass die SPD allen Verrats zum Trotz eine „Gegnerin des Faschismus“ gewesen sei. Ich stutze: Gegnerin?

Otto Wels, Partei- und Fraktionsvorsitzender der SPD, also als Repräsentant der SPD hier ausreichend, hat in seiner durch die bürgerliche Geschichtsschreibung als „mutig“ erklärte Rede am 23. März 1933, also nach der Machtübertragung an Hitler, folgendes gesagt, was wir nach dem Protokoll der Sitzung zitieren, weil es einfach so eindeutig ist:

„Meine Damen und Herren! Der außenpolitischen Forderung deutscher Gleichberechtigung, die der Herr Reichskanzler [Hitler – Anmerk. JS] erhoben hat, stimmen wir Sozialdemokraten umso nachdrücklicher zu, als wir sie bereits von jeher grundsätzlich verfochten haben.

10 KgK 2025.

(Sehr wahr! Bei den Sozialdemokraten.)

Ich darf mir wohl in diesem Zusammenhang die persönliche Bemerkung gestatten, dass ich als erster Deutscher vor einem internationalen Forum, auf der Berner Konferenz, am 3. Februar des Jahres 1919, der Unwahrheit von der Schuld Deutschlands am Ausbruch des Weltkrieges entgegengetreten bin.

(Sehr wahr! Bei den Sozialdemokraten.)

Nie hat uns irgendein Grundsatz unserer Partei daran hindern können oder gehindert, die gerechten Forderungen der deutschen Nation gegenüber den anderen Völkern der Welt zu vertreten.“¹¹

Sieht so eine „Gegnerin des Faschismus“ aus? Dringen wir zum Kern der Sache vor: Die SPD wollte keine faschistische Diktatur, insofern und nur insofern könnte man sie sogar als „Gegnerin“ des Faschismus bezeichnen. Das ist es, was die bürgerliche Geschichtsschreibung so gerne hervorhebt, schließlich begründet Otto Wels in dieser Rede ja die Ablehnung des sogenannten Ermächtigungsgesetzes der Faschisten durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion. Was die SPD aber offensichtlich mit den Faschisten, wenn auch in unterschiedlichem Grad, teilte, ist die grundlegende Orientierung der deutschen Bourgeoisie – hier sichtbar anhand der „außenpolitischen Forderung deutscher Gleichberechtigung“, also der Forderung, dass der deutsche Imperialismus ein größeres Gewicht auf der Weltbühne haben müsse.

Anders als KgK lassen wir uns von den Tatsachen, dass die SPD verboten wurde und die durch sie kontrollierten Gewerkschaften zerschlagen wurden, nicht zu einem anderen Verständnis der Sozialdemokratie selbst verleiten.¹² Damals wie heute ist das eine falsche Vorstellung gewesen und es gibt unzählige Beispiele, die das beweisen: Weder vor, noch während des Faschismus an der Macht in Deutschland hat die SPD, d.h. ihre Führung und ihr Apparat, ei-

¹¹ https://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt2_w8_bsb00000141_00036.html (Abgerufen am 06.08.25).

¹² Das sich die deutsche Bourgeoisie trotz des Übergangs einer Reihe an SPD- und Gewerkschaftsfunktionären in den faschistischen Machtapparat für ein Verbot derselben entschied, weist auch darauf hin, dass sie keine komplette Verschmelzung von Sozialdemokratie und Faschismus wollten – denn dann hätte die Sozialdemokratie ihr Gesicht vor der Arbeiterklasse gänzlich verloren und damit ihre Funktion zur Integration.

nen ernsthaften Kampf gegen den Faschismus geführt. Sie hat umgekehrt die entscheidende Rolle dabei gespielt, die von ihr beeinflussten Arbeitermassen insbesondere in den wichtigsten Industriebetrieben vom Kampf gegen den Faschismus abzuhalten.

Die SPD hat mit ihrer Propaganda des „kleineren Übels“, also der Vorstellung, man könne durch die Unterstützung der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten die Wahl Hitlers vereiteln und durch ihre Behauptung, der Faschismus würde, einmal an der Macht, schon selbst abwirtschaften, die Arbeiterbewegung zum Stillhalten aufgerufen und damit das entscheidende Potential im Kampf gegen den Faschismus ausgeschaltet. Weder die SPD, noch die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung rief zum Generalstreik gegen den Faschismus auf. Noch nach der Machtübertragung an Hitler versuchte sich die SPD der neuen faschistischen Regierung anzudienen, sprach von einem legitimen Vorgang der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler durch Reichspräsidenten Hindenburg, und rief die Gewerkschaften am 1. Mai 1933 zur gemeinsamen Begehung des „nationalen Tags der Arbeit“ mit den faschistischen Organisationen auf.¹³ Die SPD, das heißt ihr Apparat und ihre Führung, mögen den Faschismus nicht gewollt haben, waren aber dennoch mitverantwortlich für die Ermöglichung desselben.

Denn der Faschismus und die Sozialdemokratie sind zentrale Varianten der Herrschaftsmethoden der Bourgeoisie, die sich gegenseitig ergänzen. Die deutsche und die Bourgeoisien der westlichen Alliierten hatten die Sozialdemokratie niemals gänzlich aufgegeben,¹⁴ sondern sie darauf vorbereitet, bei einer Niederlage des deutschen Faschismus sofort eine Hegemonie der Kommunisten in der Arbeiterbewegung zu vereiteln.¹⁵ Die Frage, wann welche Herrschaftsmethode für die Bourgeoisie Vorrang erhält, ist eine Frage der objektiven Entwicklung. Verschärft sich der Konkurrenzkampf international oder

13 Vgl. Vgl. Palme Dutt, Rajani (1972): Faschismus und soziale Revolution. Frankfurt: Materialismus-Verlag, S. 146–174.

14 Beispielhaft seien hier die Überlegungen zur Bildung eines „Schattenkabinetts“ mit Beteiligung der SPD genannt, welches nach einem erfolgreichen Attentat auf Hitler die Regierung übernehmen sollte. Vgl. <https://www.jungewelt.de/artikel/359188.widerstand-gegen-die-nazidiktatur-reaktion%C3%A4re-neuordnung.html?sstr=Goerdeler> (Abgerufen 18.09.25).

15 Hier sind vor allem die Verbindungen der US-Behörden zu führenden Sozialdemokraten wie Fritz Tarnow zu nennen. Nach Kriegsende gab es eine enge Kooperation zwischen den sozialdemokratischen Führern und den Besatzungsbehörden der westlichen Alliierten beispielsweise zur Zurückdrängung des Einflusses der Kommunisten in der Gewerkschaftsbewegung. Vgl. Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED (1966): Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Band 6. Berlin: Dietz Verlag, S. 93, 211.

der Klassenkampf im eigenen Land, so wird die Bourgeoisie dazu gedrängt, mehr auf die faschistischen Methoden zu setzen als in Zeiten, in denen die Bourgeoisie einen Aufschwung erfährt und mehr Ressourcen für die „Bestechung“ und Integration der Arbeiterklasse aufwenden kann.

KgK wirft der Komintern, aber auch uns heute vor, die „Sozialfaschismusthese“ zu verteidigen. Die Internationale Kommission der KP hat 2023 in einem Artikel zum Jahrestag der Auflösung der Komintern eine Positionierung festgehalten, die die KP in Zukunft mit Sicherheit noch weiter ausarbeiten wird:

„Während das Komintern-Programm an einer Stelle davon spricht, dass auch die Sozialdemokratie „faschistische Tendenzen“ zeige (was zumindest missverständlich war, da in Wirklichkeit die Sozialdemokratie in den meisten Ländern eher dem Faschismus den Boden bereitete, als selbst zum Faschismus zu tendieren), findet sich in dem Programmtext nirgendwo der Begriff des „Sozialfaschismus“. Spätere Darstellungen, die die „Sozialfaschismusthese“, die angebliche Gleichsetzung von Sozialdemokratie und Faschismus, zum Hauptinhalt der Orientierung der Komintern erklären, stellen eine krasse Verfälschung der Tatsachen dar. Auch muss betont werden, dass die Begriffsneuschöpfung des „Sozialfaschismus“ und damit in manchen Fällen verbundene Attacken gegen sozialdemokratische Arbeiter zwar einen Fehler darstellten, dass dieser Fehler jedoch taktischen und nicht strategischen Charakter hatte.“¹⁶

Es ist falsch, vom „Sozialfaschismus“ zu sprechen, da dieser Begriff eine ausreichende Unterscheidung zwischen Sozialdemokratie und Faschismus erschwert und taktische Fehler im Umgang mit sozialdemokratischen Arbeitern begünstigte. Das macht wesentliche Inhalte der Analyse über den Zusammenhang von Sozialdemokratie und Faschismus nicht falsch. Es sind verschiedene Herrschaftsmethoden der Bourgeoisie mit verschiedenen Charakteristika, hängen aber zusammen. So ist die Ideologie der Sozialpartnerschaft und der Standortlogik, also der Vorstellung, dass Kapital und Arbeit in einem Land angesichts der internationalen Konkurrenz zusammenarbeiten müssten, natürlich ein fruchtbarer Boden für stärkere nationalistische und rassistische Vor-

¹⁶ <https://kommunistischepartei.de/internationalismus/die-kommunistische-internationale-ihre-aufloesung-und-der-internationale-kampf-der-kommunisten-heute/> (Abgerufen 18.09.25).

stellungen, wie den „Volksgemeinschafts“-Gedanken der NS-Ideologie.¹⁷ Wir reißen diesen Zusammenhang hier nun an, wollen ihn aber in Zukunft noch ausführlicher in Veröffentlichungen ausarbeiten.

Die Besonderheit der Sozialdemokratie ist es, dass sie als bürgerliche Kraft in der Lage ist, eine Hegemonie über die organisierte Arbeiterbewegung auszuüben. Die organisierte Arbeiterbewegung (Gewerkschaften, Betriebsräte u.a.) ist ein notwendiges Resultat des Interessengegensatzes zwischen Kapital und Arbeit. Nur jene bürgerlichen Kräfte, deren Programm vor allem darin besteht, die Interessen der Arbeiterklasse im Kampf gegen das Kapital aufzugreifen und in einen harmlosen reformistischen Weg zu lenken, können ausreichend tief in die Arbeiterbewegung eindringen, um hegemonial zu werden. Es ist dabei zweitrangig, ob die reformistischen Führer tatsächlich glauben, was sie öffentlich vertreten (was wahrscheinlich meistens der Fall ist), oder ob sie bewusst etwas vortäuschen. Im Unterschied dazu fällt es anderen bürgerlichen Kräften wie heute beispielsweise den Grünen oder der CDU schwer, tiefer in die organisierte Arbeiterbewegung einzudringen, weil ihr Programm entweder relativ klar gegen die Arbeiterbewegung gerichtet ist oder diese weitestgehend ignoriert. Die andauernde Schwächung des Einflusses der Sozialdemokratie in der Arbeiterklasse hat ein Vakuum geschaffen, in das die AfD erfolgreich eindringt. Ihr gelingt es, auch breitere Teile der Arbeiterklasse und der organisierten Arbeiterbewegung mit ihrer sozialen Demagogie anzusprechen, und sie versucht in Kooperation mit der Organisation „Zentrum Automobil“, auch eine stärkere Verankerung in den Betrieben zu erlangen.

17 Vgl. Palme Dutt, Rajani (1972): Faschismus und soziale Revolution. Frankfurt: Materialismus-Verlag, S. 146–174.

Der Kampf gegen Faschismus und Sozialdemokratie

Wir stimmen KgK zu, wenn sie sagen, dass die SPD damals den größten Teil der deutschen Arbeiterklasse versammelte und dass es daher notwendig war, „Taktiken anzuwenden, um die Basis der SPD von der Führung zu spalten“. Denn im Gegensatz zur Führung der SPD reihten sich viele SPD-Mitglieder und Basisorganisationen in die proletarische Kampffront gegen den Faschismus ein – sowohl vor als auch während des Faschismus an der Macht in Deutschland. Die Einheitsfrontpolitik der KPD zeigte mit der „Antifaschistischen Aktion“, dem Vorgehen der KPD im bedeutsamen Streik der Berliner Verkehrsbetriebe 1932 und weiteren Anlässen eindeutige Erfolge in der Versammlung der Arbeiterklasse unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit.¹⁸ Der Verlust der Integrationskraft der SPD wurde Anfang der 30er Jahre immer deutlicher und drohte sich zu einer realen Gefahr für die Bourgeoisie zu entwickeln.

Das war nur möglich, weil die KPD unter Ernst Thälmann keine Trennung zwischen dem Kampf gegen den Faschismus und dem Kampf gegen die Sozialdemokratie machte. Zwar gab es offensichtlich Probleme in der Umsetzung der richtigen Linie, das machte diese Linie aber nicht falsch. Zu behaupten, wie KgK es tut, dass sich bei Thälmann der Zweck der Einheitsfront „von einer Taktik, um das Bewusstsein reformistischer Arbeiter:innen zu radikalisieren und sie zum Bruch zu bewegen, [...] zu einer Taktik, um bereits der KPD zugelegte Arbeiter:innen zu organisieren“ gewandelt habe, wird durch die historischen Tatsachen und die Aussagen Thälmanns selbst widerlegt. So Thälmann in einer Selbstkritik der Partei von 1932:

„Es ist völlig unzulässig, irgendeine Vernachlässigung des Kampfes gegen die Hitlerpartei etwa mit der strategischen Orientierung des Hauptstoßes gegen die Sozialdemokratie beschönigen oder entschuldigen zu wollen. Es ist unzulässig, diese revolutionäre Strategie etwa dahin auszulegen, daß es genügt, in unserer praktischen Agitation und Propaganda unentwegt den Verrat der SPD anzuprangern, ohne zugleich durch unsere gan-

18 Siehe hierzu: Schleifstein, Josef (1980): Die „Sozialfaschismus“-These. Frankfurt/Main: Verlag Marxistische Blätter, S.80–82. Und: Kommunistische Partei Deutschlands (1932): Der Streik der Berliner Verkehrsarbeiter. Hamburg: Gedenkstätte Ernst Thälmann (Reprint 2022).

*ze Praxis die sozialdemokratischen Arbeiter ständig kameradschaftlich davon zu überzeugen, daß wir die einzige antifaschistische Partei, die Partei des wirklichen Kampfes gegen den Hitlerfaschismus und darüber hinaus gegen den Kapitalismus überhaupt, die einzige Partei des Marxismus und der proletarischen Revolution sind. [...] Und es ist klar, daß die sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Arbeiter nur dadurch von der Sozialdemokratie losgelöst werden können, daß man sie im antifaschistischen Massenkampf gegen Papen und Hitler, im antifaschistischen Kampf um Tagesforderungen und für die proletarischen Klassenziele durch die Anwendung der Einheitsfronttaktik in die gemeinsame Kampffront mit den revolutionären Arbeitern der KPD und der RGO [Revolutionäre Gewerkschaftsopposition – JS] einbezieht.*¹⁹

In diesen Aussagen Thälmanns liegen wichtige strategische Gedanken: Um die Rechtsentwicklung, den Faschismus und den Krieg zu bekämpfen, müssen wir zuvorderst die Hegemonie in der organisierten Industriearbeiterklasse erlangen, weil hier die Macht der Arbeiterklasse am größten ist – und genau deshalb sind es bis heute die Teile der Arbeiterklasse, die unter der Kontrolle der Sozialdemokratie stehen. Unser Kampf muss sich darauf konzentrieren, den Einfluss der Sozialdemokratie dort zurückzudrängen, wollen wir mit dem Kampf gegen Faschismus und Krieg ernst machen. Das ist nicht ausschließlich gemeint, sondern bedeutet nur, dass der strategische Schwerpunkt zur Schaffung der Einheitsfront und zur Organisation der Arbeiterklasse auf den wichtigsten Industriebetrieben liegen muss.

Wer ist Schuld am Faschismus?

Die SPD hatte auf alle Einheitsfrontangebote der KPD, alle Generalstreikaufrufe, inklusive des Aufrufs zum Generalstreik gegen die Machtübertragung an Hitler, mit „Nein“ geantwortet oder diese ignoriert. Sie hatte alles dafür getan, die Politik der Bourgeoisie bei der Machtübertragung an Hitler nicht zu be-

19 Thälmann, Ernst (1932): Zu unserer Strategie und Taktik im Kampf gegen den Faschismus. In: Ernst Thälmann: Reden und Aufsätze zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Verlag Rote Fahne 1975, S. 98.

hindern.²⁰ Vor diesem Hintergrund behauptet KgK nun, die Einheitsfrontpolitik der damaligen KPD sei falsch gewesen. Sie geht noch einen Schritt weiter und landet bei einer gängigen *bürgerlichen* Betrachtungsweise:

„In diesem Sinne hat die Verweigerung der Einheitsfront der KPD zentral dazu beigetragen, dass es nicht möglich war, die Mehrheit der Arbeiter:innen in einem erfolgreichen Kampf gegen den Faschismus zu vereinen und letztlich für die soziale Revolution zu gewinnen.“²¹

Die KPD sei zentral (!) mitschuldig am Faschismus! Im Kern wiederholt hier KgK die bürgerliche Propaganda, die uns weismachen will, dass eigentlich die Kommunisten schuld am Faschismus waren. Es wäre richtig, anzuerkennen, dass die KPD im Kern eine Linie vertrat, die tatsächlich geeignet war, die Mehrheit der Arbeiterklasse im Kampf gegen den Faschismus zu versammeln. Ebenso wie es richtig ist, anzuerkennen, dass dabei aber auch Fehler gemacht wurden. Die Führung der KPD war sich dieser Fehler, wie das Zitat oben zeigt, bewusst, und versuchte, sie zu korrigieren. Die Spaltung der Arbeiterklasse geht auf das Konto der Sozialdemokratie, nicht der Kommunisten, die Einheitsfront „von oben“ war gescheitert. Die Sozialdemokratie hatte *tatsächlich* eine Mitschuld am Faschismus, wie die Ausführungen weiter oben belegen.

„Bürokratie“ und „Formalismus“

An dieser Stelle gehen wir nur kurz auf den Vorwurf der Autoren von KgK ein, auf die eine trotzkistische Zeitung wohl nicht verzichten kann: Die Änderung in der Einheitsfrontpolitik der Komintern hin zur „Einheitsfront von unten“ wäre das Ergebnis der Durchsetzung der „Fraktion rund um Stalin“ in der Füh-

20 Siehe hierzu: Schleifstein, Josef (1980): Die „Sozialfaschismus“-These. Frankfurt/Main: Verlag Marxistische Blätter.

21 Die Formulierung von KgK ist hier etwas zweideutig, aber der Kontext des Absatz macht klar, dass sie nur so gemeint sein kann, wie wir es hier interpretieren: „Sowohl die Volksfront als auch die „Einheitsfront von Unten“ sind in ihrer politischen Logik eine Vermeidung des politischen Kampfes mit den Führungen des Reformismus. In diesem Sinne hat die Verweigerung der Einheitsfront der KPD zentral dazu beigetragen, dass es nicht möglich war, die Mehrheit der Arbeiter:innen in einem erfolgreichen Kampf gegen den Faschismus zu vereinen und letztlich für die soziale Revolution zu gewinnen. Im Angesicht des drohenden Faschismus hat sie dazu umgeschwenkt, opportunistische Bündnisse mit der SPD-Führung auf Parlamentsebene zu bilden, ohne die Basis miteinzubeziehen und die praktische Aufgaben der Verteidigung der Stellungen der Arbeiter:innenbewegung gegen die Faschisten zu organisieren. Als Ergebnis hat der Faschismus gesiegt und alle Arbeiter:innenorganisationen in Deutschland zerschlagen.“ KgK 2025.

rung der KPdSU und der Komintern. Sie hätte laut der Autoren von KgK eine „bürokratische und administrative Verwaltung der Mangelsituation innerhalb der Sowjetunion eingerichtet, von der sie selbst profitierte“, und das wäre einhergegangen mit der „Aufgabe des politischen Kampfes, auch zum Zweck des eigenen Machterhalts. Konkret bedeutete dies, die eigene politische Führung nicht durch Überzeugung herzustellen, sondern durch Kommando von oben.“²² Thanasis Spanidis hat in einem ausführlichen Artikel diese Vorstellungen Trotzki von der „Bürokratie“ widerlegt. Zur Einordnung der Aussage der Autoren von KgK, dass es eine „Fraktion um Stalin“ gewesen wäre, die nun ihre Führung per „Kommando von oben“ hergestellt hätte, zitieren wir einen Auszug aus dem Artikel von Thanasis Spanidis:

„Sowohl Lenin als auch Stalin hatten immer wieder vor bürokratischen Auswüchsen im Verwaltungsapparat und der Partei gewarnt, jedoch hatten sie nie den gesamten Apparat oder die gesamte Partei an sich für eine bürokratische Entartung gehalten. Trotzki hingegen verzichtete auf die Differenzierung zwischen revolutionären Kräften in der Verwaltung und Staatsführung einerseits und bürokratischen, hemmenden und konservativen Elementen andererseits. [...]

Durch die Reden, theoretischen Aufsätze und Zeitungsartikel Stalins zieht sich immer wieder das Thema des Kampfes gegen den Bürokratismus, gegen autoritäre Formen der Herrschaftsausübung von oben, gegen die Tendenz zum Ausschluss der Arbeiterklasse von der Macht. Wie kommt also Trotzki darauf, ausgerechnet Stalin zum Führer der Diktatur einer bürokratischen Kaste zu erklären, die die Arbeiterklasse entmachtet hätte? Waren Stalins Aussagen zu dem Thema vielleicht nur Lippenbekenntnisse?

Eine solche These wäre nicht sehr plausibel, denn Stalins Aussagen zu dem Thema genossen in der Sowjetunion natürlich großes Gewicht und wurden von Millionen Kommunisten als Anleitung in ihrer politischen Praxis wahrgenommen. Hätte Stalin also die Privilegien und die Macht einer bürokratischen Kaste schützen wollen, wäre er schlecht beraten gewesen, die Partei

22 KgK 2025.

und Arbeiterklasse immer und immer wieder zum Kampf gegen sie aufzurufen. “²³

Doch die Autoren von KgK behaupten eisern weiter, dass diese vermeintliche Kommandopolitik auch auf die Sektionen der Komintern ausgeweitet worden sei. Da man allerdings anders als in der Sowjetunion hier keine Mittel gehabt habe, um „die eigene Führung auch mit Zwang durchzusetzen“, würden sich die Kommunistischen Parteien einfach feige aus der Konkurrenz mit anderen Strömungen und Parteien der Arbeiterbewegung stellen. Denn sonst, so KgK, wäre ja auch der „unangefochtene Führungsanspruch Stalins in der Sowjetunion“ in Frage gestellt worden. Meint KgK also ernsthaft, die Kommunistischen Parteien der Komintern, mit ihren hunderttausenden von Mitgliedern, langjährigen Erfahrungen des Klassenkampfes mit allen Mitteln, wären einfach Stalins Vasallen, die sprangen, wenn Stalin „hüh“ oder „hott“ sagte?

Wir sehen von diesen schrägen Zwischentönen ab und wenden uns dem wesentlichen Punkt zu: Es entbehrt jeder historischen Wahrheit, dass die Sektionen der Komintern dem politischen Kampf gegen andere Strömungen der Arbeiterbewegung und insbesondere der Sozialdemokratie aus dem Weg gegangen seien. Nicht nur zeugen die hunderten, wenn nicht tausenden Artikel in den Veröffentlichungen der Komintern selbst von diesem Kampf, auch praktisch zeigen sowohl die von uns schon angeführten Angebote zur „Einheitsfront von oben“ (Generalstreikangebote) als auch die Herstellung der „Einheitsfront von unten“ (Antifaschistische Aktion, BVG-Streik), dass die Komintern den politischen Kampf mit der Sozialdemokratie sehr ernst nahm. Spätestens jetzt beschleicht uns der Eindruck, dass es KgK jedoch nicht um den politischen Kampf *gegen*, sondern um die Zusammenarbeit *mit* der Sozialdemokratie geht und es die Ablehnung eben jener Zusammenarbeit ist, die KgK Thälmann, Stalin und der Komintern in der Phase zwischen 1927 und 1935 vorwerfen.

23 Spanidis, Thanasis (2020): Trotzki und der Trotzismus. Online: kommunistischepartei.de/diskussion/trotzki-und-der-trotzismus/ (abgerufen 04.08.2025).

Einheitsfront oder Volksfront

Nun zieht KgK eine weitere Linie von der „Einheitsfront von unten“ zur Volksfront. Sie schreiben, dass der „ultralinke Ultimatismus“ die eine Seite der Medaille, und der Opportunismus die andere Seite sei. Mit „ultralinkem Ultimatismus“ meinen sie die „Einheitsfront von unten“, die die Arbeiter vor die Wahl stellen würde, entweder mit den Kommunisten zu gehen oder es ganz sein zu lassen. Gemeinsam sei beidem das „Zurückschrecken vor einem ehrlichen politischen Kampf mit anderen Strömungen“. Wir erlauben uns, zu fragen: Ist es nicht naiv, der Sozialdemokratie einen „ehrlichen Kampf“ zu unterstellen? Ist es richtig, von der Sozialdemokratie als „Strömung der Arbeiterbewegung“ zu sprechen, oder müsste man nicht vielmehr von ihr als „Kraft der Bourgeoisie zur Zersetzung der Arbeiterbewegung“ sprechen? Wir werden später, in Bezug auf heute, darauf zurückkommen.

Zuerst allerdings zum Zusammenhang von Einheitsfront und Volksfront, „Ultimatismus“ und Opportunismus. Anders als KgK behauptet, besteht hier keine Kontinuität, sondern ein Bruch in der Strategie der Komintern, der weitreichende negative Folgen für die Kommunistische Weltbewegung bis heute hat. Die „Volksfronttaktik“ des 7. Weltkongresses war in der Tat die Grundlage der Entwicklung einer opportunistischen Praxis der Parteien der Komintern. In zwei Artikeln gehen die Internationale Kommission der KP und Thanasis Spanidis ausführlich auf die Probleme und Fehler der „Volksfronttaktik“ ein²⁴ und wir werden auch in Zukunft noch mehr dazu veröffentlichen. Hier seien nur zentrale Punkte der Kritik angeführt:

Die „Volksfronttaktik“, wie sie eigentlich hieß, führte zu einer Zusammenarbeit der Kommunistischen Parteien mit den sozialdemokratischen und liberalen Kräften der Bourgeoisie. Grundlage dieser Zusammenarbeit war ein verändertes Verständnis des Faschismus, der mit dem 7. Weltkongress nicht mehr als Herrschaftsmethode der gesamten Bourgeoisie verstanden wurde, sondern lediglich als Herrschaftsmethode eines Teils der Bourgeoisie, und zwar des „reaktionärsten Teil des Finanzkapitals“. Aus dieser veränderten Faschismus-Definition resultierte eine falsche Gegenüberstellung von Faschismus und bürgerlicher Demokratie und die Möglichkeit des Bündnisses mit dem Teil der Bourgeoisie, der (vermeintlich) die bürgerliche Demokratie repräsentierte.

24 Internationale Kommission der KP 2023 und Spanidis, Thanasis (2017): Der VII. Weltkongress der Komintern und seine Folgen. Online: kommunistischepartei.de/diskussion/der-vii-weltkongress-der-komintern-und-seine-folgen/ (abgerufen am 12.09.25).

Schließlich wurde der Kampf gegen den Faschismus und für die bürgerliche Demokratie dem Kampf für den Sozialismus übergeordnet und als nächstes strategisches Ziel der Kommunistischen Parteien formuliert. Erst wenn der Faschismus besiegt sei, wäre es möglich, für den Sozialismus zu kämpfen.

Die Konsequenz dieser falschen Analyse des Faschismus, des Staates und der Kräfte der Bourgeoisie führte in der Konsequenz dazu, dass sich die Kommunistischen Parteien den bürgerlichen Kräften faktisch unterordneten und selbst dort auf den revolutionären Kampf um die Macht verzichteten, wo die Bedingungen am Ende des 2. Weltkrieges besonders günstig waren (beispielsweise in Griechenland und Italien).

Nicht unsere Kritik „bleibt jedoch auf halbem Weg stehen“, denn KgK geht nur auf eine einzelne Aussage aus der Podcast-Diskussion bei Fabian Lehr ein und beachtet unsere ausführlichen Veröffentlichungen zum Thema nicht. Es ist die Kritik von KgK selbst, die oberflächlich und „auf halbem Weg“ stehen bleibt. So werden für das Beispiel der angeblichen „prinzipienlosen“ Zusammenarbeit der KPD 1932 „mit der SPD und sogar der bürgerlichen katholischen Zentrumsparterie“ keinerlei Belege und Quellen angeführt. Gleiches gilt für das Beispiel des angeblichen Verrats der KP Spaniens gegenüber der spanischen Revolution. KgK stellt große Behauptungen auf, ohne jeglichen Beleg zu liefern – wer soll dem Glauben schenken? Sicherlich wäre insbesondere eine ausführliche Auseinandersetzung mit den Fehlern der Volksfrontpolitik im Spanischen Bürgerkrieg, den Illusionen in die republikanische Bourgeoisie und der opportunistischen Rolle der POUM²⁵ und der anarchistischen Kräfte sehr sinnvoll – aber an dieser Stelle können wir sie nicht leisten, ohne den Text völlig überborden zu lassen.

Wir verlassen also die Nebenschauplätze und wenden uns wieder dem Wesentlichen zu: Es gibt einen Zusammenhang zwischen Einheitsfront und Volksfront. Allerdings ist es nicht der Zusammenhang, wie KgK ihn versucht auf wackeligen Beinen zu konstruieren. Vielmehr sind es gerade die Illusionen in die „Einheitsfront von oben“, in deren Kontinuität die Volksfronttaktik steht. Denn die Vorstellung, man könne die Sozialdemokratie tatsächlich in einen gemeinsamen Kampf gegen die Bourgeoisie verwickeln oder mit ihr gemeinsame Regierungen unter besonderen Bedingungen bilden oder sozialdemokra-

25 Die POUM war eine trotzkistisch beeinflusste Miliz auf der Seite der Spanischen Republik im Spanischen Bürgerkrieg.

tische Regierungen tolerieren, entspricht der Vorstellung, mit Teilen der Bourgeoisie, seien sie sozialdemokratisch oder liberal, gegen den Faschismus kämpfen zu können. Hier wie da kommt zum Ausdruck, dass die Sozialdemokratie nicht als Kraft der Bourgeoisie verstanden wird, sondern als „fehlgeleitete“, „ehrliche“ Reformisten, die man aufgrund ihres Reformismus und ihren Wurzeln in der Arbeiterklasse zu einer radikaleren Politik „zwingen“ könnte.

Es ist kein Wunder, dass die Komintern Zeit brauchte, um diese Vorstellungen zurückzudrängen, schließlich hatte sich der ganze Charakter der Sozialdemokratie erst seit 1914 mit der Unterstützung des Krieges offenbart. Die Kommunisten fielen in der Folge des Ersten Weltkrieges immer wieder auf die falschen Versprechungen der Sozialdemokratie herein, hier seien beispielhaft genannt der Verrat der ungarischen Räterepublik 1919 durch die Sozialdemokratie und die Weigerung der SPD in der sächsischen „Arbeiterregierung“ 1923, den Generalstreik gegen den Einmarsch der Reichswehr in Sachsen und Thüringen auszurufen.²⁶ Mit dem Programm der Komintern von 1928 hatte die Komintern einen großen Schritt nach vorne gemacht und die Rolle der Sozialdemokratie eindeutig festgehalten:

„Die Hauptrolle der Sozialdemokratie ist heute die Untergrabung der im Kampfe gegen den Imperialismus notwendigen Einheit des Proletariats. Durch die Spaltung und Zerschlagung der Einheitsfront des proletarischen Kampfes gegen das Kapital wird die Sozialdemokratie zur Hauptstütze des Imperialismus in der Arbeiterklasse. Die internationale Sozialdemokratie aller Schattierungen, die Zweite Internationale, und ihre gewerkschaftliche Filiale, der Amsterdamer Internationale Gewerkschaftsbund, sind so zu Reserven der bürgerlichen Gesellschaft geworden, zu ihren sichersten Stützen in der Arbeiterklasse.“²⁷

Die Einschätzung der Sozialdemokratie im Programm der Komintern war eine Aufhebung des bisherigen Verständnisses. Es werden keine Aussagen mehr getroffen, dass Verhandlungen mit der Sozialdemokratie ein Mittel im Kampf sind, auch wenn sie ebensowenig explizit ausgeschlossen werden. Es war die-

26 Zentrale Leitung der KO (2023): Lehren aus dem Hamburger Aufstand für heute und morgen. Online: kommunistischepartei.de/diskussion/lehren-aus-dem-hamburger-aufstand-fuer-heute-und-morgen/ (abgerufen am 12.09.25).

27 Komintern (1928): Programm der Kommunistischen Internationale. Online: ciml.250x.com/programm.html (abgerufen am 24.09.25).

ses Programm, das die Grundlage der Taktik der „Einheitsfront von unten“ bildete. Es steht im Widerspruch zur Volksfronttaktik des 7. Weltkongresses, der die wesentlichen Einschätzungen des Programms zur Sozialdemokratie verwirft. Die Gefahr des Revisionismus war in der Komintern noch nicht bekannt, und eine Wende in diesem Sinne Realität geworden.

Nun sind wir heute fast ein Jahrhundert weiter als die hier dargestellte Entwicklung von Einheitsfront und Volksfront. Auch wenn KgK die Volksfront berechtigterweise kritisiert, schaffen die Autoren es nicht, einen Schritt voranzugehen – vielmehr stolpern sie in eine völlig falsche Interpretation der gescheiterten „Einheitsfront von oben“.

Die trotzkistische Einheitsfront

Lesen wir bei KgK über ihr Verständnis der Einheitsfront:

*„Einheitsfrontpolitik bedeutet also einen Aufruf an alle Organisationen der Arbeiter:innenklasse, seien sie reformistisch oder bürokratisch geführt, sich für einen Teilkampf um bestimmte Forderungen zusammenzuschließen. Dabei bedeutet sie jedoch keine beliebige Zusammenarbeit mit reformistischen Organisationen, unabhängig von den Forderungen und Methoden. Sie darf niemals eine bloße Absprache zwischen Apparaten bleiben und bedeutet keine ‚Wahlkombinationen der Spitzen, die diese oder jene parlamentarischen Zwecke verfolgen‘“.*²⁸

Also, Einheitsfrontpolitik ist für KgK ein „Aufruf an alle Organisationen der Arbeiter:innenklasse“ für den Zusammenschluss in einem „Teilkampf um bestimmte Forderungen“. KgK macht zuallererst also aus einer Taktik der Komintern, die einen Aufruf *an alle Arbeiter* richtet, eine Taktik, die sich an „*alle Organisationen der Arbeiter:innenklasse*“ richtet. Es scheint, als wäre es vor allem die Aussage des 4. Weltkongress der Komintern, dass die Kommunisten „an der Zusammenfassung aller Kräfte der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus interessiert“ seien, auf die sich KgK stützt. Eine vage Stütze, denn „Kräfte“ muss nicht „Organisationen“ heißen und irritierenderweise zitiert KgK in

28 KgK 2025.

einem anderen Text zur Einheitsfront²⁹ folgende Passage der Beschlüsse des 4. Weltkongresses zur Frage, ob es um die Organisationen oder die Arbeiter selbst geht:

„Die Taktik der Einheitsfront ist das Angebot des gemeinsamen Kampfes der Kommunisten mit allen Arbeitern, die anderen Parteien oder Gruppen angehören, und mit allen parteilosen Arbeitern zwecks Verteidigung der elementarsten Lebensinteressen der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie.“³⁰

Die Komintern liefert hier eine klare Antwort: Die Taktik der Einheitsfront bezieht sich auf die Arbeiter, unabhängig davon, wo diese organisiert sind. Zwar akzeptiert der 4. Weltkongress auch Unterhandlungen mit den „verräterischen Führern der Sozialdemokratie“, wie KgK zitiert, aber selbst das ist nicht dasselbe wie ein „Zusammenschluss“ von „Organisationen der Arbeiter:innenklasse“ in einem „Teilkampf um bestimmte Forderungen“.

Zwar können wir den Aussagen von KgK zustimmen, dass die Einheitsfronttaktik das Mittel ist um die Arbeiter in gemeinsamen Kämpfen gegen Entlassungen und Lohnkürzungen zu vereinen und den Kampf zwischen den reformistischen und opportunistischen Strömungen und der revolutionären Strömung vor den Augen der Arbeiter ausgetragen werden muss – aber wozu braucht es dazu zuerst einen Zusammenschluss derselben?

Um Missverständnisse zu vermeiden: Wir unterscheiden in unserem Verständnis klar zwischen politischen Parteien und Organisationen wie der PdL, RIO³¹ oder KP – und Massenorganisationen der Arbeiterklasse wie die DGB- und andere Gewerkschaften. Der Kampf der Kommunisten innerhalb der Gewerkschaften ist unabdingbar, auch im Sinne der Einheitsfronttaktik. Vor allem die betrieblichen Strukturen der Gewerkschaften sind entscheidend für die Herstellung und Entwicklung der Einheitsfront, weil sich in ihnen die Arbeiter unabhängig von ihrer Partei- oder Organisationszugehörigkeit organisieren. Auch wenn die Gewerkschaften heute durchweg unter sozialdemokratischer

29 Samstag, Robert (2017): Was ist Einheitsfront?. Online: <https://www.klassegegenklasse.org/was-ist-einheitsfront/> (abgerufen 12.09.25).

30 Kommunistische Internationale (1922): Thesen zur Taktik der Kommunistischen Internationale. Online: http://ciml.250x.com/archive/comintern/german/4_kongress_1922_resolution_zur_taktik_der_komintern.html (abgerufen 12.09.25) zitiert nach KgK 2017.

31 RIO ist die Abkürzung für die „Revolutionäre Internationalistische Organisation“, dessen Zeitung KgK ist.

Hegemonie stehen, sind sie dennoch Einheitsgewerkschaften und keine Richtungsgewerkschaften. Die politischen Parteien spielen in den betrieblichen und gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen meist nur indirekt eine Rolle, nämlich durch ihren Einfluss in den Gewerkschaften. In diesen Kämpfen kommt die Frage, ob man ein Bündnis schließt oder nicht, sowieso nur in Bezug auf eine Kampfunterstützung von außen, wie in Solidaritäts-Kreisen, auf.

KgK sagt jedoch kaum etwas zur Rolle der Gewerkschaften in der Einheitsfront und führt vor allem nicht aus, auf welche positiven Erfahrungen der Geschichte der Komintern oder der trotzkistischen Internationalen sie sich in ihren Vorstellungen beziehen. Stattdessen führen sie immer wieder Trotzki als Autorität an, es scheint, um keine eigenen Argumente für die eingenommenen Positionen liefern zu müssen. Mit Trotzki's Hilfe wird die „Einheitsfront von unten“, wie Thälmann sie vertrat, angegriffen. Doch was ist Trotzki's eigene Vorstellung von der Einheitsfront, im Kontext des erstarkenden Faschismus? Lesen wir nach:

„Der Angriff der Kommunistischen Partei auf die Sozialdemokratie muss gegenwärtig auf drei Linien vor sich gehen. Die Aufgabe, den Faschismus zu zertrümmern, behält ihre ganze Dringlichkeit. Die Entscheidungsschlacht des Proletariats mit dem Faschismus wird gleichzeitig den Zusammenstoß mit dem [...] Staatsapparat bedeuten. Das macht den Generalstreik zur unentbehrlichen Kampfwaaffe. Man muss ihn vorbereiten. Man muss einen besonderen Generalstreikplan ausarbeiten, d.h. einen Plan der Kräftenmobilisierung zu seiner Durchführung; von diesem Plan ausgehend eine Massenkampagne entwickeln; aufgrund dieser Kampagne der Sozialdemokratie ein Abkommen zur Durchführung des Generalstreiks unter bestimmten politischen Bedingungen vorschlagen.“³²

Also um den Faschismus zu bekämpfen, muss man den Generalstreik organisieren. Man muss der Sozialdemokratie ein Abkommen zur Durchführung des Generalstreiks „unter bestimmten politischen Bedingungen“ vorschlagen. Was tat die KPD? Sie schlug der SPD- und Gewerkschaftsführung insgesamt viermal einen Generalstreik vor, der jedes Mal von der SPD abgelehnt wurde. Wir

32 Trotzki, Leo (1932): Der einzige Weg. Kapitel VIII. Der Weg zum Sozialismus. Online: marxists.org/deutsch/archiv/trotzki/1932/09/08-wegsoz.htm (abgerufen am 12.09.25).

sparen uns weitere Ausführungen und lesen weiter bei Trotzki unmittelbar den folgenden Absatz:

„Dass Papens nunmehr Gesetz gewordener Wirtschaftsplan dem deutschen Proletariat nie dagewesenes Elend bringt, erkennen in Worten auch die Führer der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften an. [...] Zwischen ihren Worten und ihren Taten liegt ein Abgrund, wir wissen das, – man muss es aber verstehen, sie beim Wort zu nehmen. Man muss ein System von gemeinsamen Kampfmaßnahmen gegen das Regime der Notverordnungen [...] ausarbeiten. Dieser dem Proletariat durch die ganze Situation aufgezwungene Kampf lässt sich seinem Wesen nach nicht im Rahmen der Demokratie führen. Hitler hat eine Armee von 400.000 Mann, Papen-Schleicher neben der Reichswehr die halbprivate „Stahlhelm“-Armee von 200.000 Mann, die bürgerliche Demokratie die halbtolerierte Reichsbanner-Armee, die Kommunistische Partei die verbotene Rotfront-Armee – diese Situation zeigt, dass das Problem des Staates eine Machtfrage ist. Eine bessere revolutionäre Schule kann man sich nicht vorstellen!“³³

Nun ist es nicht mehr eine Frage des Generalstreiks, sondern schon eine Frage des Bürgerkriegs um die Macht, wie Trotzki es hier, nur wenige Zeilen später, darstellt. Und dafür sollen die Kommunisten ein gemeinsames System an Kampfmaßnahmen ausarbeiten und der Sozialdemokratie vorschlagen. Es bleibt unklar, wie Trotzki das Kräfteverhältnis der von ihm dargestellten Armeen begreift – wer stand sich da eigentlich gegenüber? Hitler, Papen, Schleicher – es handelte sich bei allen diesen „Armeen“ um bürgerliche Kräfte, wohingegen nur die Kommunistische Partei mit ihrem verbotenen Rotfrontkämpferbund auf der Seite der Arbeiterklasse stand. Im Reichsbanner, dem der SPD und anderen liberalen Kräften nahestehenden Wehrverband, waren viele Arbeiter organisiert, die sicherlich nicht bereit gewesen wären, einen Bürgerkrieg gegen die Kommunisten zu führen. Dafür wäre es aber nötig gewesen, sich von der sozialdemokratischen und liberalen Führung des Reichsbanners zu befreien.

33 Ebenda.

Während die Differenzen innerhalb der Bourgeoisie zeitweilig sind und sich wechselnde Konstellationen ergeben, ist der Widerspruch zur Arbeiterklasse absolut – das heißt, die Bourgeoisie wird alle ihre Differenzen der Einheit im Kampf gegen die Arbeiterklasse unterordnen, wenn es nötig ist. Hatte die SPD nicht schon 1918 im Bürgerkrieg bewiesen, dass sie nicht *gegen* die Freikorps als Vorläufer der faschistischen Paramilitärs war, sondern *mit* ihnen zur Ermordung Liebknechts, Luxemburgs und den besten Kräften der Arbeiterklasse zusammengearbeitet, ja sie direkt befehligt hat?

Spannend wird es aber vor allem durch die Schlussfolgerungen, die Trotzki aus diesem vorhergesagten Bürgerkriegsszenario zieht:

„Die Kommunistische Partei muss der Arbeiterklasse sagen: Durch Parlamentsspiel ist Schleicher nicht zu stürzen. Will die Sozialdemokratie darangehen, die [...] Regierung mit anderen Mitteln zu stürzen, so ist die KPD bereit, der Sozialdemokratie aus ganzer Kraft zu helfen. Die Kommunisten verpflichten sich hierbei im voraus, gegen eine sozialdemokratische Regierung keinerlei Gewaltmittel anzuwenden, sofern sie sich auf die Mehrheit der Arbeiterklasse stützt und sofern sie der Kommunistischen Partei Agitations- und Organisationsfreiheit garantiert. Diese Art der Fragestellung wird jedem sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter verständlich sein.“³⁴

Die Kommunisten sollen also, anstatt selbst die Führung im Kampf gegen den Faschismus anzustreben, der Sozialdemokratie ihre Hilfe andienen. Allerdings nur, wenn diese die Regierung Schleicher (wohlgemerkt, also noch nicht die Regierung Hitler), mit „anderen Mitteln“ als dem „Parlamentsspiel“ stürzen wolle. Es ist jedoch eine gefährliche Illusion, anzunehmen, dass eine dann siegreiche sozialdemokratische Regierung den Kommunisten „Agitations- und Organisationsfreiheit“ garantieren würde. Auch bleibt unklar, was Trotzki mit dem Verzicht der Kommunisten auf die Anwendung jeglicher „Gewaltmittel“ meint. In einem Sinne ist es richtig: Nicht zum Sturz der sozialdemokratischen Regierung aufzurufen, sofern die Mehrheit der Arbeiterklasse dieser Regierung noch folgt. Eine Kooperationsbereitschaft, die einerseits auf Illusionen in den Kooperationspartner, andererseits auf einer unklaren Einschränkung der eigenen Politik basiert, ist falsch.

34 Ebenda.

Anstatt die Führung zu übernehmen, verlangt Trotzki von den Kommunisten, sich zum Anhängsel der Sozialdemokratie zu machen und sich damit massiv einzuschränken im Kampf gegen den Faschismus und auch gegenüber jeder sozialdemokratischen Regierung. Denn anstatt die Regierung Schleicher „mit anderen Mitteln“ zu stürzen, hat die SPD jeder Regierung, *sogar der Hitler-Regierung*, ihre Loyalität angeboten, denn sie ist Fleisch vom Fleische der Bourgeoisie.

Was folgert KgK für ihre Einheitsfrontvorstellungen aus Trotzki's Erbe? Kommunisten sollten heute eine Reihe an Forderungen und Aufrufe an die PdL richten, ihrer „Rolle als Oppositionspartei“³⁵ nachzukommen. Sie sollen „progressive“ Entwicklungen loben, wie beispielsweise in der Anerkennung der Jerusalemer Antisemitismus-Definition³⁶, aber immer hartnäckig auf die Mangelhaftigkeit der Schritte hinweisen. Denn schließlich sei der „weitere Weg der Linkspartei [...] keineswegs vorgezeichnet. Abhängig von den großen politischen Entwicklungen und möglichen neuen Klassenkämpfen können sich die Widersprüche zum Anpassungskurs an Merz vertiefen und kritische Phänomene entstehen.“³⁷

Die Einheitsfront aus Linkspartei und KgK

Für KgK gilt es heute aber nicht nur, den Parteivorstand der PdL zu Politiken aufzurufen, sondern „mit jeder Art der Führung Aktionseinheiten herzustellen“. Als wenn diese Formulierung nicht schon unklar genug wäre, verwirrt sich KgK vollständig in ihrer Charakterisierung der Linkspartei selbst.

KgK behauptet, dass der „Klasseninhalt“ der PdL dem „Ursprung nach proletarisch“ sei, allerdings repräsentiere sie nicht das „Interesse der Mehrheit der Klasse“, sondern ihrer „privilegierten Schichten“, die sich durch „Aussöhnung mit der Bourgeoisie Vorteile“ erkaufte hätte. Diese „privilegierten Schichten“ fänden ihre Verkörperung in der „Bürokratie der Gewerkschaften und reformistischen Parteien“. Eine heillose Begriffsverwirrung. Wonach bestimmen wir den Klasseninhalt einer Partei? Würden wir ihn nach der Herkunft ihrer

35 <https://www.klassegegenklasse.org/70-jahre-sind-zu-viel-aber-69-sind-verhandelbar-frau-schwerdtner/> (Abgerufen 10.08.25).

36 <https://www.klassegegenklasse.org/grossmachtambitionen-auf-duennem-fundament/> (Abgerufen 10.08.25).

37 Ebenda.

Mitgliedschaft bestimmen, dann wäre die SPD vielleicht bis heute eine „Arbeiterpartei“. Man sieht, wie nutzlos ein solches Herangehen wäre. Der Klasseninhalt einer Partei bestimmt sich dadurch, welche Interessen diese Partei objektiv, durch ihre Praxis verkörpert. Wir haben in einem ausführlichen Artikel³⁸ hinreichend dargelegt, dass der Klasseninhalt der PdL eindeutig die Klasseninteressen der Bourgeoisie widerspiegelt.

Die Interessen von privilegierten Schichten der Arbeiterklasse sind allerdings nicht gleichbedeutend mit denen der PdL und auch nicht von den objektiven Klasseninteressen der Arbeiterklasse zu trennen. Sie mögen durch materielle Zugeständnisse zur Stützung der bürgerlichen Herrschaft bewegt werden zu können. Solange diese Zugeständnisse ihre Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse aber nicht aufheben (durch enormes Vermögen beispielsweise), ändert sich auch nichts an ihrem objektiven Interesse. Wenn wir annähmen, dass privilegierte Schichten der Arbeiterklasse objektiv andere Interessen hätten als der Rest der Arbeiterklasse, dann müssten wir diese als Klassenfeinde bekämpfen, statt zu versuchen, sie in die Einheitsfront zu ziehen.

KgK kritisiert unsere Einschätzung der PdL als eine reaktionäre bürgerliche Partei, wirft uns vor, dass eine Bestimmung als „bürgerliche Partei mit rotem Anstrich zu kurz“ greifen würde. Zwar agiere die PdL „letztlich gegen das objektive Interesse der Arbeiter:innen“, aber ihre objektive Basis bestehe weniger in der „einseitigen Unterstützung durch die Bourgeoisie“, sondern vielmehr in der „Vermittlung zwischen Arbeiter:innen und Kapitalist:innen“, der „Aushandlung von gewissen Zugeständnissen um den Preis der Einhegung und Integration von Arbeiter:innen- und sozialen Bewegungen“. Den Begriff „Vermittlung“ für eine glasklare Strategie der Unterordnung der Arbeiter unter die Bourgeoisie zu benutzen ist schon schwerwiegend. Denn was anderes kann es sein, wenn man für „gewisse Zugeständnisse“ die „Einhegung und Integration“ der Arbeiterklasse verantwortet? Wir sehen doch heute, dass der Reformismus bereit ist, für immer kleinere Zugeständnisse die Integration, also die Tolerierung ihrer eigenen Ausbeutung durch die Arbeiter zu organisieren. Mehr noch: Jede bisherige sozialdemokratische Regierung, ob SPD oder Linkspartei, hat gezeigt, dass sie nicht nur „Integration“ betreibt, sondern auch „Repression“ und letztlich im Interesse des Kapitals eine Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterklasse vorantreibt.

38 Rade, Timo et al. (2025): Teil der Rechtsentwicklung: Charakter, Weg und Ziel der Linkspartei. Online: <https://kommunistischepartei.de/diskussion/teil-der-rechtsentwicklung-charakter-weg-und-ziel-der-linkspartei/> (Abgerufen 05.08.25).

Für die KP jedoch sei die PdL einfach eine „glatte Lügner[in]“ und das liefe darauf hinaus „von der Seitenlinie über die Linkspartei zu schimpfen, dabei aber in der Praxis dem politischen Kampf mit ihr auszuweichen und in eine passive Abwartehaltung gegenüber der Basis des Reformismus zu verfallen“.

Schritt für Schritt entknoten wir das Wirrwarr. Wer behauptet, dass die „objektive Basis“ der PdL in einer „einseitigen Unterstützung durch die Bourgeoisie“ besteht? Was soll das überhaupt heißen, dass die PdL einfach ein „gekaufter Agent“ der Bourgeoisie ist? Uns eine solche Sichtweise zu unterstellen ist flach. Wer unseren Artikel zur Linkspartei gelesen hat, wird nachvollziehen, dass wir nicht eine einfache „Agententheorie“ vertreten, sondern ausführlich anhand der programmatischen und aktuell-politischen Positionen und der Geschichte der Partei darlegen, warum die PdL eine Partei der Bourgeoisie ist und keineswegs eine Partei der Arbeiterklasse sein kann. Zwar gibt es sogar ganz offene Täuschungsmanöver von führenden Funktionären der Linkspartei wie Gregor Gysis Aussagen zur Position der PdL zur NATO in einem geleakten Gespräch mit dem ehemaligen US-Botschafter Philip Murphy.³⁹ Allerdings ist es für unsere Analyse der objektiven Rolle der Partei völlig zweitrangig, ob bewusst oder unbewusst getäuscht wird – Fakt ist, dass die Linkspartei behauptet, im Interesse der Arbeiter zu handeln, und real im Interesse der Bourgeoisie handelt.

Warum aus unserer Charakterisierung der Linkspartei folgen muss, „von der Seitenlinie über die Linkspartei zu schimpfen“, dem „politischen Kampf mit ihr auszuweichen“ und in eine „passive Abwartehaltung gegenüber der Basis des Reformismus“ zu verfallen, bleibt das Geheimnis von KgK. Meine Aussagen im Podcast bei Fabian Lehr und in unserem Artikel zur Linkspartei könnten klarer nicht sein:

„Bedeutet all das, dass wir die vielen Mitglieder sozialdemokratischer Parteien links liegen lassen? Oder gar anfeinden? Natürlich nicht. Es ist richtig, als kommunistische Partei danach zu streben, möglichst viele der Anhänger und Mitglieder der Sozialdemokratie für den Kommunismus und die KP zu gewinnen. Dafür ist es notwendig, in Betrieb und Gewerkschaft, im Kampf um das Wohnviertel oder gegen den Krieg mit den einfachen Mitgliedern der Linkspartei (aber auch anderer bürger-

39 Ebenda.

licher Parteien) Seite an Seite zu stehen. Es ist notwendig, eine Sprache und Diskussionskultur zu entwickeln, die diese Menschen verstehen lässt, dass wir unsere Kritik an ihrer Partei nicht als Feindseligkeit gegen sie selbst meinen. Aber all das bedeutet nicht, dass wir die Trennlinie zwischen der Partei der Revolution und den verschiedenen Parteien des bürgerlichen Systems jemals aufgeben oder verwischen dürfen.“⁴⁰

Pikant ist die Kritik von KgK aber in dem Punkt, wo sie uns vorwerfen, für uns sei die PdL eine „glatte Lügner[in]“. Schauen wir in die Stellungnahme, auf die KgK ihren Vorwurf bezieht, und zitieren ausführlich die entsprechende Passage:

„Und das größere Bild zeigt: Der „demokratische Sozialismus“ der Linkspartei ist und war nie etwas anderes als ein beschönigender Anstrich für die Barbarei der kapitalistischen Ausbeutung. Er will den Kapitalismus nicht abschaffen, sondern menschenfreundlicher gestalten, was unmöglich ist – er ist also kein Sozialismus, sondern Reformismus. Die Behauptung, auf der Seite der Unterdrückten und der Arbeiterklasse zu stehen, ist eine glatte Lüge – wer den Hühnern nur einen größeren Käfig und ein schmerzfreieres Schlachten verspricht, damit sie nicht auf den Gedanken kommen, aus dem Käfig zu fliehen, der steht nicht auf der Seite der Hühner, sondern auf der des Metzgers.“⁴¹

Wir sagen also, es ist eine „glatte Lüge“ der PdL, zu behaupten, dass sie auf der Seite der Unterdrückten und der Arbeiterklasse stünde. Zwar bezeichnet eine Lüge tatsächlich immer einen bewussten Akt der Täuschung, aber die folgenden Sätze zeigen ja, wie wir das meinen: Falsche Versprechungen führen unabhängig davon, ob sie bewusst oder unbewusst gemacht werden, auf die Seite des Gegners. Noch klarer wird es, wenn man den folgenden Absatz der Stellungnahme auch liest. Dort steht über die volksfeindliche Politik der PdL in den Landesregierungen:

40 Ebenda.

41 ZK der KP (2025): Bundestagswahl 2025 – Allparteienfront für Krieg und Massenarmut. Online: <https://kommunistischepartei.de/allgemein/bundestagswahl-2025-allparteienfront-fuer-krieg-und-massenarmut/> (Abgerufen 05.08.25).

„All das sind keine Ausnahmen oder Abweichungen von ihrem eigentlichen Charakter und liegen auch nicht am bösen Willen der Politiker – selbst wenn sie gute Absichten hätten, wären sie als Teil einer Regierung des bürgerlichen Staates gezwungen, Politik für die herrschende Klasse zu machen. Die Orientierung auf Regierungsbeteiligungen innerhalb des Kapitalismus ist bereits an und für sich eine Garantie dafür, dass eine Partei Politik gegen die Arbeiterklasse machen wird.“⁴²

Die KP geht offensichtlich nicht von einer „Agententheorie“ aus, sondern beschreibt die Entwicklung ins Lager der Bourgeoisie schlicht und einfach als notwendige Konsequenz aus einer reformistischen Politik. An dieser Stelle muss allerdings die Frage erlaubt sein, warum KgK auf diesem Punkt so herumreitet? Ist es nicht, sogar nach ihrer eigenen Aussage so, dass die PdL „letztlich gegen das objektive Interesse der Arbeiter:innen“ agiere?

KgK will sich alle Türen offen lassen, ihre Einschätzung der Linkspartei entsprechend der Notwendigkeiten ihrer eigenen Politik anzupassen. Sie bleibt nicht dabei, die reaktionäre Rolle der Sozialdemokratie anzuerkennen, sondern meint trotzdem, man müsse mit ihr die Aktionseinheit suchen. Nur in einem einzigen Abschnitt erfolgt eine Begründung dafür, warum man mit der Führung der Linkspartei kooperieren muss, um die Basis der Linkspartei zu erreichen:

„In Bezug auf die Linkspartei bedeutet dies auch, nicht einfach nur schematisch den Parteivorstand zu Politiken aufzurufen, sondern zu versuchen, mit jeder Art der Führung Aktionseinheiten herzustellen. Dies ist besonders notwendig, da es auch linke Kräfte in der Partei gibt, die zu progressiven Positionen vermitteln. Ferat Koçak, Cansın Köktürk und Ulrike Eifler versuchen beispielsweise alle die Palästina-Bewegung in den Reformismus zu integrieren. Gerade der Parteitag der Linkspartei mit den Beschlüssen zur Jerusalemer Erklärung hat ihnen dafür eine gute Grundlage bereitet, indem sich der linke Flügel zwar verteidigt hat, aber kein klar antizionistisches Programm vorschlägt. Genau das müssen Kommunist:innen tun und mit Antimilitarismus verbinden. Mit einem solchen Programm müs-

42 Ebenda.

sen sie mit allen Teilen der Linkspartei, die zu entsprechenden Aktionen bereit sind, zusammenarbeiten, um die notwendige Aufgabe, einen gegen das Regime gewandten Antizionismus und Antimilitarismus in Deutschland so stark wie möglich zu organisieren, zu erfüllen, und außerdem die Widersprüche zwischen der Führung und den linken Teilen der Basis der Linkspartei zu vertiefen.“⁴³

Erst in diesem Abschnitt, dem letzten im gesamten Text, offenbaren die Autoren von KgK ihre wahre Position. Hier wird gesagt, es gäbe „linkere Kräfte“ in der Partei, die versuchen würden, zu „progressiven Positionen“ zu vermitteln. Es gäbe Versuche, „die Palästina-Bewegung in den Reformismus zu integrieren“. Der „linke Flügel“ hätte aber noch kein „antizionistisches Programm“ vorgeschlagen. Nun sollten die Kommunisten *genau das* tun, also der Linkspartei ein antizionistisches Programm vorschlagen. Mit dem Ziel, mit allen Teilen der Linkspartei zusammenzuarbeiten, die zu entsprechenden Aktionen bereit seien. Denn die „notwendige Aufgabe“ sei es, einen „gegen das Regime gewandten Antizionismus und Antimilitarismus“ in Deutschland so „stark wie möglich“ zu organisieren. Das würde schließlich die Widersprüche zwischen der Führung und den „linkeren Teilen der Basis“ vertiefen. Anstatt an einer unabhängigen Einheitsfront „von unten“ zu arbeiten, kommt diese Aufgabenbestimmung der Kommunisten einem Abarbeiten an der Linkspartei gleich, ohne dabei die Hoffnung gänzlich aufzugeben, dass sich diese Partei doch noch in ihr Gegenteil verwandeln könnte.

43 KgK 2025.

Klasse gegen Klasse oder „Klasse gegen Klasse“?

„Soll man den Reformismus bekämpfen oder ein Bündnis mit ihm schließen?“ war die Frage, die ich am Anfang dieses Textes als prinzipielle Unterscheidungslinien zwischen der KP und KgK aufgemacht habe. Ziehen wir Bilanz:

Ich habe gezeigt, dass die Vorstellungen der „Einheitsfront von unten“ wie sie die KP in ihren Programmatischen Thesen und ihrem Entwurf für ein neues Programm beschreibt,⁴⁴ die Aktionseinheit der Arbeiterklasse unabhängig von der Partei- und Organisationszugehörigkeit oder weltanschaulichen Verortung der Beteiligten anstrebt, ohne dabei auf ein Bündnis mit den reformistischen Parteien zu setzen. Im Gegenteil ist wesentlicher Bestandteil dieser Einheitsfronttaktik der Arbeiterklasse die Entlarvung des Reformismus als den Interessen der Arbeiterklasse entgegengesetzt. Der Bezugspunkt in unserer Einheitsfronttaktik ist die Taktik des Programms der Komintern von 1928. Zwar ist ihr die Schwäche noch eigen, Bündnisse mit der Sozialdemokratie nicht explizit auszuschließen, aber die zugrundeliegende Analyse der Sozialdemokratie lässt keinen anderen Schluss zu.

Demgegenüber habe ich eine Kritik an der Einheitsfrontvorstellung von KgK formuliert. Ihre Einheitsfronttaktik zielt wesentlich auf ein Bündnis mit dem Reformismus, also auf die „Einheitsfront von oben“. Zwar betont KgK, dass dies vor allem der Spaltung der Basis von der Führung dienen sollte, und kritisiert auch Bestrebungen der Parteiführung der PdL, den Kapitalismus mitverwalten zu wollen – aber trotz dessen läuft ihr Verständnis auf eine Zusammen-

44 „Die kommunistische Partei arbeitet auf den Aufbau der proletarischen Einheitsfront von unten hin. Die Einheitsfront von unten bedeutet den gemeinsamen Kampf der Arbeiter verschiedener Gesinnungen, unabhängig von ideologischen Präferenzen, Wahlverhalten oder auch Parteizugehörigkeiten, für das gemeinsame objektive Klasseninteresse. Ziel der Einheitsfront von unten ist aus Sicht der kommunistischen Partei einerseits, die größtmögliche Schlagkraft der Arbeiterbewegung in ihrem täglichen Kampf gegen die Bourgeoisie zu erreichen und andererseits, mit den nicht-kommunistischen Kolleginnen und Kollegen möglichst enge Bande zu knüpfen, gegenseitiges Vertrauen zu entwickeln, in die Diskussion zu kommen und sie letztlich für den Sozialismus zu gewinnen. Sie beinhaltet keine Zusammenarbeit der kommunistischen Partei mit den sozialdemokratischen oder anderen bürgerlichen oder opportunistischen Parteien, die Einfluss auf die Arbeiterklasse haben. Immer wieder hat sich gezeigt, dass die Kooperation mit solchen Kräften im Widerspruch zur konsequenten Bekämpfung dieser Kräfte steht und es zudem erschwert, die Arbeiterklasse zur Selbstaktivität zu bewegen. Die Einheit der Arbeiterklasse im Kampf ist die eine wesentliche Bedingung einer schlagkräftigen Bewegung, die in der Lage ist, das kapitalistische System zu stürzen.“ ZK der KP (2024): Entwurf des Parteiprogramms der KP. In: Klassenkampf und Wissenschaft #1/2024. Online: kommunistischepartei.de/geschichte-theorie/die-erste-ausgabe-des-neuen-theorieorgans/ (Abgerufen 12.09.25).

arbeit mit der PdL und anderen reformistischen Kräften hinaus. Wer Kräfte wie die damalige SPD und die heutige PdL als „Strömungen der Arbeiterbewegung“ begreift, die in einer Arena des „ehrlichen Kampfes“ mit den Kommunisten um die Hegemonie ringen und gleichzeitig die KP dafür kritisiert, die Wahrheit über den inneren Zusammenhang zwischen Sozialdemokratie und Faschismus, zwischen dem Rechtsruck und der reaktionären Politik der PdL aufzudecken – der verharmlost den Reformismus und ist bereit mit ihm zusammenzuarbeiten.

Es ist eine Ironie der ganzen Auseinandersetzung, dass genau die Strategie und Taktik der Komintern, gegen die sich KgK stellt, unter dem Titel „Klasse gegen Klasse“ in die Geschichte der Kommunistischen Bewegung eingegangen ist. Als Name einer Online-Zeitung wird die Parole „Klasse gegen Klasse“ heute für die Vorstellung eines Bündnisses mit der Sozialdemokratie vereinahmt und in sein Gegenteil verkehrt. Daher: Klasse gegen Klasse oder „Klasse gegen Klasse“?

Die Ideologie der Postmoderne

Ludwig Fleischer

Der Begriff des Postmodernismus kommt immer wieder auf. Sei es in unseren philosophischen Debatten, akademischen Künstlerkreisen oder aus dem Mund unseres politischen Feindes. Doch nur selten ist klar, was damit eigentlich gemeint ist. Diese Ungreifbarkeit hat es reaktionären Ideologen wie beispielsweise Jordan Peterson⁴⁵ ermöglicht, den Begriff „Postmodernismus“ zu einem politischen Kampfbegriff zu erheben. In einer vollkommenen Verzerrung der Wirklichkeit postuliert er, dass das, was viele als kulturellen Verfall erleben, der Dominanz eines „postmodernen Neomarxismus“ geschuldet sei. Im Gegensatz dazu werden wir sehen, dass die postmoderne Ideologie dem Marxismus nicht nur feindlich gesinnt ist, sondern schon fast als sein vollkommenes Gegenteil bezeichnet werden könnte, und dass sie gezielt von der herrschenden Klasse eingesetzt wird, um die Arbeiterklasse ihrer Weltanschauung zu berauben. Der Postmodernismus stellt im gegenwärtigen historischen Kontext die adäquate herrschende Ideologie dar. Als einzige weltanschauliche Strömung vermag er die Interessen der herrschenden Klasse zu artikulieren und sich zugleich – insbesondere in den Universitäten – als progressive Theorie zu inszenieren. Gerade deswegen ist der Postmodernismus vor allem in seinem Bezug zum Marxismus zu verstehen. Im Folgenden skizzieren wir einige der zentralen Positionen der postmodernen Philosophie und arbeiten deren Gegensatz zum Marxismus heraus. Außerdem gehen wir darauf ein, wie die Geschlechterfrage von den Postmodernisten behandelt wird, da sich hier ihre Abkehr von materialistischen Analysen und ihre systemstabilisierende Funktion in besonders exemplarischer Weise zeigt.

45 Ein neurechter Professor für Psychologie aus Kanada, der vor allem für seine pseudo-intellektuelle Propaganda bekannt ist. Er ist ein strammer Antikommunist und hat sich in den letzten zehn Jahren zu einem regelrechten Phänomen entwickelt, insbesondere aufgrund seiner Online-Auftritte auf YouTube, wo sein Kanal über 8,5 Millionen Abonnenten hat. Sein Buch *12 Rules for Life* hat sich über 5 Millionen mal verkauft.

Ist Sprache unabhängig von der Wirklichkeit?

Die Postmoderne als Epoche ist ein vielschichtiges Phänomen. Ihre genaue historische und inhaltliche Einordnung ist akademisch nach wie vor umstritten. Wie auch der Begriff der Moderne umfasst die Postmoderne die Bereiche der Kunst, der Moral, der Philosophie, also eigentlich der gesamten Kultur, insbesondere des Westens. Über kunstgeschichtliche Debatten soll es uns hier aber nicht gehen. Uns interessiert vor allem die Philosophie dieser Epoche, die am Ende auch das ist, was als Fundament der akademischen Kultur in der postmodernen Kunst hindurchscheint. Die Philosophie des Postmodernismus ist vor allem durch den Poststrukturalismus geprägt, der wiederum auf dem Strukturalismus beruht. Die ideologischen Wurzeln des Strukturalismus finden wir im 19. Jahrhundert bei einem Schweizer Sprachwissenschaftler mit dem Namen Ferdinand de Saussure. In seiner Theorie ist ein einzelnes Wort nie isoliert zu verstehen, sondern immer als Teil eines komplexen Systems – als ein Zeichen innerhalb der sprachlichen Struktur. In einem wissenschaftlichen Artikel zum Thema heißt es dazu: „Jeder, der mehrere Sprachen spricht, begreift die Beliebigkeit des Zeichens: was hier ‚Hund‘ heißt, heißt dort ‚chien‘. Doch je mehr Sprachen man kennt, umso offensichtlicher wird der systemische Wert eines jeden Wortes, umso offensichtlicher der Fakt, dass es nirgendwo ein exaktes Äquivalent hat, weder in anderen Sprachen noch in der Welt selbst.“⁴⁶

Laut Ferdinand de Saussure ist die sprachliche Struktur relativ unabhängig von der Realität. Die Sprache und die Wirklichkeit seien also „stets auseinander, und die Lücke zwischen ihnen ist unüberwindbar“.⁴⁷

Zumindest von einer Seite her bewegen wir uns damit im Rahmen des marxistischen Weltbilds. Die menschliche Erkenntnis, und mit ihr ihr Ausdruck in der Sprache, kann sich der absoluten Wahrheit nur annähern – als relative Wahrheit – und muss ihr stets ein Stück weit entfernt bleiben. Das liegt zum Beispiel

46 „Any speaker of more than one language knows the arbitrariness of the sign: what is ‘dog’ here, is ‘chien’ there. But the more languages one knows, the more obvious becomes the systemic value of any word, the more obvious the fact that it has no exact equivalent elsewhere, either in other languages or in the world“ (Ermarth, Elizabeth Deeds (1998): Postmodernism – <https://www.rep.routledge.com/articles/thematic/postmodernism/v-1/sections/the-role-of-language#>).

47 „The theories of Ferdinand de Saussure [...] emphasize that language and the world are always separate, and the gap between them impossible to bridge“ (Nicol, Bran (2009): The Cambridge Introduction to Postmodern Fiction. Cambridge University Press, S. 6).

daran, dass wir immer nur vermittelt erkennen können, einerseits mit unseren Sinnen und technischen Hilfsmitteln, und andererseits das Erkannte nur ideologisch geprägt deuten können. So ist unsere Erkenntnis abhängig vom historischen und gesellschaftlichen Kontext. Wir können die Welt also nicht in ganzer Fülle, allumfassend begreifen, doch wir können sie historisch immer voller, immer umfassender begreifen, beispielsweise durch immer bessere technische Hilfsmittel, die auf dem Boden der Entwicklung der Produktivkräfte entwickelt werden.⁴⁸

Da die Sprache vom Menschen abhängt und seine historisch und gesellschaftlich vermittelte Erfahrung ausdrückt, kann sie eben nicht „relativ unabhängig“ sein, sondern existiert nur in einem recht direkten Verhältnis zur Realität von der ausgehend die gesamte Bewegung der Erkenntnis startet: Der Mensch erkennt die Realität, aber er erkennt sie nur vermittelt. Diese vermittelt wahrgenommene Realität drückt er danach menschlich aus. Das soll hier heißen: Mit seinen menschlichen Mitteln, wie vor allem der Sprache. Die Bewegung ist Realität → Erkenntnis → Sprache. Wir sehen also, dass die Sprache ganz und gar nicht unabhängig von der Wirklichkeit ist, wie die Strukturalisten in verschiedenen Graden behaupten. Im Gegenteil ist die Sprache in der Wirklichkeit verwurzelt – das ist der materialistische Standpunkt. Durch die Leugnung dieser Verwurzelung verfallen die postmodernen Denker tiefer und tiefer in den Idealismus.

Saussure definiert ein (sprachliches) *Zeichen* als eine Kombination aus dem *Signifikat* (das, was durch das Zeichen benannt werden soll) und dem *Signifikanten* (das, wodurch genannt wird; das Wort). Der Signifikant ist willkürlich; man hätte das Buch genauso gut Baum nennen können. Aber einmal festgelegt, kann das Wort nicht mehr vom Ding getrennt werden, weil Sprache sonst nicht funktionieren würde. Soviel ist klar. Doch: „Die eigentliche Konsequenz von Saussures Theorie besteht darin, dass die Sprache die Wirklichkeit nicht braucht, um zu funktionieren; sie funktioniert unabhängig von ihr. Das bedeutet: Wenn jemand von einem realen Ding spricht, dann wird er oder sie nur durch den Code der Signifikanten verstanden. Wenn ich also auf ein Buch zeige und sage ‚dieses Buch‘, dann verstehst du was ich meine nicht aufgrund ‚des Referenten‘ (des konkreten Buches, auf das ich zeige), sondern weil du

48 Hierzu seien die entsprechenden Kapitel in Lenins Buch *Materialismus und Empiriokritizismus* empfohlen.

die Signifikate begreift, die durch die Signifikanten ‚dieses‘ und ‚Buch‘ evoziert werden.“⁴⁹

Die Bedeutung eines Wortes in der Struktur der Sprache liegt darin, dass es sich von anderen Worten unterscheidet. Diese „Differenz“ ist die tatsächliche Bedeutung, der wahre Gehalt des Worts. So wird dem Subjekt „bestenfalls eine nur zweitrangige Rolle bei der Produktion von Bedeutung“⁵⁰ zugemessen. Claude Lévi-Strauss spitzte dies zu, indem er dem Signifikanten nicht nur eine grundsätzlich höhere Wichtigkeit als dem Signifikat zusprach, sondern ihn als das einzig Wichtige benannte.⁵¹ Nach dieser Auffassung ist Sprache als Struktur selbstreferentiell, d.h. sie bezieht sich einzig und allein auf sich selbst.⁵² Die Wörter haben als Bedeutung nur andere Wörter. Jede Bedeutung ist in die Sprache aufgelöst und existiert nur noch in dieser. Hier haben sich die Postmodernisten schon großen Blödsinn eingebrockt.

Man könnte demnach in ein Wörterbuch gucken, sich die Definition eines „Baums“ angucken, und würde etwa Sätze finden wie: „Holzgewächs mit festem Stamm, aus dem Äste wachsen.“ Man müsste durch das Wörterbuch blättern, die Begriffe „Holzgewächs“, „Stamm“, „Ast“, ja sogar „wachsen“ nachschlagen, und würde in ihren sogenannten „Definitionen“ wieder eine Menge an Wörtern entdecken, die man dann nachschlagen muss. Und nach dieser Theorie hätte man dann tatsächlich die Chance zu verstehen, was ein Baum ist.

Tatsächlich könnte man auf diese Weise aber niemals wirklich *begreifen*, was ein Baum ist, denn ein Baum ist mehr als eine Aneinanderreihung weiterer Begriffe. An irgendeinem Punkt muss die Realität, muss die menschliche Erfahrung, also die *praktische Betätigung des Subjekts* ins Spiel kommen, um tatsächlich *Bedeutung* zu produzieren. Auch wenn ich den Baum als Holzgewächs, aus dem Äste wachsen, erkläre, kann mein Gegenüber das nur begreifen, wenn

49 „The real implication of Saussure’s theory is that language doesn’t need the world to function; it works independently of it. What this means is that when someone is speaking about a real thing he or she is only understood because of the code of the signifier. So if I point at a book and say ‘this book’, the reason you understand what I am referring to is actually not because of ‘the referent’ (the actual book I may be pointing at) but because you comprehend the signifieds evoked by the signifiers ‘this’ and ‘book’“ (Nicol, S. 7).

50 „Saussures structural linguistics [...] accorded the subject only at best a secondary role in the production of meaning [...]“ (Callinicos, Alex (1989): *Against Postmodernism*. Polity Press, S. 73).

51 Ebd., S. 74.

52 „Inspired by the work of the Swiss linguist Ferdinand de Saussure, postmodernists claim that language is semantically self-contained, or self-referential [...]“ (Duignan, Brian (2025): „postmodernism“. In: *Encyclopædia Britannica* (2025) – <https://www.britannica.com/topic/postmodernism-philosophy>).

er oder sie selber schon begriffen hat, was ein Holzgewächs ist, was ein Stamm ist und was Äste sind. Die Begriffe erhalten keine *Bedeutung* durch ihre „Differenz“, also ihren Bezug aufeinander, ihre Position im Gesamtsystem – sondern ihre Beziehungen spiegeln die Beziehungen der realen Objekte wider; die Widerspiegelung der Wirklichkeit im Bewusstsein drückt sich in den Begriffen aus, und die konkrete Natur ihrer inneren Beziehungen schlägt sich in den Beziehungen der Begriffe untereinander nieder.

Hyperrealität aus Simulationen?

Saussure hat den postmodernen Denkern die Möglichkeit gegeben, alle Bedeutung in die Sphäre der Sprache zu heben. Der französische Poststrukturalist Jean Baudrillard machte sich dann daran, auch die ökonomische Realität in eine Struktur der „Zeichen“ aufzulösen – Zeichen im Saussureschen Sinne, wie oben beschrieben.⁵³ Genauer meint er damit, dass durch die „postmoderne Konsumgesellschaft“ (womit er natürlich die westliche Gesellschaft meint), in der unsere Sinne von elektronischen Reizen überflutet werden und in der wir die Welt zunehmend durch die verzerrende Brille der immer vielfältigeren Medien wahrnehmen als durch die direkte Erfahrung, die Welt der Zeichen sich vollkommen von der realen Welt abgehoben hätte. Nach dieser Auffassung leben wir heute *in* einer Welt der Zeichen – einer „Hyperrealität“, die aus „Simulationen“ besteht.⁵⁴

Der Konsum einer Ware ist der Konsum eines Zeichens – keines realen Gegenstandes. Der Konsum von einem Teller Nudeln beispielsweise, den ich mir von meinem Lohn gekauft habe, ist nicht mehr die Reproduktion der Arbeitskraft, ist nicht mehr die tatsächliche, reale Reproduktion des Kapitalverhältnisses und damit die wirkliche Reproduktion meiner selbst *als Arbeiter* – es ist nur ein „Zeichen“. Ein Zeichen dafür, dass ich irgendwie, irgendwo eine gewisse Stellung in der Gesellschaft einnehme, einnehmen möchte oder soll. Ob es aber wirklich so ist? Das kann man nicht sagen, denn ohnehin ist nicht mehr unterscheidbar, was real und was nur „hyperreal“ ist. Baudrillard behauptet: „Ab einem bestimmten präzisen Zeitpunkt ist die Geschichte nicht mehr real.“

53 „According to Baudrillard, the commodities [...] do not have use-value as defined by Karl Marx but can be understood as signs as defined by Ferdinand de Saussure“ (Taylor, Victor E./Winqvist, Charles E. (2001): *Encyclopedia of Postmodernism*. London: Routledge. S. 183).

54 Vgl. Miliaronikolaki, Eleni: *Die Postmoderne und ihre Kunst*. Online: <https://www.komep.gr/m-article/O-metamonternismos-kai-ti-texni-toy/>, eigene Übersetzung.

Die gesamte menschliche Spezies habe „die Realität hinter sich gelassen. Nichts, das seitdem passiert ist, war wahr.“ Wir sind längst über den Agnostizismus hinaus, über das permanente Hinterfragen, ob wir *wirklich mit Sicherheit* eine Aussage über die Realität treffen können. Stattdessen wird die Realität überhaupt geleugnet. In der Tat ist „die Annahme, dass es keinen gemeinsamen Nenner gibt – in ‚der Natur‘ oder ‚Wahrheit‘ oder ‚Gott‘ oder ‚der Zukunft‘ – der entweder die Einheit [One-ness] der Welt oder die Möglichkeit zu neutralem oder objektivem Denken garantiert“, eine der grundlegendsten Annahmen der postmodernen Philosophie in all ihren Geschmacksrichtungen.⁵⁵

Der Dominanz einer solch fundamental irrationalen Philosophie entspricht eine Diskussionskultur, in der es einerseits Sünde ist, einen festen Standpunkt zu verteidigen, Konsequenzen zu ziehen und radikale Veränderung zu fordern, während es andererseits ehrenhafte Tugend ist, keine feste Meinung zu haben, stets „demokratisch“ zu bleiben, alle möglichen „alternativen“ Sichtweisen miteinzubeziehen und bloß keine Appelle an die Wissenschaft zu machen, um eine definite Wahrheit für sich zu beanspruchen. So gerät die Naturwissenschaft, beispielsweise zur Klima-Thematik, genauso ins Fadenkreuz der reaktionären Philosophie wie der Marxismus. Ihr Wahrheitsgehalt ist nur ein „Vorschlag“ unter vielen. Folgen wir dieser Ideologie, können wir über die Geschichte keine Aussagen mehr machen, da sie „nicht mehr real“ ist. Hierin sieht man schon den absoluten Gegensatz zum Marxismus. Wenn es keine Realität mehr zu erkennen gibt, braucht man sich auch keine Gedanken mehr darum machen, sie zu ändern. Es geht dann nur noch darum, „diesen Zeitpunkt zu entdecken“, ab dem die Geschichte nicht mehr real war.⁵⁶ Die Lösung ist klar: Raus aus der Politik und rein ins akademische Kämmerlein!

Reaktionäre Rolle in revolutionärem Gewand

Eine zentrale Figur des Postmodernismus ist Jacques Derrida, Begründer und Hauptvertreter der sogenannten Dekonstruktion. Er übernahm die Ansicht, dass die Sprache ein rein-selbstreferentielles System ist. Die Wörter beziehen

⁵⁵ Ermarth (Anm. 2).

⁵⁶ Zitiert in: Alizadeh, Hamid/Morley, Daniel (2022): Marxism versus postmodernism (<https://marxist.com/marxism-versus-postmodernism.htm>).

sich nur auf andere Wörter, und jede Bedeutung muss immer erst im nächsten Wort gefunden werden. Sie werden damit alle gleich leere Worthülsen. Der Übergang vom Strukturalismus zum Poststrukturalismus zeichnet sich nun besonders durch die Ansicht aus, dass die Struktur, die Sprache, wandelbar ist. Signifikant und Signifikat sind nicht fix, sondern in ständiger Fluktuation. Deswegen müssen die sprachlichen „Zeichen“, die den Zusammenhang zwischen beiden bilden, permanent hinterfragt werden – sie müssen „dekonstruiert“ werden.

Mit „Dekonstruktion“ ist dabei etwas völlig anderes gemeint als eine marxistische Kritik an bürgerlicher Ideologie oder ihrer Begriffe. Man kann nur dekonstruieren, was vorher konstruiert wurde. Für die Postmodernisten, die den Begriff der Dekonstruktion erfunden haben, ist jede Form der Realität „konstruiert“, insbesondere eben durch die Sprache, wie beispielsweise auch bei der Queer-Theoretikerin Judith Butler. Für sie gibt es keine „prä-diskursive“ Realität, keine Wirklichkeit vor dem sprachlichen Diskurs, also der sprachlichen „Schöpfung“ des „Echten“. Hier ist das tatsächliche Verhältnis, welches wir eben kurz beschrieben haben, von Sprache und Realität genau auf den Kopf gestellt.

Die Realität gilt es nicht mehr objektiv zu beschreiben, da es diese objektive Realität ohnehin nicht mehr gibt. Es geht darum, unser vermeintlich „objektives“ Verständnis der Welt, das aus der von den Postmodernisten so verfluchten Aufklärung hervorging, aufzulösen. Der postmoderne Philosoph Jean-François Lyotard sieht den Postmodernismus deswegen als das „ungläubige Stauen [incredulity] gegenüber den Meta-Narrativen“. Die sogenannten „Meta-Narrative“ sind „die großen Erzählungen“ und Glaubenssätze. Damit meint er „Erzählungen“, die die Welt erklären, also beispielsweise religiöses Dogma oder allgemeiner jedes zusammenhängende Weltbild. Wir erkennen, wohin die Reise geht: Lyotard gibt es ganz explizit zum Besten, dass er damit unter anderem den Glauben an „die Emanzipation des rationalen oder arbeitenden Subjekts“ meint.⁵⁷ Damit bezieht er sich natürlich auf den Marxismus. Wenn er darüber „ungläubig staunt“, will er sagen, dass er sich *so gar nicht* vorstellen kann, dass es eine vernünftige Weltanschauung gibt. Nicht nur dem Marxismus, sondern jedem zusammenhängenden Weltbild wird eine Absage erteilt! Das ist nur folgerichtig, wenn es schon keine zusammenhängende *Welt* mehr gibt und somit Wissenschaft unmöglich ist. Konzepte wie „Mann“ oder „Frau“,

57 Jean-François Lyotard: Das postmoderne Wissen, zitiert in Alizadeh/Morley (Anm. 12).

„Proletarier“ oder „Bourgeois“ sind alle überflüssig, denn die Postmodernisten haben erkannt, dass man keine allgemeinen Aussagen über die hyperreale Welt machen kann. Erst recht nicht kann man Strukturen in der echten Welt untersuchen und reale Objekte begrifflich ordnen.

Die „Differenz“, die allein Objekte (nicht) bestimmt, bezeichnete Derrida als „Différance“. Im Französischen bedeutet „différer“ sowohl „sich unterscheiden“ als auch „verschieben“. Nicht nur beinhaltet dieses Wort also die „Differenz“, wie sie schon beschrieben wurde, sondern auch die notwendige Folge davon: Dass jede Bedeutung immer weiter nach hinten verschoben wird, weil immer weiter „ausdifferenziert“ werden muss, weil immer die „nächste“ Differenz mitbetrachtet werden muss. Im Kontext der menschlichen Gesellschaft bleibt die *vollkommene Ausdifferenzierung* der Menschen in so viele Geschlechtsidentitäten wie es nur Menschen gibt, so viele so einzigartige Menschen, dass man sich auch über „Klassen“ keine Sorgen mehr machen muss. Der Postmodernismus entlarvt sich hierin als brutalste Äußerungsform des radikalen Individualismus der kapitalistischen Gesellschaft: „Wie schön doch die Postmoderne mit dem Individualismus der verrotteten bürgerlichen Moral und dem Elitismus, den sie bekämpfen soll, in Einklang steht... Aber vor allem, wie geschickt sie ihre reaktionäre Rolle in einem revolutionären Gewand serviert, den enormen Dienst, den sie der Bourgeoisie leistet, indem sie die Arbeiterklasse daran hindert, die Gemeinsamkeiten, die sie eint, zu erkennen.“⁵⁸

Der reaktionäre Kern des Postmodernismus

Der Postmodernismus begann als ein französisches Phänomen. Er entstand dort im 20. Jahrhundert unter den „radikalen“ Intellektuellen, die mit dem Marxismus unzufrieden geworden waren. Die Revolution, auf die sie so sehr gewartet hatten, entpuppte sich in ihren Augen als ein Reinfall. Die bittere Realität der Umstände, in denen der Sozialismus in der Sowjetunion aufgebaut wurde und die erbarmungslose antikommunistische Propaganda in (West-) Europa, führten zu einem Pessimismus, der sich durch ihre ganze Philosophie zieht. Die Realität selbst und auch der Fortschritt überhaupt, der real in der Entwicklung der Produktivkräfte begründet liegt, und der durch den Klassen-

⁵⁸ Miliaronikolaki.

kampf auch auf der politischen und gesellschaftlichen Ebene revolutionär erkämpft werden kann und muss, werden bestenfalls angezweifelt, meistens ganz geleugnet.

Insbesondere vor dem Hintergrund der vorläufigen Niederlage des Sozialismus Ende des 20. Jahrhunderts, ist es nicht verwunderlich, dass solche pessimistischen Theorien wie nie zuvor die „linken“ Kreise der Universitäten dominieren, wo der Marxismus längst „neuen“ und „radikalen“ Ansätzen gewichen ist. Die Versessenheit auf „politisch korrekte“ Sprache, die heute jeden „linken“ Diskurs über Rassismus, Sexismus und andere soziale Probleme vernebelt, ist als ein Ausdruck der Vorherrschaft der postmodernen Ideologie zu verstehen. Da es keine Strukturen in der realen Welt mehr gibt, fällt die Frage nach den materiellen Ursachen von bestimmten Formen der Unterdrückung einzelner Bevölkerungsgruppen weg. Wo allein es in den Fantasien der Postmodernisten noch Struktur geben kann ist in der stets wandelbaren Sprache, und hier finden sie ihren „radikalen“ Ansatz zur Lösung dieser Probleme: Verändern wir die Sprache, verändern wir die Realität!

Genau so wie beim „ökologischen Fußabdruck“, den BP erfunden hat, um die Verantwortlichkeit für den Klimawandel auf den Konsumenten abzuwälzen, wird hier ein gesellschaftliches Problem, das in der kapitalistischen Produktionsweise verwurzelt ist, auf die Ebene der Kultur gehoben, und die angebliche Lösung des Problems aus der politischen Sphäre, also aus der Sphäre der kollektiven Praxis, in die Sphäre der individuellen Verhaltensweisen aufgelöst. So wird Politik zum Lifestyle degradiert, zu einem Aspekt der persönlichen, individuellen Entfaltung: Solange du richtig sprichst, die richtigen Slogans nachplapperst und die richtigen Produkte kaufst, tust du alles, was du tun kannst, um Sexismus „zu beenden“. Die Bourgeoisie lacht über solche „Politik“, solchen „Radikalismus“! Wenig überraschend ist daher, dass diese Phänomene gezielt von der Bourgeoisie zum Zweck des Klassenkampfes gefördert werden. So gibt es etwa ein 1985 angefertigtes und 2011 veröffentlichtes internes CIA-Dokument, in dem die Nützlichkeit der postmodernen Philosophie im Kampf gegen den Marxismus positiv hervorgehoben wird: Die „kritische Vernichtung des marxistischen Einflusses in den Sozialwissenschaften“ durch die strukturalistische Schule sei ein „tiefgründiger Beitrag“ zum westlichen intellektuellen Leben, heißt es darin.⁵⁹

59 Central Intelligence Agency (1985): France: Defection of the Left Intellectuals(<https://www.cia.gov/readingroom/docs/CIA-RDP86S00588R000300380001-5.pdf>), S. 6.

Wir müssen auch entsprechenden Theorien über die Geschlechterfrage vor diesem Hintergrund begegnen. Diese Theorien, so verbreitet sie auch unter manchen „Linken“ oder Kommunisten sein mögen, sind dort nicht als originelle Gedanken entstanden, es sind keine Ideen, die viele Menschen unabhängig voneinander oder unabhängig vom universitären Mainstream durch eine kritische Analyse von Kultur und Gesellschaft erhalten haben. Sondern sie entspringen dieser postmodernen Wurzel, die, wie dargestellt, ein entscheidender Teil des ideologischen Kampfes gegen das Proletariat ist. Das unzulässige Zusammenwerfen von Geschlecht und Geschlechtsidentität beziehungsweise Geschlechterrollen entspringt den verworrenen Theorien der Postmodernisten, in denen es keinen Sinn mehr ergibt, Menschen als männlich und weiblich zu kategorisieren, da das Geschlecht ein rein sprachlich („diskursiv“) konstruiertes Machtgefüge sei, welches dann durch die Veränderung der Sprache aufgebrochen werden soll. Das entspringt der selben „Logik“, mit der auch die Kategorisierung von Menschen in Klassen abgelehnt wird, der Klassenkampf also geleugnet und die kapitalistische Produktionsweise ausgeblendet wird. Wir haben den sogenannten Queerfeminismus, wie ihn Judith Butler auf den hier beschriebenen postmodernen Theorien aufbauend ins Leben gerufen hat, daher als eine durchaus reaktionäre Strömung zu bewerten, die jede Chance auf Emanzipation schon bei ihrer Analyse fallenlässt. Kommunistinnen und Kommunisten, die solche Theorien in welcher Form auch immer verfechten, müssen sich kritisch die Frage stellen, wie sie darauf kommen und welche philosophischen Vorannahmen dafür notwendig sind – und vor allem, in welchem Verhältnis diese Annahmen zu einem marxistischen Weltbild stehen.

Der Bürgerkrieg an der Ruhr. Die Rote Ruhrarmee und ihre Lehren

Von Thanasis Spanidis

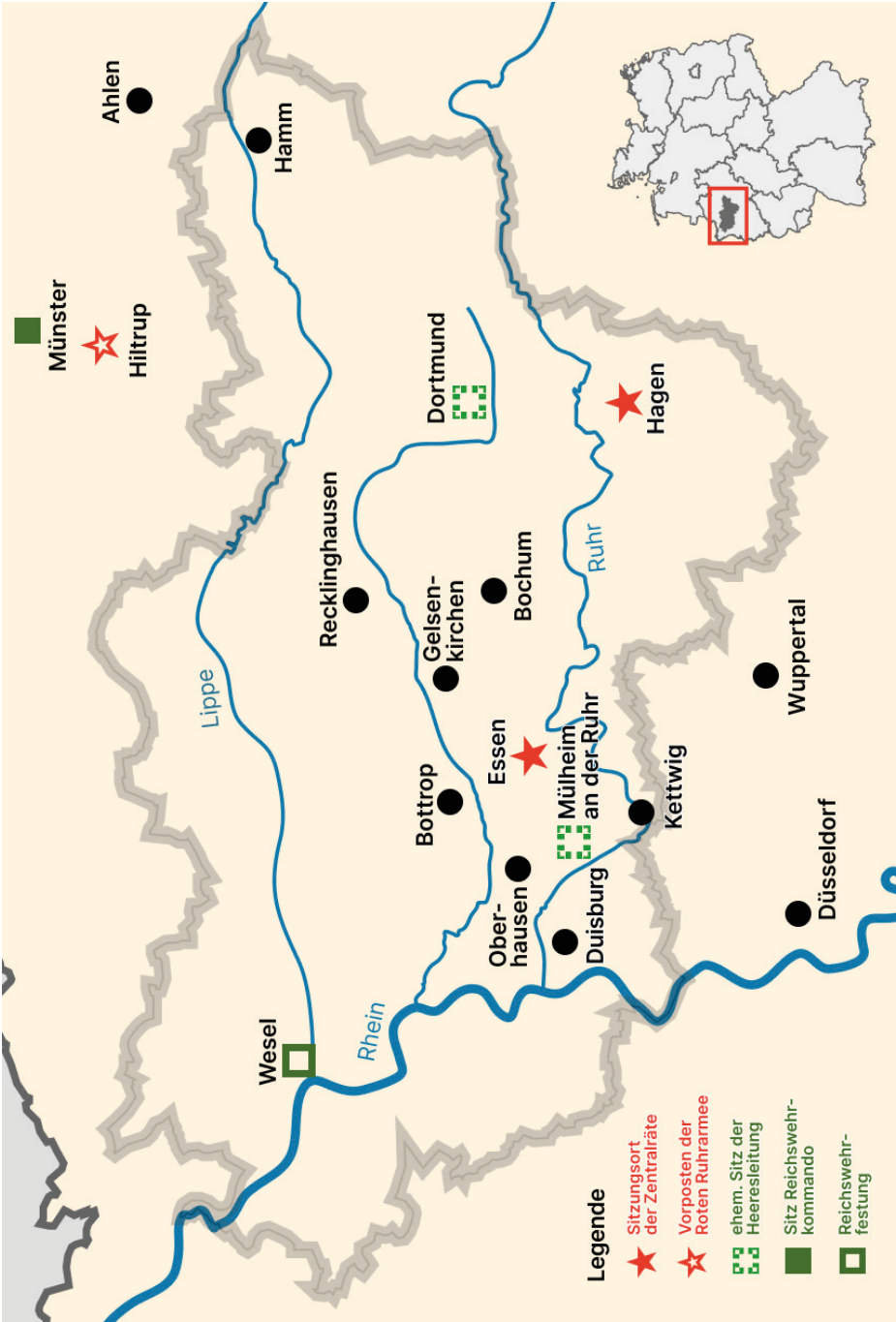
Die Flammen im Krupp-Werk stiegen hoch in den Himmel. Zermack sah hin und lauschte. Er hörte das Dröhnen der Eisen und das Pochen der schweren Hämmer. Er sah die Schächte und die Berge von Kohle und dachte an die vielen, die sich unten und in dem flammenden Werk wieder um das trockene Brot abmühten. Ihr Müheland, ihr Schmerzensland, ihre Ruhr! „Und wir werden uns von all den Peinigern frei machen, und wenn wir noch dutzende und hunderte Male in den Tod ziehen müßten!“ sagte er. „Und wenn wir es nicht selber erleben, dann sollen es unsere Kinder erleben. Ja, wir werden uns nicht aufgeben, bis das Land von allen Henkern frei ist. Es ist unser Schweiß, es sind unsere Blutstropfen, unsere Mühe. Unsere Mühe!“

„Unsere Mühe!“ sagte Stamm.

Die Stadt stand rot und hell in dem auflodernden Flammenschein, als schürten dort mächtige Arbeitsarme die neue Glut. Und das Klirren der Ketten und die Schreie der Lokomotiven hörten sich an, als risse ein stöhnender Riese an seinen Fesseln ...

Aus: Hans Marchwitza: Sturm auf Essen, Szene nach dem Sieg der Konterrevolution im Ruhrgebiet⁶⁰

60 Hans Marchwitza (1952): Sturm auf Essen. Berlin: Verlag Neues Leben, S. 352.



Einleitung

Im März 1920 hielt wohl ganz Deutschland den Atem an. Im industriellen Herz des Reiches, dem Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet, oder auch Ruhrgebiet, erhob sich für etwa zwei Wochen die Arbeiterklasse, weigerte sich, in die dunklen Kohlenschächte einzufahren und stellte ihre eigene, ihre Rote Armee auf. Zehntausende Bergarbeiter und andere Gruppen des Proletariats standen unter Waffen und lieferten sich Gefechte mit der Reichswehr und den Kräften der Reaktion. Dieser Kampf inspirierte verschiedene Romane und Filme, so verarbeitete etwa der 29-jährige Bergarbeiter Hans Marchwiza, der als Zugführer der Roten Ruhrarmee kämpfte, seine Erfahrungen in dem großartigen Roman „Sturm auf Essen“; der kommunistische Schriftsteller Karl Grünberg war zwar nicht selbst dabei, schrieb aber den nicht weniger authentischen und großartigen Roman „Brennende Ruhr“⁶¹ über das gleiche Thema.

Diese Rote Ruhrarmee wird trotzdem insgesamt, auch innerhalb der kommunistischen Bewegung, bisher kaum beachtet. Viel weniger als die Novemberrevolution, aber selbst weniger als der deutlich kleinere Hamburger Aufstand. Und wenn, dann wird das Thema oft mit Fokus auf den Kapp-Putsch vom 13. März behandelt, der dem Aufstand der Roten Ruhrarmee vorausging und ihn auslöste. Den Kapp-Putsch können wir deshalb hier nicht auslassen, der Fokus soll aber auf dem Klassenkampf und der Roten Ruhrarmee liegen.

Dafür werden wir zunächst auf den historischen Kontext eingehen, in dem sich der Putsch und Ruhr-Bürgerkrieg ereigneten, dann zuerst auf die Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet und dann auf die Kräfte der Konterrevolution in Deutschland. Im Anschluss geht es um den Versuch der Machteroberung durch die extreme Rechte im sogenannten Kapp-Putsch und um die Rote Ruhrarmee und ihren Kampf. Zum Schluss werden Lehren aus diesem Kampf diskutiert.

61 Karl Grünberg (1982): Brennende Ruhr. München: Damnitz Verlag.

Der Kontext des Putsches.

Weltkrieg, gescheiterte Novemberrevolution und Restauration durch die „Weimarer Republik“

1918 ging mit der Niederlage der Mittelmächte der erste imperialistische Weltkrieg zuende. Der Krieg war von den deutschen Monopolkapitalisten gewollt und diese hatten ihre groß angelegten Eroberungsziele bereits früh offengelegt: Es war ein Krieg zur Neuaufteilung der Welt unter die Kapitalisten der verschiedenen kriegsteilnehmenden Mächte. Er war von deutscher Seite ein Kampf um den „Platz an der Sonne“ für die deutschen Monopole und der Versuch, den Nachteil auszugleichen, den der deutsche Imperialismus bei der Aufteilung der Kolonien, vor allem in Afrika, gegenüber Frankreich und Großbritannien hatte. Der Krieg kostete auch in Deutschland Millionen Soldaten und Hunderttausende Zivilisten das Leben, hinzu kamen Scharen von Kriegsversehrten, die aufgrund furchtbarer Verstümmelungen oder psychischer Traumata teilweise kein normales Leben mehr führen konnten.

Die Arbeiterklasse in Deutschland hatte den Krieg, entgegen verbreiteter Mythen, nicht enthusiastisch begrüßt, sie hatte ihn mehrheitlich in den Jahren 1914–1918 ertragen, aber war seit dem Jahr 1918 zunehmend weniger bereit, ihr Leben für die Expansionspläne des Kaiserreichs bzw. der deutschen Bourgeoisie zu opfern. Im November 1918 war in Kiel die Revolution ausgebrochen, in der die Volksmassen millionenfach gegen das Gemetzel des Krieges aufstanden, den Rücktritt des Kaisers durchsetzten und Räte bildeten. Die große Mehrheit der Arbeiterklasse war für die Überwindung des Kapitalismus und den Sozialismus, allerdings war auch die Mehrheit von ihnen immer noch geblendet und in die Irre geführt durch die SPD, die zwar seit 1914 und seitdem durchgehend den Krieg unterstützt hatte, aber von vielen Arbeitern dennoch als „ihre“ Partei verstanden wurde. Sie glaubten deshalb an die Versprechen, dass mit der SPD in der Regierung nun die „Sozialisierung“ der Industrien ansetze und verstanden nicht, dass ohne eine revolutionäre Avantgardepartei ein Übergang zum Sozialismus grundsätzlich nicht denkbar ist.

Der politisch bewusteste und reifste Teil der Klasse erkannte allerdings, dass die SPD keineswegs den Sozialismus im Sinne hatte, sondern die Stabilisierung der kapitalistischen Ausbeuterordnung – wenn es nach Friedrich Ebert

gegangen wäre, dem ersten SPD-Reichspräsidenten, sogar die Rettung der Monarchie⁶². Die Monate nach der Novemberrevolution waren von immer wieder aufflammenden, aber lokal begrenzten Bürgerkriegen zwischen revolutionären Arbeitern und den Kräften der Konterrevolution geprägt, wobei die SPD-Regierung mit den Freikorps zusammenarbeitete, um die Revolution gewaltsam niederzuschlagen. In den Feuern dieser Kämpfe wurde am 30. Dezember die Kommunistische Partei Deutschlands als Partei der Revolutionäre gegründet – viel zu spät, um in der lange vorher ausgebrochenen revolutionären Krise eine führende Rolle zu spielen und die Machtübernahme der Arbeiterklasse anzuführen. Den Januaraufstand 1919 in Berlin (der fälschlich als „Spartakusaufstand“ bekannt ist, obwohl die KPD ihn gar nicht geplant hatte) nutzten SPD und Freikorps, um die Führer der KPD, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, zu ermorden. Die Märzkämpfe in Berlin etwa zwei Monate später wurden ebenso brutal niedergeschlagen und gaben Gustav Noske, dem Reichswehrminister der SPD-Regierung, den Anlass, ein gewaltiges Massaker unter den Berliner Arbeitern anzurichten. Der Kommandant der konterrevolutionären Garde-Kavallerie-Schützen-Division Waldemar Pabst legte Noske einen Befehl zur Unterschrift vor, wonach jeder, der bewaffnet angetroffen würde, sofort zu erschießen sei. Noske unterschrieb diese Lizenz zum Massenmord, wohlwissend, was er unterschrieb. In wenigen Tagen ermordeten die Freikorps in Berlin mindestens 1200 Menschen, nach manchen Quellen deutlich mehr, und bombardierten Wohnviertel mit Artillerie, Flammenwerfern und Bomben aus Flugzeugen⁶³. Wie an späterer Stelle behandelt, marschierten gleichzeitig die Freikorps auch damals schon im Ruhrgebiet ein und ermordeten zahlreiche Arbeiter. Das Gleiche geschah bei der Zerschlagung der Räterepubliken in München und Bremen, die sich im Januar (Bremen) und April (München) 1919 gegründet hatten. Der Massenmordbefehl von Pabst und Noske bildete auch die Grundlage für die massenhaften Hinrichtungen im Ruhrgebiet 1920, wo er wieder aus der Schublade gezogen wurde und überall zur Anwendung kam.

Die revolutionäre Rätebewegung wurde auf diese Weise brutal niedergemacht, zuerst gewaltsam aus dem politischen Raum verdrängt, dann durch das Betriebsrätegesetz mit zunächst „friedlichen“ Mitteln auch aus den Betrieben. Als gegen dieses Gesetz der SPD-Regierung, das entgegen seines Namens ein Gesetz zur weitgehenden Ausschaltung der Räte in den Betrieben war, die Arbei-

62 Klaus Gietinger (2020): Kapp-Putsch. 1920, Abwehrkämpfe, Rote Ruhrarmee. Stuttgart: Schmetterling Verlag, S. 15.

63 Ebd., S. 31f.

terklasse Berlins am 13. Januar 1920 zu Hunderttausenden vor den Reichstag stürmte, kam es mit 42 Toten zum größten Massaker an einer Demonstration in der deutschen Geschichte durch die paramilitärische Sicherheitspolizei. Danach verhängte Ebert den Ausnahmezustand, verbot damit alle weiteren Versammlungen, ließ fast die gesamte KPD-Führung einschließlich ihres Vorsitzenden Paul Levi verhaften und setzte das Gesetz somit unter den Bedingungen einer, wenn auch temporären, offenen Diktatur durch. Demonstrationen vor dem Reichstag wurden daraufhin per Gesetz grundsätzlich verboten, die sogenannte Demokratie damit von Unmutsbekundungen aus dem Volk abgeschirmt. Das SPD-Zentralorgan *Vorwärts* verhöhnste die Opfer mit der Behauptung, die Sicherheitsorgane hätten „eine Zurückhaltung an den Tag gelegt, für die gerade die Demonstranten alle Veranlassung hätten, sich dankbar zu zeigen“⁶⁴.

Die Revolution von 1918/19 war nun von dem konterrevolutionären Bündnis von SPD und Freikorps endgültig mit Strömen von Blut zerschlagen worden, doch die Hoffnung auf ein rotes Deutschland war in der Arbeiterklasse noch nicht verfliegen. Im Gegenteil, sie loderte weiter in den Herzen von Millionen deutschen Arbeitern und würde sich in den folgenden Jahren noch einige Male Bahn brechen.

Die Weimarer Republik, die 1918 entstanden war, verriet schon durch ihren Namen, was sie war: Die Verfassungsgebende Nationalversammlung hatte in dem ruhigen thüringischen Städtchen Weimar statt in Berlin getagt, um möglichst weit entfernt von den revolutionären Massen zu sein, die etwas ganz anderes wollten, als diese reaktionäre, „schwarz-weiß-rote Republik“, wie sie in einem Arbeiterlied genannt wurde. Die Weimarer Republik war also in den eineinhalb Jahrzehnten ihrer Existenz ein relativ instabiler Staat. Grund dafür waren aber nicht die „antidemokratischen“ Bestrebungen der „extremen“ Parteien, wie die staatstragende Propaganda der Schulbücher bis heute behauptet. Der Grund lag darin, dass die Bourgeoisie in Deutschland sich in einer Situation der Schwäche befand: Der Versuch, sich durch die Eroberung eines Kolonialreichs und die erzwungene Schaffung eines deutsch dominierten Wirtschaftsraums in Europa einen großen Binnenmarkt zu schaffen, war in einer verheerenden militärischen Niederlage geendet⁶⁵. Diese Niederlage bezahlte die deutsche Bourgeoisie nun im Versailler Friedensvertrag mit hohen Repara-

64 Leo Schwarz (2020a): Tote im Haus. In: junge Welt. 11.1.2020.

65 Die Bestrebungen des deutschen Monopolkapitals, ein „Mitteleuropa“ zu erschaffen, also einen mitteleuropäischen Wirtschaftsraum unter seiner Führung und damit eine Art Vorläufer der späteren

tionszahlungen und einer eingeschränkten Souveränität: Die linksrheinischen Gebiete des Rheinlandes waren (bis 1929/30) von den westlichen Staaten der Entente (Frankreich, Belgien, Großbritannien und USA) besetzt und die Größe der Reichswehr auf 100.000 Mann begrenzt. Die hohe Staatsverschuldung während des Krieges konnte aufgrund der Niederlage nicht durch die Ausplünderung anderer Länder beglichen werden und wurde nun durch die Reparationszahlungen noch erhöht. Dies verkleinerte den Spielraum und die Bereitschaft der herrschenden Klasse, der Arbeiterklasse materielle Zugeständnisse zu machen. Die elenden Lebensbedingungen und die grauenhaften Erfahrungen des Krieges begünstigten die revolutionäre Stimmung in der Arbeiterklasse, während die staatlichen Repressionsorgane geschwächt waren. Was die Republik destabilisierte, war der Klassenkampf, der allerdings jahrelang zuvor vor allem von der herrschenden Klasse gegen das Proletariat geführt worden war, bevor dieses in der Novemberrevolution endlich zum Gegenschlag ausholte. Die revolutionäre Situation von 1918 bis 1920, teilweise bis 1923, war ein Ergebnis der Politik der herrschenden Klasse, die den bürgerlichen Staat durch den verlorenen Krieg destabilisiert hatte.

Die Weimarer Republik drückte ein momentanes Kräfteverhältnis zwischen den Klassen insofern aus, dass die Abdankung des Kaisers und die Einführung des parlamentarischen Systems ein Zugeständnis an die revolutionären Massen waren. Sie war aber insofern kein Kompromiss, als die Arbeiterklasse ihrer Einrichtung niemals zustimmte und große Teile der Klasse nur durch den bewussten Betrug der Sozialdemokratie an diese Republik gekettet wurden. Auf der anderen Seite gab sich aber auch die monarchistische und faschistische Reaktion mit dieser Republik nie zufrieden, sie wollte eine Führerdiktatur oder Monarchie, vor allem um die Arbeiterbewegung noch gründlicher und noch rücksichtsloser niederschlagen zu können, als es unter der Führung der „demokratischen“ SPD ohnehin geschah. Der rechte Flügel der Bourgeoisie (politisch vertreten durch die DNVP, die DVP, später die NSDAP sowie in der Reichswehr und den Freikorps) und der liberale Flügel (vertreten durch SPD, DDP und Zentrumspartei) waren sich jedoch einig in der wesentlichen Frage der Zeit: Priorität hatte für beide die Zerschlagung aller revolutionären Bestrebungen des Proletariats. Wichtigstes Instrument dazu waren in den frühen Jahren der Republik einerseits die Freikorps, andererseits die Sozialdemokratie. Beide Kräfte arbeiteten zwischen 1918 und 1920 eng miteinander zusammen

EU, sind ausführlich herausgearbeitet und durch Quellen belegt in: Reinhard Opitz (1977): Europastrategien des deutschen Kapitals. Köln: Pahl-Rugenstein.

und ergänzten sich gegenseitig. In dieser Situation kam es 1920 zum Putsch und zum Bürgerkrieg im Ruhrgebiet.

Die Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet

Obwohl die Industrielle Revolution in Deutschland im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts ein wichtiges Zentrum im Ruhrgebiet hatte, entwickelte sich die dortige Arbeiterbewegung mit einer gewissen Verzögerung. Die Bergarbeiter des Ruhrgebiets waren lange Zeit trotz der elenden Arbeitsbedingungen kaum gewerkschaftlich organisiert und die (damals noch revolutionäre) Sozialdemokratie hatte nur geringen Einfluss. Unter dem Einfluss der Pariser Kommune, der ersten proletarischen Revolution der Geschichte, entwickelten sich aber auch in Deutschland ab 1871 Massenkämpfe der Arbeiterklasse, wobei nun auch die Ruhrarbeiter eine wichtige Rolle spielten. 1872 kam es zu einem ersten, entschlossenen Streik, der mehr als fünf Wochen andauerte und der Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet bedeutenden Auftrieb verschaffte⁶⁶. Ein zweiter, deutlich größerer Arbeitskampf entbrannte 1889 als Teil eines gesamtdeutschen Bergarbeiterstreiks, an dem sich 150.000 Arbeiterinnen und Arbeiter aus der Steinkohlenförderung beteiligten, etwa 100.000 davon im Ruhrgebiet: Es ging um Lohnerhöhungen, den Achtstundentag und weitere Fragen. Mit dieser bis dahin größten Massenaktion der Arbeiterklasse im Ruhrgebiet ging nun auch eine schnelle Politisierung einher und die SPD gewann an Einfluss, ohne jedoch schon die Führung der relativ spontanen Streikbewegung ausüben zu können. Die Kapitalisten der Ruhrindustrie reagierten auf den Streik mit brachialer Gewalt und versuchten, ihn militärisch niederschlagen zu lassen, wobei sieben Arbeiter ermordet wurden. Letztendlich endete der Streik ohne größere Errungenschaften, doch das politische Bewusstsein der Klasse hatte nun einen Sprung gemacht. Es bildete sich nun eine sozialistisch beeinflusste Bergarbeitergewerkschaft und viele Bergarbeiter strömten in die SPD oder begannen sie zu unterstützen, die Stimmen für die SPD vervielfachten sich bei den Reichstagswahlen⁶⁷. 1905 kam es dann zu einem weiteren, noch größeren Arbeitskampf im Ruhrgebiet, verstärkt durch die erste russische Revolution, bei dem deutsche Arbeiter gemeinsam mit italienischen und polnischen Arbeitsmigran-

66 Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED (1966): Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Band 1. Berlin: Dietz Verlag, S. 326.

67 Ebd., S. 409f.

ten kämpften. In ganz Deutschland, aber auch in Frankreich und Belgien kam es zu Solidaritätsaktionen⁶⁸. Hier war schon sichtbar, wie sehr die Arbeiterbewegung sich inzwischen ihres internationalen Charakters bewusst geworden war. Eine weitere, noch größere Streikwelle folgte 1912.

Mit dem Ersten Weltkrieg verschlechterte sich im ganzen Land die Lage der Arbeiterklasse drastisch: Zusätzlich zum Massenmorden an der Front wurde die Arbeiterklasse einer verschärften Ausbeutung unterworfen und in den letzten Kriegsjahren raffte die Hungersnot auch unter der Zivilbevölkerung unzählige Leben dahin. Die SPD, offiziell eine revolutionäre marxistische Partei, hatte im August 1914 den Marxismus und die Arbeiterklasse verraten, indem sie sich hinter den Krieg des Kaiserreiches gestellt hatte und in den Folgejahren auch die Annexionsziele der Regierung unterstützte. Spätestens ab diesem Zeitpunkt hatte die Arbeiterklasse in Deutschland (und den meisten anderen Ländern) keine eigene Partei mehr, die ihre Interessen vertrat. Doch während in den ersten Wochen im Bürgertum noch die Kriegsbegeisterung vorherrschte, protestierten Teile der Arbeiterklasse von Anfang an gegen den Krieg. Auch im Rhein-Ruhrgebiet war dies der Fall und es entwickelte sich eine illegale Arbeit unter Gewerkschaftsaktivisten und in der sozialdemokratischen Jugend gegen den Krieg und die Politik des Burgfriedens (d.h. der Einstellung des Klassenkampfes durch die Arbeiterorganisationen während des Krieges)⁶⁹. Der Krieg verlief für den deutschen Imperialismus immer ungünstiger, trotz des Sieges über Russland an der Ostfront, und die Versorgungslage der Bevölkerung, vor allem der Arbeiterklasse, wurde immer katastrophaler. In den ersten Monaten des Jahres 1917 brach eine Welle von Streikaktionen im Ruhrgebiet aus, denen auch Arbeitskämpfe in Nürnberg und verschiedenen Städten Norddeutschlands wie Hamburg und Bremen folgten⁷⁰.

Das Jahr 1917 war nun auch das Jahr der großen Oktoberrevolution in Russland, die auch in Deutschland viele Arbeiter begeisterte – ein Volk hatte sich gemeinsam dem Massentod im imperialistischen Krieg entgegengestellt und mit dem Sturz der Kriegstreiber auch die Herrschaft der kapitalistischen Ausbeutung beendet. Russland hatte gezeigt, dass „es“ möglich war und in vielen Ländern der Welt kursierte in der Arbeiterklasse der Spruch: „Machen wir es wie in Russland!“.

68 Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED (1966): Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Band 2. Berlin: Dietz Verlag, S. 85.

69 Ebd., S. 227f.

70 Ebd., S. 304.

In Deutschland brach die Revolution dann auch genau ein Jahr später aus, im November 1918. Ausgehend von Kiel verbreitete sich die Bewegung der Arbeiter- und Soldatenräte im ganzen Reich, so auch im Ruhrgebiet und Rheinland. Vom ersten Tag an stand die Führung der SPD fest auf der Seite der Konterrevolution – ihr einziges Ziel war es, die Revolution so schnell wie möglich verebben zu lassen und zahlreiche ihrer Funktionäre traten (wie sie später oft zugaben) mit diesem Ziel, und nur diesem Ziel, in die Räte ein. Gegen den Willen der reformistischen Gewerkschaftsführungen kam es auch im Ruhrgebiet ab dem 18. November zum Streik, der sich in den kommenden Wochen bis zum Jahresende schnell ausweitete. Die Arbeiter stellten zunächst vor allem betriebliche Forderungen (höhere Löhne, Arbeitszeitverkürzungen usw.), dann kamen aber auch Forderungen nach „Sozialisierung“, also Verstaatlichung des Bergbaus hinzu⁷¹. In den Januar und Februar hinein nahm die Bewegung weiter an Fahrt auf, wobei der 20. Februar mit rund 180.000 streikenden Arbeitern einen Höhepunkt markierte. Jetzt waren die Hauptforderungen klar politisch: Sozialisierung der Betriebe und die Entwaffnung der konterrevolutionären Truppen wie der Freikorps, die zu diesem Zeitpunkt bereits die Novemberrevolution blutig niedergeschlagen und Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ermordet hatten. Die neue Reichsregierung unter Friedrich Ebert (SPD) setzte auf brutale Gewalt gegen die streikenden Arbeiter: Sogenannte Sicherheits- und Bürgerwehren, also Milizen aus extrem reaktionären Bürgern, wurden gemeinsam mit den Freikorps gegen die Arbeiterklasse eingesetzt. Unter dem Druck des von der SPD organisierten weißen Terrors⁷² wurde der Streik am 21. Februar abgebrochen. Doch das beschäftigte die Kräfte der Konterrevolution keineswegs: Die Freikorps marschierten nun erst recht im Ruhrgebiet ein und richteten überall Massaker unter den Arbeitern an – in gleicher Weise agierten Freikorps und reaktionäre militärische Verbände auch an vielen anderen Orten Deutschlands, vor allem in Berlin, wo konterrevolutionäre Truppen unter SPD-Reichswehrminister Gustav Noske ein wahres Blutbad anrichteten und nach manchen Schätzungen mehrere Tausend Arbeiter und Sozialisten abschlachteten, darunter auch den führenden kommunistischen Revolutionär und Mitbegründer der KPD Leo Jogiches, der verhaftet und im Gefängnis ermordet wurde.

Doch selbst der nackte, brutale Terror der Reaktion führte noch nicht dazu, dass der revolutionäre Wille in den Massen verebbte. In München gründeten

71 Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED (1966): Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Band 3. Berlin: Dietz Verlag, S. 149f.

72 „Weißer Terror“ bezeichnet Terror, der sich gegen die Revolution richtet.

revolutionäre Arbeiter im April eine Räterepublik. Und auch die internationale Entwicklung befeuerte den revolutionären Aufschwung, denn auch in Ungarn war im März die Ungarische Räterepublik gegründet worden, die sich einige Monate lang hielt, tiefgreifende revolutionäre Maßnahmen durchführte und deren Rote Armee sich anfangs erfolgreich gegen die ausländische Invasion zur Wehr setzte. Diese Entwicklungen befeuerten auch im Ruhrgebiet erneute Arbeitskämpfe, die immerhin erkämpfen konnten, dass unter Tage die Schichten auf siebeneinhalb Stunden begrenzt wurden – gefordert hatten die Arbeiter eine Sechsstundenschicht⁷³.

Als der Kapp-Putsch im März 1920 das Land erschütterte, hatte die Arbeiterklasse des Ruhrgebiets also bereits einen Prozess des politischen Erwachens durchlaufen. Sie war bewusster und kampfbereiter denn je zuvor und hatte die Schrecken des weißen Terrors bereits am eigenen Leib erfahren. Die folgenden Wochen machten nun die Ruhrarbeiter, die lange Zeit politisch hinter der Arbeiterklasse beispielsweise Berlins und Norddeutschlands eher zurückgeblieben waren, für einige Zeit zur Vorhut der gesamten deutschen Arbeiterbewegung.

Die Kräfte der Konterrevolution

Die zwei Hauptkräfte der Konterrevolution in den Monaten und Jahren unmittelbar nach dem Krieg waren unbestreitbar einerseits die monarchistische und frühfaschistische Reaktion, die sich in verschiedenen Parteien, aber vor allem in den Freikorps und der militärischen Führung sammelten – und andererseits die Sozialdemokratie. Die Zusammenarbeit dieser zwei Kräfte hatte die Novemberrevolution zu Fall gebracht. Sie würde kurz darauf angesichts der Bildung einer Roten Armee im Ruhrgebiet wiederbelebt werden, um das Gleiche erneut zu tun.

Die SPD hatte sich im frühen 20. Jahrhundert zunehmend vom Marxismus, und dabei insbesondere seinen revolutionären Konsequenzen, wegentwickelt. Mit dem Ausbruch des Krieges 1914 und der Unterstützung der SPD für den Krieg war der Bruch vollständig und nicht mehr umkehrbar. Die SPD war nun eine loyale Pseudoopposition des Kaisers und eine wesentliche Stütze, die den Krieg überhaupt möglich machte. Sie war eine Partei, die nun „Regierungsver-

73 Ebd., S. 220.

antwortung“ trug, also den Kapitalismus mitverwaltete. Ihr besonderer Wert lag dabei (im Unterschied zu ihren liberalen Verbündeten DDP und Zentrums-
partei) für die herrschende Klasse gerade darin, dass sie trotz ihres durch und durch bürgerlichen Charakters eine enorme Verankerung in der Arbeiterklasse besaß und dadurch als einzige Kraft in der Lage war, die Hinwendung des Proletariats zu den Revolutionären wirksam zu unterlaufen.

Um die brutale „Drecksarbeit“ der Konterrevolution, also den Massenmord an den revolutionären Arbeitern zu erledigen, fehlte der SPD-Führung sicherlich nicht die Bereitschaft, wohl aber eigene Organe. Sie musste daher auf die Freikorps und reaktionären Generäle zurückgreifen.

Was aber waren die Freikorps?

Die Freikorps entstehen aus den reaktionärsten Teilen des Kleinbürgertums, der Studenten und dem Offizierskorps der gewaltigen kaiserlichen Armee des Weltkriegs. Sie betrachteten, anders als die Mehrheit des Volkes und wohl fast alle Frontsoldaten, den „Großen Krieg“ nicht als den unbeschreiblichen Horror, der er war, sondern waren im Gegenteil begeistert über dieses „Stahlgewitter“, wie Ernst Jünger (einer der geistigen Wegbereiter der Nazis und selbst Freikorpsmitglied) es ausdrückte und betrachteten die Kriegsniederlage als unerträgliche Schmach. Die Zahl der Mitglieder dieser Formationen wird auf bis zu 400.000 geschätzt⁷⁴. Die ideologische Basis der Freikorps war nicht einheitlich, aber überwiegend völkisch-nationalistisch, antisemitisch und vor allem antikommunistisch und getrieben vom Hass auf die Arbeiterklasse. Nicht nur in Deutschland hatten die Freikorps schon 1918 und 1919 tausendfach gemordet, sondern ein Teil von ihnen nahm auch im Baltikum auf Seiten der Weißen Armee am Russischen Bürgerkrieg teil und massakrierte dort das revolutionäre Proletariat und auch sonst jeden und jede, die ihnen über den Weg lief, um die Revolution des Oktober im Blut zu ertränken. Ein Beteiligter an den Verbrechen schrieb: „Wir erschlugen, was uns in die Hände fiel, wir verbrannten, was brennbar war. Wir sahen rot, wir hatten nichts mehr von menschlichen Gefühlen im Herzen. Wo wir gehaust hatten, da stöhnte der Boden unter der Vernichtung“⁷⁵.

74 Klaus Gietinger (2020): Kapp-Putsch. 1920, Abwehrkämpfe, Rote Ruhrarmee. Stuttgart: Schmetterling Verlag, S. 47.

75 Zit.n. Ebd., S. 81.

Über die geistige Verfassung und Feindbilder der Freikorps gibt beispielsweise folgendes bakanntes Lied der Marinebrigade Ehrhardt Auskunft:

*Hakenkreuz am Stahlhelm,
Schwarz-weiß-rotes Band,
Die Brigade Ehrhardt
Werden wir genannt.*

*Arbeiter, Arbeiter,
Wie mag es dir ergehen,
Wenn die Brigade Ehrhardt
Wird einst in Waffen stehn.*

*Hakenkreuz am Stahlhelm,
Schwarz-weiß-rotes Band,
Die Brigade Ehrhardt
Werden wir genannt.*

*Die Brigade Ehrhardt
Schlägt alles kurz und klein,
Wehe Dir, wehe Dir,
Du Arbeiterschwein⁷⁶.*

Dass verschiedene Freikorps sich seit 1919 das Hakenkreuz zum Symbol wählten, war selbstverständlich kein Zufall, denn dieses war seit langem ein Symbol der völkischen, nationalistischen und antisemitischen extremen Rechten, nicht nur in Deutschland. Doch die Übereinstimmung mit dem späteren deutschen Faschismus war nicht nur symbolisch und ideologisch, sie war auch personell. Mitglieder von Freikorps waren unter anderem: Heinrich Himmler, Freikorps Oberland im Kampf gegen die Münchener Räterepublik, später „Reichsführer SS“ und einer der Hauptverantwortlichen für Holocaust und Vernichtungskrieg. Rudolf Höß (Freikorps Roßbach), später Kommandant des Vernichtungslagers Auschwitz. Ernst Röhm, Freikorps Epp im Kampf gegen die Münchener Räterepublik, wenige Jahre später oberster Führer der SA. Rudolf Heß, Freikorps Epp, beteiligt am Kampf gegen die Münchener Räterepublik, später Stellvertreter Hitlers. Hans Frank, ebenfalls Freikorps Epp, später

76 Volksliederarchiv: Hakenkreuz am Stahlhelm. Lied der Brigade Ehrhardt. Online: volksliederarchiv.de/hakenkreuz-am-stahlhelm, abgerufen am 19.6.2025.

ranghöchster Jurist des „Dritten Reiches“ und Generalgouverneur Polens, dort Organisator des Holocausts und der Massenmorde auch an nicht-jüdischen Polen sowie deren Versklavung als Zwangsarbeiter. Franz Ritter von Epp selbst, Kommandant des Freikorps Epp, später Reichsstatthalter des Naziregimes in Bayern. Oskar Dirlewanger, Mitglied in verschiedenen Freikorps, später als Offizier der Waffen-SS und in der Partisanenbekämpfung einer der berüchtigtsten Kriegsverbrecher des Zweiten Weltkriegs. Josef „Sepp“ Dietrich, kämpfte in den Freikorps gegen die Münchener Räterepublik, später als Generaloberst einer der zwei höchsten Generale der Waffen-SS und verantwortlich für den Massenmord an US-amerikanischen Kriegsgefangenen in Belgien. Friedrich August Jeckeln, Freikorpsmitglied, im Zweiten Weltkrieg General der Waffen-SS und Organisator der Massenvernichtung der sowjetischen Juden und anderer Kriegsverbrechen im besetzten Lettland, Weißrussland und der Ukraine. Die Liste ließe sich lange fortsetzen. Adolf Hitler war bei der Niederschlagung der Münchener Räterepublik in München, wurde durch die Freikorps geprägt, die München eroberten und begann, in ihrem Dunstkreis nationalistische und antikommunistische Vorträge zu halten.

Von den Freikorps, mit denen die SPD 1918–1920 eng zusammenarbeitete, führt somit eine direkte und ununterbrochene Linie zur SA, die auf den Straßen der Weimarer Republik Kommunisten und Arbeiter verprügelte und umbrachte, zum faschistischen Staat ab 1933, zum „Unternehmen Barbarossa“, dem Vernichtungskrieg in Osteuropa und zu den Verbrennungsöfen von Auschwitz. Die Freikorps lassen sich somit als frühfaschistische Formationen einschätzen (auch wenn der Begriff Faschismus in Deutschland damals noch nicht verbreitet war), als Bürgerkriegstruppe und Massenbasis für die Teile der Bourgeoisie, die bereits 1918 und in den Folgejahren zu einer offenen terroristischen Diktatur übergehen wollten. Mehr als jede andere Partei war es die SPD, die die Macht dieser Kräfte in den Anfangsjahren der Weimarer Republik stärkte und ihnen dabei half, ihre einzigen ernsthaften Gegner zu bekämpfen. Die Verantwortung der Sozialdemokratie für den Aufstieg des Faschismus kann allein deshalb historisch kaum überbetont werden, gerade weil dieser Zusammenhang von der bürgerlichen (aber auch großen Teilen der „linken“) Geschichtsschreibung totgeschwiegen und verfälscht wird.

Die Freikorps waren zwar die wichtigsten, aber nicht die einzigen paramilitärischen Einheiten der Konterrevolution. Nach der Novemberrevolution hatte der schon erwähnte Waldemar Pabst den Ministern für Reichswehr und Inneres, Gustav Noske und Wolfgang Heine, beide SPD, ein Konzept für eine para-

militärische Polizeieinheit, die sogenannte Sicherheitspolizei (Sipo) vorgelegt. Beide unterstützten die Idee sofort, denn bei der Novemberrevolution hatte sich gezeigt, dass die reguläre Polizei nicht reaktionär genug war und sich geweigert hatte, auf die Arbeiter zu schießen. Mit der Sipo würde so etwas nicht mehr passieren und sie würde auch als Bürgerkriegstruppe im Ruhrgebiet eine bedeutende Rolle spielen.

Neben der Sipo gab es noch die Technische Abteilung bzw. Technische Not-
hilfe, eine Mischung aus Streikbrecherorganisation und Freikorps, die im Fall großer Streiks den Betrieb zentraler Infrastruktur aufrechterhalten sollte, aber auch als reaktionäre Bürgerkriegstruppe diente.

Dann gab es die sogenannten Einwohnerwehren, die größtenteils aus antikomunistischen Kleinbürgern, Beamten und Offizieren bestanden, bewaffnete Milizen darstellten und bereit standen, um eine proletarische Revolution gewaltsam zu bekämpfen. Ihre politische Ausrichtung war jedoch nicht homogen. Überwiegend gehörten sie der extremen Rechten an, an manchen Orten waren sie aber auch loyal gegenüber der Regierung.

Und schließlich gab es die „Zeitfreiwilligenverbände“. Dabei handelte es sich um eine reaktionäre Milizarmee aus größtenteils monarchistischen oder noch weiter rechts stehenden Kräften, die gebildet wurde, um entgegen den Bestimmungen des Versailler Vertrags im Geheimen eine Untergrundstreitmacht auf Abruf zu unterhalten, insbesondere zur Bekämpfung der revolutionären Arbeiterklasse⁷⁷.

Mit all diesen mehr oder weniger paramilitärischen und inoffiziellen militärischen Einheiten, die in ihrer überwältigenden Mehrzahl kaisertreu waren oder in etwa der Ideologie der späteren Nazis entsprachen, zusätzlich zur offiziellen Reichswehr, war die Weimarer Republik von vornherein ein durchmilitarisierter Staat mit einem Reservoir von Hunderttausenden inoffiziellen, überwiegend rechtsextremen und auf Rache für den verlorenen Krieg sinnenden Milizionären, was selbstverständlich dem Versailler Vertrag und den Interessen der Entente direkt zuwider lief. Also übten diese Druck auf die deutsche Regierung auf, die inoffizielle Schattenarmee aufzulösen.

77 Leo Schwarz (2020b): Kolossaler Brandherd. In: junge Welt. 13.3.2020; Klaus Gietinger (2020): Kapp-Putsch. 1920, Abwehrkämpfe, Rote Ruhrarmee. Stuttgart: Schmetterling Verlag, S. 35–59.

Es erübrigt sich zu sagen, dass die SPD-Regierung selbst keinerlei Interesse an der Auflösung dieser Truppen hatte, die sie zum Teil mit geschaffen hatte und die ihr so nützlich gewesen waren, um ihren wahren Feind, die Arbeiterklasse niederzumachen. Auf den Druck der Entente hin hatte Noske jedoch keine andere Wahl, als nachzugeben: Die Reichswehr musste nun bis Anfang April 1920 von 500.000 auf 200.000 Mann verringert werden, außerdem wurde die Auflösung der Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligen verlangt. Als ersten zaghaften Schritt verfügte Noske deshalb am 13. Februar 1920 die Auflösung der Freikorps Ehrhardt und Loewenfeld⁷⁸. Die extreme Rechte in der Reichswehr und den Freikorps war nicht nur keineswegs bereit, diese Anordnung hinzunehmen, sondern trug sich ohnehin seit der Gründung der Republik mit Staatsstreichplänen, da ihnen selbst die „demokratische“ Fassade des reaktionären bürgerlichen Staates noch zuwider war. Der Befehl zur Auflösung der Freikorps bot nun den willkommenen Anlass, um zur Tat zu schreiten.

Der sogenannte Kapp-Putsch und der Abwehrkampf

Der Putsch vom 13. März, den wir der Einfachheit halber auch Kapp-Putsch nennen wollen, wie es üblich ist, obwohl Kapp nur eine der Führungsfiguren war, kam nicht aus heiterem Himmel. Neben dem bereits dargestellten allgemeinen Kontext der gescheiterten Revolution und siegreichen Konterrevolution sind mindestens zwei weitere Ereignisse als Vorläufer zu benennen.

Zu ersten Putschplanungen kam es bereits im Dezember 1918, also wenige Wochen nach Beginn der Novemberrevolution durch den Chef der Obersten Heeresleitung Wilhelm Groener. Groener hatte bereits am 10. November (also 3 Tage nach Ausbruch der Revolution in Kiel) mit Friedrich Ebert ein Bündnis geschlossen (den „Ebert-Groener-Pakt“), über dessen Zweck Groener später angab: „Der Zweck dieses Bündnisses (...) war die restlose Bekämpfung der Revolution“⁷⁹. Die Revolution, die er als Verschwörung des Weltjudentums betrachtete⁸⁰, hasste Groener mit derselben Leidenschaft wie Ebert. Angesichts der Stärke der Rätebewegung planten kurze Zeit später Teile des Heeres unter

78 Leo Schwarz (2020b): Kolossaler Brandherd. In: junge Welt. 13.3.2020.

79 Zit.n. Klaus Gietinger (2020): Kapp-Putsch. 1920, Abwehrkämpfe, Rote Ruhrarmee. Stuttgart: Schmetterling Verlag, S. 18f.

80 Ebd., S. 19.

Groeners Führung einen Staatsstreich für den 10. Dezember, um eine Militärdiktatur zu errichten und die Revolution niederschlagen zu können. Führer dieser Militärdiktatur sollte Friedrich Ebert als Reichspräsident werden. Ebert, der über die Putschpläne in Kenntnis gesetzt wurde, unterstützte den Plan zuerst und nahm erst kurz vor der Ausführung Abstand, da der Putsch offensichtlich aussichtslos geworden war⁸¹.

Der zweite Vorläufer-Putschversuch wurde im Juli 1919 geführt von Walde-
mar Pabst, der ein halbes Jahr vorher, im Januar 1919, als Befehlshaber der
Garde-Kavallerie-Schützen-Division die Ermordung von Karl Liebknecht und
Rosa Luxemburg sowie zahlloser revolutionärer Arbeiter befohlen hatte – be-
kanntlich in Absprache mit der SPD-Führung. Pabst schlug nun im Juli Reichs-
wehrminister Gustav Noske (SPD) eine Militärdiktatur mit Noske als Führer
vor. Noske wusste aber, dass sich auch die Basis seiner eigenen Partei weitest-
gehend gegen ihn gewandt hätte und seine Diktatur vermutlich sehr kurzlebig
gewesen wäre, weshalb er ablehnte. Aus ähnlichen Gründen hielt auch die
Führung des Militärs den Putsch für verfrüht und versagte ihm die Unterstüt-
zung. Pabst wollte trotzdem am 21. Juli mithilfe der starken ihm unterstellten
Truppe putschen, um eine terroristische Diktatur zu errichten, in der auf alle
folgenden Handlungen die Todesstrafe stehen würden: Die Veröffentlichung
einer Zeitung, die Teilnahme an Streiks oder „Unruhen“, die Behinderung von
Arbeitswilligen, das Verteilen eines Flugblatts oder das Abreißen von Regie-
rungsflugblättern. Der Pabst-Putsch hatte die volle Sympathie der Militärfüh-
rung, Pabst wurde aber in letzter Sekunde durch die Generäle Maercker und
Lüttwitz zurückgepfiffen, die ihn für mangelhaft vorbereitet hielten⁸².

Beim dritten Anlauf wenige Monate später schließlich machten die reaktionä-
ren Militärs ernst: Am frühen Morgen des 13. März 1920 zog die Marinebriga-
de Ehrhardt unter schwarz-weiß-roter Fahne und mit dem aufgemalten Haken-
kreuz am Stahlhelm in Berlin ein und besetzte das Regierungsviertel. Die
Regierung Ebert-Bauer konnte von den Putschisten nicht verhaftet werden,
weil sie bereits nach Stuttgart geflohen war.

Anlass des Putsches war, dass die Siegermächte des Ersten Weltkriegs auf die
Einhaltung der Bedingungen des Versailler Vertrags bestanden, konkret auf der
drastischen Verringerung und Abrüstung der deutschen Armee und Auflösung

81 Ebd., S. 23f.

82 Leo Schwarz (2020b): Kolossaler Brandherd. In: junge Welt. 13.3.2020; Klaus Gietinger (2020):
Kapp-Putsch. 1920, Abwehrkämpfe, Rote Ruhrarmee. Stuttgart: Schmetterling Verlag, S. 65ff.

der Freikorps. Dies war für die Militärs, die von einem erneuten Krieg zur Rückeroberung der verlorenen Gebiete träumten, nicht akzeptabel und neben der Absicht zur Vernichtung der Arbeiterbewegung der Grund für den Staatsstreich.

Die Putschisten wurden hauptsächlich geführt von:

- Wolfgang Kapp, Generallandschaftsdirektor von Ostpreußen (eine Art Verwaltungschef der Region), der schon 1917 die Deutsche Vaterlandspartei (DVLP) gegründet hatte, eine völkisch-nationalistische und antisemitische Partei, die sich gegen jeden Friedensschluss wendete und als politisch-ideologischer Vorläufer der NSDAP betrachtet werden kann.
- General Walther von Lüttwitz, einer der mächtigsten Militärs in Deutschland, der bereits ein Jahr zuvor das Massaker an den revolutionären Arbeitern geleitet hatte.
- Der bereits erwähnte Waldemar Pabst
- Im Hintergrund stand General Erich Ludendorff, der gemeinsam mit Paul von Hindenburg im Ersten Weltkrieg die Oberste Heeresleitung geleitet hatte, im Wesentlichen alle Elemente der Ideologie der späteren Nazis vertrat und bereits drei Jahre später erneut mit einem damals noch relativ unbekannten Führer der extremen Rechten in München erneut putschen würde – nämlich Adolf Hitler.

Teil der Verschwörer war außerdem Wilhelm Canaris, der spätere Leiter des militärischen Nachrichtendienstes unter Hitler⁸³. Auch Hitler selbst flog umgehend mit dem Flugzeug nach Berlin und bot sich den Putschisten als Propagandaleiter an, woran diese jedoch kein Interesse hatten⁸⁴.

Es war ein Putsch mit Ankündigung gewesen. In den Tagen vor dem Putsch hatte Lüttwitz bereits vielsagend angekündigt, er werde eine Auflösung der Truppen nicht zulassen. Am 10. März hatte Lüttwitz zunächst mit Ebert und Noske verhandelt und ihnen ein Ultimatum gestellt, eine Diktatur einzurichten mit Ebert und Noske an der Spitze und Lüttwitz als Oberbefehlshaber der

83 Klaus Gietinger (2020): Kapp-Putsch. 1920, Abwehrkämpfe, Rote Ruhrarmee. Stuttgart: Schmetterling Verlag, S. 85.

84 Ebd., S. 175.

Reichswehr, die Auflösung der Freikorps sollte zudem natürlich verhindert werden. Es kam zu keiner Einigung und etwa gleichzeitig erhielt Noske Warnungen, dass bereits ein Putsch vorbereitet würde. Erst jetzt entschied Noske sich, Lüttwitz am 11. März zu „beurlauben“ und unterschrieb Haftbefehle gegen andere Putschisten⁸⁵. Doch das konnte den Putsch nicht mehr verhindern.

Der Putsch wurde zwar nur von einem kleineren Teil der Militärführung durchgeführt, konnte sich aber auf die Unterstützung oder zumindest Sympathie der gesamten Generalität verlassen. Berühmt geworden sind die Worte von Generaloberst Hans von Seeckt, als Noske ihm bewaffnete Gegenwehr gegen die Putschisten befahl: „Truppe schießt nicht auf Truppe“. Aus dem Militär war fast niemand bereit, zur Verteidigung der Regierung einen Finger zu rühren.

Hinter dem Putsch stand außerdem ein erheblicher Teil des deutschen Monopolkapitals. Als Zentrum der äußersten Reaktion und um den Putsch vorzubereiten war im Herbst 1919 die „Nationale Vereinigung“ geschaffen worden. Mitglieder waren z.B. Alfred Hugenberg, Eigentümer des Hugenberg-Konglomerats mit Unternehmen in Bergbau, Rüstung und Medien und Hugo Stinnes, Kopf des Stinnes-Konzerns, zwei der Spitzen der deutschen Industriemonopole. Verbindungen bestanden auch zu weiteren Monopolen wie der IG Farben und MAN⁸⁶.

Das neue Regime schritt nun sofort zur Tat und verkündete, wie es Pabst bereits bei seinem vorherigen Putschversuch geplant hatte, die Todesstrafe auf fast Alles.

Ohne Unterstützung im Militär waren Ebert, Bauer und Noske gezwungen, sich auf die einzige starke Kraft zu stützen, die zum Widerstand gegen die entstehende terroristische Herrschaft bereit war: Die organisierte Arbeiterklasse. Deshalb rief sie zum Generalstreik auf, um ihre Haut zu retten (was sie gegenüber Militärs, die nicht direkt am Putsch beteiligt waren, aber im Generalstreik eine Todsünde sahen, aber sofort leugneten⁸⁷). Andere SPD-Führer leisteten hingegen gar keinen Widerstand und kollaborierten mit den Putschisten, so z.B. August Winnig (ein späterer Nazi), sowie die sozialdemokratischen Polizeipräsidenten von Berlin und Breslau Eugen Ernst und Friedrich Vogt, die

85 Ebd., S. 95ff.

86 Ebd., S. 77; Leo Schwarz (2020b): Kolossaler Brandherd. In: junge Welt. 13.3.2020.

87 Klaus Gietinger (2020): Kapp-Putsch. 1920, Abwehrkämpfe, Rote Ruhrarmee. Stuttgart: Schmetterling Verlag, S. 111f.

trotz des Putsches im Amt blieben⁸⁸. Die bayrische SPD akzeptierte den Putsch⁸⁹, der sich dort darin äußerte, dass Gustav Ritter von Kahr als Ministerpräsident Bayerns eine lokale rechtsradikale Diktatur errichtete, und leistete keinerlei Widerstand. Auch als der Kapp-Putsch wenige Tage später zusammenbrach, blieb Kahr an der Macht und baute Bayern zur „Ordnungszelle“ aus, wie es hieß, d.h. zu einem sicheren Hafen für die gesamte extreme Rechte, einschließlich der NSDAP und der rechtsterroristischen Organisation Consul. Bayern war damit, auch dank der SPD, der einzige Teil Deutschlands, wo der Kapp-Putsch erfolgreich blieb und die bürgerliche Demokratie schon 1920 im Wesentlichen abgeschafft wurde⁹⁰.

Der Generalstreik, zu dem nun auch der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB), die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltergewerkschaften, die USPD und (nach kurzem Zögern) die KPD aufriefen, war ein spektakulärer Erfolg. Mindestens 12 Millionen traten in den Streik, was ihn zum größten der deutschen Geschichte macht⁹¹.

Der Streik wurde begleitet von massenhaftem Protest der Arbeiterklasse an vielen Orten des Reiches. Die Putschisten und sie unterstützendes Militär und Freikorps gingen sofort mit äußerster Brutalität gegen die Protestierenden vor. In Berlin kam es an verschiedenen Orten schon am 13. März zu vielen Toten und Verwundeten, als die Brigade Ehrhardt mehrfach ohne Vorwarnung das Feuer auf Demonstranten eröffnete. In Leipzig richtete ein Zeitfreiwilligenregiment ein Massaker mit 40 Toten an, in Dresden schlachtete die Reichswehr mit Genehmigung der SPD-geführten sächsischen Regierung ungefähr 60 Menschen ab und verwundete Hunderte weitere. Massaker gab es zudem in Potsdam, Gera, Halle und Cottbus. In Gotha kam es zu Gefechten, die die Arbeiter für sich entschieden, woraufhin die Putschisten vorgaben, sich zu ergeben – als die Arbeiter sich dann näherten, um die Truppen gefangen zu nehmen, wurden 90 von ihnen ermordet⁹². Gietinger gibt die Zahl der Toten allein in den ersten Putschtagen mit etwa 250 an, wovon die meisten unbewaffnete Demonstranten waren, die von Reichswehr, Freikorps und den anderen para-

88 Ebd., S. 116.

89 Ebd., S. 149.

90 Leo Schwarz 2020c: Bestürzende Einsicht, junge Welt, 18.3.2020.

91 Klaus Gietinger (2020): Kapp-Putsch. 1920, Abwehrkämpfe, Rote Ruhrarmee. Stuttgart: Schmetterling Verlag, S. 117.

92 Ebd., S. 118f.

militärischen Verbänden ermordet wurden⁹³. All dies reichte nicht aus, um den Widerstand zu brechen. In vielen Städten des Reiches begannen die Arbeiter, sich selbst zu bewaffnen, z.B. durch Beschlagnahme von Waffen aus gestürmten Polizeistationen, sie entwaffneten putschistische Militäreinheiten und nahmen Feuergefechte mit dem Militär auf.

Der Schwerpunkt des Abwehrkampfes lag, abgesehen vom Ruhrgebiet, um das es an späterer Stelle ausführlicher gehen wird, im damaligen Mittel- und Ostdeutschland (d.h. im heutigen Ostdeutschland). In Sachsen kam es in allen größeren Städten zur Selbstbewaffnung des Proletariats und teilweise zur Entwaffnung der Reichswehr und Sipo. Zu einem Zentrum des Widerstands wurde Chemnitz mit seiner starken KPD, wo ein Aktionsausschuss aus SPD, KPD und USPD die politische Macht übernahm und Räte gebildet wurden. In Leipzig kam es nach dem Massaker der Reichswehr zu größeren Barrikadenkämpfen und die konterrevolutionären Truppen wurden von Arbeitermilizen in der Innenstadt eingekesselt. Obwohl überall die Reaktion von den bewaffneten Arbeitern in die Defensive gedrängt wurde, nahmen Vertreter der SPD und USPD aus Dresden am 17. März Waffenstillstandsverhandlungen auf und unterschrieben im Namen ihrer kämpfenden Basis praktisch eine völlige Kapitulation. In Magdeburg liefen Teile der Armee zu den Arbeitern über und versorgten sie mit Waffen. In Halle kam es zu schweren Kämpfen mit der Reichswehr. In Cottbus wurde eine Rote Garde mit 3000 Mann gebildet.

Auch in Thüringen war der Widerstand stark. In Gera wurden Freikorpsgruppen überwältigt und entwaffnet, auf dem Land wurden zwei Reichswehrbataillone von etwa 2000 bewaffneten Arbeitern eingeschlossen und mussten sich ergeben. In Weimar wurden Einwohnerwehren und Sipo entwaffnet, in Suhl eine Reichswehreinheit zur Kapitulation gezwungen. Es wurde eine Thüringer Volkswehrarmee mit 5000 bewaffneten Kämpfern gebildet, die von einem USPD-Mann geführt wurde. Auch in den ländlichen Regionen Mecklenburgs, Pommerns und Schlesiens kam es zu massenhaftem Widerstand, an dem sich – was neu war – auch viele Zehntausende Landarbeiter beteiligten.

Schließlich erlitten die Putschisten auch in Norddeutschland, vor allem in Kiel und Hamburg Niederlagen gegen die Arbeitermilizen. Massaker der Reichswehr und Widerstand der Arbeiterklasse gab es in größerem Maße außerdem in

93 Ebd., S. 120.

Hessen und Bayern, wobei in Bayern die Reaktion, noch als Folge der Niederlage der Münchener Räterepublik im Vorjahr, die Oberhand behielt⁹⁴.

Der Putsch stieß somit bereits in den ersten Tagen auf unüberwindliche Hindernisse. Der faktische Machtbereich des Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Regimes begrenzte sich abgesehen von Bayern im Wesentlichen auf Berlin, wo die militärische Überlegenheit der Reaktion zu erdrückend war, als dass die sehr kämpferische Arbeiterklasse der Hauptstadt ihr die Herrschaft hätte streitig machen können. Doch selbst hier bildeten sich Aktionsausschüsse gegen den Putsch und Arbeiter bewaffneten sich⁹⁵. Im Ruhrgebiet schließlich bildete sich eine Rote Armee, die zur Gefahr für den Fortbestand des bürgerlichen Systems an sich zu werden drohte. Neben den militärischen Niederlagen der putschenden Truppen an den meisten Orten machte der Generalstreik dem Putsch schwer zu schaffen, da sowohl Eisenbahn als auch Kommunikation lahmgelegt waren.

Unter diesen Bedingungen war die Fortsetzung des Putsches unmöglich bzw. hätte möglicherweise in der proletarischen Revolution geendet, zumal es nicht auszuschließen war, dass sich auch in Mittel- und Ostdeutschland wie an der Ruhr eine Rote Armee bilden könnte. Die Sicherheitspolizei entzog den Putschisten am 17. März die Unterstützung, woraufhin Kapp zurücktrat und die Regierungsgeschäfte an Lüttwitz übergab, bevor dieser von seinen Offizieren ebenfalls zum Aufgeben gezwungen wurde⁹⁶. Die Führer des Putsches flohen unter den Schutz der konterrevolutionären Diktatur Horthys in Ungarn, nach Österreich, Polen oder Schweden. Hermann Ehrhardt kehrte bald nach Bayern zurück, um dort unter dem Schutz der Behörden die rechtsterroristische Organisation Consul aufzubauen, die für zahlreiche Mordanschläge in der Weimarer Republik verantwortlich war.

Der erste Versuch einer faschistischen Machtübernahme war somit am Widerstand der Arbeiterklasse gescheitert, doch die herrschende Klasse würde aus dem Debakel ihre Lehren ziehen. Nur ein einziger Putschist (Traugott von Jagow) wurde strafrechtlich verfolgt, weil er sich der Polizei gestellt hatte, aber nur mit einer lächerlich geringen Gefängnisstrafe belegt. Sofern sie nicht zu den unmittelbaren Rädelsführern gehörte, blieb die militärische Führung, ob-

94 Ebd., S. 121–150; Leo Schwarz 2020c: Bestürzende Einsicht, junge Welt, 18.3.2020.

95 Klaus Gietinger (2020): Kapp-Putsch. 1920, Abwehrkämpfe, Rote Ruhrarmee. Stuttgart: Schmetterling Verlag, S. 120.

96 Leo Schwarz (2020b): Kolossaler Brandherd. In: junge Welt. 13.3.2020.

wohl sie den Putsch unterstützt hatte, im Amt. Hans von Seeckt, der sich geweigert hatte, den Putschisten Widerstand zu leisten, wurde zum neuen Chef der Heeresleitung ernannt. Admiral Adolf von Trotha, der Oberbefehlshaber der Marine, hatte zwar den Putsch bedingungslos unterstützt, blieb aber im Amt⁹⁷.

Sofort nach dem Ende des Putsches wurden die Freikorps, einschließlich derer, die den Putsch angeführt hatten, von der wieder eingesetzten „rechtmäßigen Regierung“ (also SPD, DDP und Zentrum) gegen die streikenden Arbeiter eingesetzt. Die Brigade Ehrhardt mit dem Hakenkreuz am Stahlhelm, die Speerspitze des Kapp-Putsches, wurde bereits am 18. März (also einen Tag nach den Rücktritten von Kapp und Lüttwitz) von Seeckt in Berlin eingesetzt und mit Soldzulagen belohnt. Gemeinsam mit Reichswehrtruppen richteten sie mit Rückendeckung der SPD und ihrer Koalitionspartner tagelang hemmungslos ein Blutbad an und richteten massenhaft Arbeiter hin, darunter auch Teenager. Allein in Berlin starben 200 Menschen infolge des Putsches⁹⁸.

Die Rote Ruhrarmee

Doch noch konnte von einer Stabilisierung des bürgerlichen Systems keine Rede sein. Im Ruhrgebiet hatte der Putsch etwas erweckt, was der gesamten Bourgeoisie – unabhängig von ihrer Haltung zum Putsch bzw. der Verfassung – einen tiefen Schrecken einjagte. Nicht nur rote Milizen wurden hier aufgestellt, sondern es entstand eine Rote Armee, die innerhalb kurzer Zeit das gesamte Ruhrgebiet unter ihre Kontrolle brachte. Doch beginnen wir von vorn:

Die ersten Tage: Zerschlagung des Freikorps Lichtschlag und Sieg im Bergischen Land

Als die Nachricht vom Putsch das Ruhrgebiet erreichte, wurden überall Aktionsausschüsse gegründet. Die verschiedenen Strömungen der Arbeiterbewegung – neben KPD, USPD und SPD gab es auch syndikalistische und „linkskommunistische“ Kräfte, die vor allem im westlichen Ruhrgebiet stark waren – arbeiteten an manchen Orten zusammen, an anderen nicht oder nur teilweise,

97 Klaus Gietinger (2020): Kapp-Putsch. 1920, Abwehrkämpfe, Rote Ruhrarmee. Stuttgart: Schmetterling Verlag, S. 177.

98 Ebd., S. 179ff.

was hauptsächlich von der Haltung der örtlichen SPD-Führung und -Basis abhing⁹⁹.

Das Reichswehrkommando für die Region, das in Münster bei General Oskar Freiherr von Watter lag, reagierte sofort und ließ das Freikorps Lichtschlag (das schon 1919 schwere Massaker im Ruhrgebiet angerichtet hatte) Richtung der kleinen Stadt Wetter im Ruhrgebiet in Marsch setzen. Watter hatte sich, wie viele Generäle, nicht eindeutig zum Putsch positioniert, sondern für eine abwartende Haltung entschieden. Dass er eigentlich auf der Seite von Kapp und Lüttwitz stand, war aber wohl ein offenes Geheimnis.

Auch Carl Severing (SPD), Staatskommissar der Reichsregierung für den Bereich Münster (einige Tage später auch preußischer Innenminister und am 1. Mai 1929 verantwortlich für das Massaker an Dutzenden Zivilisten in Berlin) sah schon am 15. März, also noch mitten im Kapp-Putsch, den Hauptfeind in den streikenden Arbeitern und beschloss, dass Truppen ins Ruhrgebiet geschickt werden müssten. Die SPD-Führung arbeitete also bereits während des Putsches mit den Putschisten gegen diejenigen zusammen, die gegen die Putschisten kämpften. Severing ordnete zudem die Verbreitung eines Flugblattes an, in dem gelogen wurde, die putschistischen Freikorps, die ins Ruhrgebiet geschickt wurden, stünden „unbedingt auf dem Boden der alten Regierung“¹⁰⁰

Die 1. Abteilung des Freikorps Lichtschlag hatte einige Mühe, nach Wetter zu kommen, da die Bahnarbeiter sie nicht transportieren wollten und auf dem Weg andere Arbeiter die Schienen zerstört und bereits eine Kompanie des Freikorps festgesetzt und entwaffnet hatten. Als die Abteilung schließlich doch in Wetter eintraf, verhandelten die dortigen Arbeiter und der liberale Bürgermeister Cuno (DDP) mit ihnen und forderte sie zum Rückzug auf. Von den Freikorpsoldaten, die mit der Lüge mobilisiert worden waren, im Ruhrgebiet sei eine Räterepublik ausgerufen worden, liefen einige nun zu den Arbeitern über. Der Rest weigerte sich jedoch, abzuziehen und so stürmten 1500 bewaffnete Arbeiter den Bahnhof, besiegten die reaktionären Truppen und neutralisierten im Kampf auch deren Hauptmann Hasenclever¹⁰¹. Die moralische Wirkung dieses ersten Sieges der Ruhrarbeiter sowie die zahlreichen erbeuteten Waffen (einschließlich Artillerie) gaben der Bewegung nun Auftrieb.

⁹⁹ Ebd., S. 154.

¹⁰⁰ Ebd., S. 165.

¹⁰¹ Ebd., S. 156ff.

Eine zweite Abteilung des Freikorps Lichtschlag wurde in Herdecke (zwischen Dortmund, Hagen und Witten) von etwa 6000 bewaffneten Arbeitern gestellt und eingekesselt. Die dritte Abteilung war in Dortmund angekommen und die dortige SPD-Führung versuchte alles, um die Freikorpstruppen unbehelligt durch Dortmund zu schleusen und Gegenmaßnahmen der Arbeiter (darunter viele SPD-Mitglieder) zu vereiteln. Auf einem SPD-Flugblatt wurde die Lüge verbreitet, wonach die Freikorps gegen den Putsch seien. Viele sozialdemokratische Arbeiter erkannten nun, dass ihre Führung mit den Putschisten zusammenarbeitete und gingen zum Protest auf die Straße. Auch die Dortmunder Arbeiter nahmen die Sache nun in die eigene Hand: Etwa 12.000 Arbeiter unter Waffen griffen an und zerschlugen die zahlenmäßig unterlegene Freikorps-Abteilung¹⁰².

Gleichzeitig wurde eine weitere Militäreinheit Watters, die Paderborner Husaren, in Kamen aufgegeben. Zunächst wurde sie von der Einwohnerwehr gestoppt, die anders als sonst fast überall von SPD-Anhängern kontrolliert war, bevor 2000 bewaffnete Arbeiter die Truppe umzingelten und zur Aufgabe zwangen¹⁰³.

In Elberfeld und Barmen, heute beides Stadtteile von Wuppertal, marschierten am 15. März die Sicherheitspolizei und Freikorps ein und errichteten ihre Schreckensherrschaft. Sipo, Freikorps und auch die reguläre Polizei massakrierten zahlreiche Demonstranten, warfen Handgranaten in Wohngebäude und ermordeten auch wahllos ganz unbeteiligte Zivilisten. Arbeiter stürmten als Reaktion das Polizeipräsidium und übernahmen die Waffen (was sogar vom Oberbürgermeister gebilligt wurde). Mit diesen Waffen, außerdem mit Artillerie ausgerüstet und verstärkt durch herbeiströmende Arbeiter aus den Nachbarstädten eroberten die Arbeiter Elberfeld und zwangen die Freikorpstruppen zur Flucht. Watter befahl nun angesichts des für die Reaktion negativen militärischen Kräfteverhältnisses den Rückzug aus dem Bergischen Land, aber der Kommandant der Truppen vor Ort zog sich lediglich nach Remscheid (im Bergischen Land) zurück, um dort die „Entscheidungsschlacht“ zu suchen. Und die bekam er: Die Arbeiter organisierten sich nun immer besser und hatten erstmalig eine Kampfleitung gebildet und eine zentrale Koordination des Widerstands, die in Hagen ansässig war. Mit einer erdrückenden Übermacht von 20.000 Kämpfern stürmten die Arbeitermilizen Remscheid und zwangen die

102 Ebd., S. 163ff.

103 Ebd., 161ff.

etwa 1000 Soldaten, ins britisch besetzte Köln zu fliehen. Die britischen Behörden nahmen sie dort fest und internierten sie, womit sie für den Kampf im Ruhrgebiet vorerst neutralisiert waren¹⁰⁴. Auch in Elberfeld und Remscheid hatte die Arbeiterklasse nun in militärischer Hinsicht die Macht und hatte viele Infanteriewaffen und Artillerie erobert, die sie für die kommenden Kämpfe auch dringend brauchen würde.

Es lässt sich also zusammenfassen, dass die anfänglichen Versuche der Reaktion, die streikenden Ruhrarbeiter niederzuschlagen, in einem vollendeten Desaster für die Reichswehr und Freikorps endeten.

Aus losen Gruppen wächst eine Armee

Auch nach dem Ende des Putsches ging der Generalstreik weiter, da ADGB (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund), AfA (Allgemeiner freier Angestelltenbund) und Beamtenbund weiterhin auf die Erfüllung ihrer Forderungen warteten. Im Ruhrgebiet formierten sich die losen Gruppen bewaffneter Arbeiter immer mehr zu einer organisierten Armee, die sich zum Ziel gesetzt hatte, alle Truppen der Reaktion zu entwaffnen¹⁰⁵.

Der Zentralrat in Hagen versuchte eine politische Führung der Bewegung zu sein, indem er die Räte der anderen Städte koordinierte. Eine Räterepublik wie in München oder Ungarn war das Ruhrgebiet aber nicht. Die bürgerlichen staatlichen Behörden wurden nicht zerschlagen, sondern lediglich der Kontrolle der Räte unterstellt, die sich damit im Wesentlichen darauf konzentrierten, den militärischen Widerstand zu organisieren und das tägliche Leben sowie eine Grundversorgung der Bevölkerung am Laufen zu halten. Nur punktuell, in Dortmund und Mülheim, wurden auch Fabrikräte gegründet, um die Betriebe zu kontrollieren. Enteignungen der Kapitalisten wurden im Allgemeinen nicht vorgenommen¹⁰⁶.

Die Rote Ruhrarmee wurde teilweise aus Mülheim, teilweise aus Hagen kontrolliert. Da es sich um eine spontan und von unten gebildete Freiwilligenarmee handelte, entstand in der kurzen Zeit ihrer Existenz keine ganz feste Komman-

104 Ebd., 167–171.

105 Ebd., S. 185.

106 Ebd., S. 205.

dostruktur, aber doch ein funktionierendes System aus Zügen und Kompanien mit ihren Kampfleitungen. Die Kompanien waren sehr unterschiedlich groß, im Durchschnitt 70 Mann, und oft nach sozialistischen Führern wie Luxemburg, Liebknecht, Kurt Eisner oder August Bebel benannt.

Die Rote Armee bestand ausschließlich aus (meist jungen) Männern, die in ihrer Mehrzahl Bergarbeiter waren, aber natürlich auch Arbeiter anderer Branchen und einige kleine Handwerker in ihren Reihen zählten. Frauen waren zwar zur Armee nicht zugelassen, unterstützten aber trotzdem massenhaft als Krankenschwestern oder in anderen Funktionen den Kampf. Auch Arbeitsmigranten aus Polen und Kriegsgefangene aus Russland, die immer noch nicht in ihre Heimat entlassen wurden, beteiligten sich in größeren Zahlen am Kampf. Insgesamt betrug die Stärke der Roten Ruhrarmee nach unterschiedlichen Schätzungen mindestens 50.000, möglicherweise aber bis zu 100.000 Kämpfer¹⁰⁷.

Beim Beitritt zur Roten Armee wurde folgender Eid geschworen: „Ich schwöre auf das Programm der revolutionären Arbeiterschaft, dass ich die hohen heiligen Ideale für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit mit meinem Herzblut erkämpfen will. Die mir vorgelesenen Paragraphen des Reglements sollen mir stets als Richtschnur meines Handelns dienen. Es lebe der Sozialismus! Menschenrecht wer Menschenantlitz trägt!“¹⁰⁸.

Die Rote Ruhrarmee unterteilte sich in drei Abteilungen: Im Süden im Bergischen Land, im Norden, wo gegen den Sitz der Reichswehr in Münster vorgegangen werden sollte, und im Westen, um das westliche Ruhrgebiet zu erobern. Im Süden kam es vorerst nach den Gefechten um Elberfeld und Remscheid zu keinen größeren Kampfhandlungen mehr. Die Nordabteilung marschierte in Richtung Münster und nahm mit geringem Widerstand Unna, Hamm, Kamen, Lüdinghausen und Lünen ein. Entlang der Lippe, die etwa parallel zur Ruhr durch Hamm, Lünen, Haltern, Dorsten und Wesel verläuft, bildete sich eine zusammenhängende nördliche Frontlinie heraus, wobei die Lippe aber auch übertreten wurde und die Rote Ruhrarmee bis 7 km vor Münster kam. Für einen Sturm auf die Stadt, in der die Freikorps starke Kräfte konzentriert hatten, reichte die Stärke allerdings nicht¹⁰⁹. Die Rote Armee belager-

107 Ebd., S. 206–209.

108 Ebd., S. 211.

109 Ebd., S. 186ff.

te von Süden her außerdem das zur Festung ausgebaute Wesel, schaffte aber auch hier keinen Sturm auf die Stadt.

Im westlichen Ruhrgebiet herrschte nach dem Putsch zunächst noch der Terror der Reaktion. General Ernst Kabisch befehligte dort die Regimenter 61 und 62 der Reichswehr und das Freikorps Schulz. In Heiligenhaus, Mülheim an der Ruhr, Oberhausen und Werden wurden Demonstrierende und Unbeteiligte erschossen, in Duisburg stürmte die Reichswehr die Stahlwerke und richtete am 17. März an einer Demonstration der KPD ein Blutbad mit 19 Toten an. Auch in Essen und Gelsenkirchen wurden Arbeiter ermordet.

Ab dem 17. März begann die Rote Ruhrarmee jedoch ihre Offensive zur Befreiung des westlichen Ruhrgebiets, die ein voller Erfolg wurde. Zuerst vertrieben rote Arbeiter die Sicherheitspolizei aus Wattenscheid und Gelsenkirchen, die sich nach Essen zurückzog und dort die Polizei und Einwohnerwehr verstärkte, womit die Reaktion in Essen insgesamt über etwa 1000 Bewaffnete verfügte. Die Rote Ruhrarmee führte mit der Eisenbahn weitere Kräfte aus Dortmund und Hagen für den Sturm auf Essen heran. In Essen hatten SPD, DDP und Zentrum die Kontrolle und schafften es, die Bevölkerung von allen Informationen der Außenwelt abzuschirmen, sodass nicht einmal die Essener KPD Bescheid wusste, dass die Genossen vor den Toren der Stadt standen. Nach Gefechten, die viele Stunden andauerten, verhandelte die Sipo schließlich mit der Roten Ruhrarmee und musste schließlich, als die Lage für sie aussichtslos wurde, aufgeben. Bedauerlicherweise wurde ihr der Abzug erlaubt, auch wenn sie die meisten Waffen zurückließ. Es kam noch zu einem Gefecht am Essener Wasserturm, da die dortige Sipo und Einwohnerwehr von der Kapitulation ihrer Kameraden anscheinend nichts wusste und sich weigerte, den Turm zu räumen. Danach hatte die Rote Ruhrarmee Essen unter Kontrolle und ein Arbeiterrat mit Vertretern aus den Betrieben übte die vollziehende Gewalt aus. Die verbliebenen Reichwehrgarnisonen in Duisburg, Düsseldorf, Mülheim und Hamborn waren nun absehbar nicht mehr zu halten. Nach der Befreiung von Essen und Remscheid musste General Kabisch den völligen Abzug seiner Truppen aus dem Ruhrgebiet befehlen. Mülheim, Hamborn, Duisburg und Düsseldorf fielen an die Rote Armee, die am 20. März das gesamte Ruhrgebiet, Düsseldorf und das Bergische Land kontrollierte¹¹⁰.

110 Ebd., S. 188–199.

Die Gegenoffensive der Konterrevolution

Doch die Konterrevolution bereitete bereits den Gegenschlag vor. Watter stellte in einem Geheimbefehl fest, dass „wir es jetzt auf der Gegenseite mit einer gut organisierten, gut bewaffneten und gut geführten Truppe zu tun haben“ und gab seinen Truppen den Befehl zum Massenmord: Gefangene seien nicht zu machen, es seien „überall“ Standgerichte zu bilden, deren Urteil nur auf Todesstrafe lauten konnte¹¹¹.

Die sozialdemokratische Führung wusste aber, dass es mit Gewalt alleine sehr schwierig werden würde, den Aufstand im Ruhrgebiet niederzuschlagen. Dazu war die Rote Ruhrarmee zu groß, zu gut bewaffnet und konnte sich auf den Großteil der Arbeiterschaft stützen. Zudem wäre ein Bürgerkrieg, der länger als ein paar Wochen dauert, mit großen Risiken für die herrschende Klasse verbunden gewesen, schließlich war man gerade nur knapp einem größeren proletarischen Aufstand in anderen Landesteilen entronnen. Die Regierung setzte daher an den zwei größten Schwächen der Roten Ruhrarmee an: Der Knappheit an Nahrungsmitteln, indem sie Lebensmittellieferungen von außerhalb unterband; und dem Fehlen einer einheitlichen, ideologisch standfesten und erfahrenen politischen Führung.

Severing erarbeitete deshalb einen Plan zur Spaltung und Schwächung der Roten Ruhrarmee. Er rief am 21. März die Koordinationszentrale der Arbeiter in Hagen dazu auf, den Streik abubrechen und die Waffen abzugeben – erst dann werde es wieder Lebensmittellieferungen ins Ruhrgebiet geben. Und er lud die Arbeitervertreter zur Konferenz nach Bielefeld ein, um über einen Waffenstillstand zu verhandeln. Severing wusste genau, dass solche Verhandlungen einen Keil zwischen die verschiedenen Strömungen der Arbeiterbewegung treiben würden. Und so kam es auch: Nur ein Teil der Räte aus dem Ruhrgebiet schickte seine Vertreter am 23. März nach Bielefeld, während die aus Dortmund und dem westlichen Ruhrgebiet (Oberhausen, Mülheim und Duisburg), wo linksradikale Kräfte dominierten, fehlten. Die ultralinken Strömungen (Syndikalistinnen und „Linkskommunisten“) beteiligten sich nicht an der Konferenz, Vertreter der Roten Armee auch nicht. Anwesend waren Vertreter der SPD und USPD, der KPD und außerdem sogar der DDP und der Zentrumsparterie aus Hagen, obwohl diese nur ganz am Anfang Mitglieder des Aktionsausschusses gewesen waren. DDR-Historikern zufolge handelten die KPD-Vertreter jedoch

111 Ebd., S. 198f.

ohne entsprechenden Auftrag ihrer Partei, wofür sie später eine Rüge erhielten¹¹². Die Vertreter der Regierung und der Ruhrarbeiter einigten sich schließlich am 24. März auf ein Waffenstillstandsabkommen: Die Rote Armee sollte sich südlich hinter die Lippe zurückziehen, sofort ihre Waffen und Munition abgeben und alle Gefangenen freilassen. Im Gegenzug versprachen die Regierungsvertreter den Gewerkschaften entscheidenden Einfluss auf die neu zu bildende Reichsregierung, die Aufhebung des Ausnahmezustands, neue Sozialgesetze, die „Sozialisierung“ (Verstaatlichung) der dafür „reifen“ Betriebe, die Auflösung der putschenden Freikorps, die Bestrafung der Putschisten, die Aufstellung von Ortswehren aus organisierten Arbeitern, Angestellten, Beamten und „republikanischer“ (also regierungstreuer) Bevölkerung. Und vor allem sollte die Reichswehr nicht in das Ruhrgebiet einmarschieren dürfen¹¹³.

Das Abkommen war von der ersten Minute an das Papier nicht wert, auf das es geschrieben war. Die Freikorps unter Watter handelten so, als gäbe es keinen Waffenstillstand und keine Zusage, auf den Einmarsch ins Ruhrgebiet zu verzichten und rückten weiter vor.

Die Zentrale in Hagen löste sich am 25. März auf, aber auf Initiative der KPD wurde in Essen nun ein Zentralrat gewählt, dem 10 USPD-, 7 KPD- und 1 SPD-Vertreter angehörten. Der Zentralrat sollte anders als bisher auch eine politische Gesamtleitung für das Ruhrgebiet bilden und der militärischen Leitung übergeordnet sein¹¹⁴. Auch dieser war aber keine überall anerkannte Führung der Roten Armee. Als der Zentralrat erneut verhandeln wollte, um von der Regierung die Einhaltung der Zugeständnisse einzufordern und dafür am 27. März die vorläufige Einstellung der Kämpfe beschließt, bestand die Kampfleitung in Mülheim darauf, den Kampf fortzusetzen¹¹⁵. Doch die neue Regierung unter Reichskanzler Müller (SPD) war ohnehin nicht mehr verhandlungsbereit, weil angeblich die Rote Ruhrarmee sich nicht an das Abkommen gehalten habe. Das war offensichtlich eine sehr verdrehte Interpretation der Lage, da es gar keine einheitliche zentrale Leitung der Roten Ruhrarmee gab und der größere Teil der Führung sehr wohl daran arbeitete, das Abkommen

112 Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED (1966): Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Band 3. Berlin: Dietz Verlag, S. 281.

113 Klaus Gietinger (2020): Kapp-Putsch. 1920, Abwehrkämpfe, Rote Ruhrarmee. Stuttgart: Schmetterling Verlag, S. 217.

114 Leo Schwarz (2020d): Hakenkreuze an der Wand. In: junge Welt. 26.3.2020.

115 Klaus Gietinger (2020): Kapp-Putsch. 1920, Abwehrkämpfe, Rote Ruhrarmee. Stuttgart: Schmetterling Verlag, S. 285.

umzusetzen. Nun formulierte die Regierung am 28. März ein scharfes Ultimatum zur sofortigen Auflösung und Entwaffnung der Roten Armee, das Watter noch verschärfte, indem er die Frist für die Waffenabgabe und Auflösung der Räte auf den 31. März festlegte, was praktisch nicht erfüllbar war und es auch sein sollte. Der Zentralrat in Essen und die Räte in den einzelnen Städten beschlossen nun die Wiederaufnahme des Generalstreiks als Reaktion auf das Ultimatum und begannen, die Demobilisierung der Roten Armee umzukehren. Am 30. März, also sogar noch einen Tag vor Ablauf von Watters Ultimatum beschloss die Regierung aus SPD, DDP und Zentrum den endgültigen Bruch des Bielefelder „Abkommens“ und befahl den Einmarsch der Freikorps, wobei General Watter freie Hand zugesichert wurde. Die Gewerkschaften in Berlin intervenierten nun und schafften es, durch Vermittlung zwischen dem Essener Zentralrat und der Regierung die Frist um zwei Tage zu verlängern. Dies interessierte Watter und seine Freikorps jedoch nicht, die den Einmarsch fortsetzten und damit begannen, gefangene Arbeiter zu ermorden.

Karl Grünberg schreibt in seinem Roman „Brennende Ruhr“: „Jetzt war es ganz klar, daß man durch die Verhandlungen in eine Falle geraten war. Das Militär piffte auf alle Vereinbarungen, schuf sich seine eigenen Bestimmungen. Selbst wenn die Arbeiterschaft einmütig des unterwürfigsten Geistes gewesen wäre, könnten diese Bedingungen nicht erfüllt werden, weil es schon rein technisch gar nicht möglich war. Das Militär stellte absichtlich solche wahnsinnigen Forderungen, um bei ihrer Nichterfüllung einen Vorwand zu gewaltsamem Einmarsch und blutiger Rache zu haben“¹¹⁶. Severing schätzte ein, das Bielefelder Abkommen habe in der Roten Armee „wie Sprengpulver“ gewirkt, und das war auch sein Zweck: Die linksradikale militärische Leitung in Mülheim lehnte das Abkommen ab und erklärte, lieber untergehen zu wollen, als den Kampf einzustellen, während die von rechten USPD-Führern dominierte Zentrale in Hagen es fernab der Realität als großen Sieg über die Reaktion feierte¹¹⁷.

Aber Severing, inzwischen auch preußischer Innenminister, hatte sein Spiel noch nicht ausgespielt. Er berief am 31. März eine neue Konferenz zur Verhandlung ein, dieses Mal in der Reichswehrzentrale Münster. Vertreter der Räte und Parteien aus dem Ruhrgebiet reisten zu den Verhandlungen, darunter auch Adolf Meinberg von der KPD aus Dortmund, einer der bekanntesten Ar-

116 Karl Grünberg (1982): Brennende Ruhr. München: Damnitz Verlag, S. 258.

117 Leo Schwarz (2020d): Hakenkreuze an der Wand. In: junge Welt. 26.3.2020.

beiterführer im Ruhrgebiet. Meinberg wurde auf der Anreise von Freikorps gefangen genommen, die ihn erschießen wollten. Das ging sogar Severing zu weit bzw. lief seiner Absicht zur Irreführung und Lähmung der Roten Armee entgegen, weshalb er einschritt, um den Mord zu verhindern. Auf der Konferenz von Münster wurde das Bielefelder Abkommen bestätigt und Watter sicherte zu, erst am 2. April einzumarschieren – was keinerlei Bedeutung hatte, da seine Freikorps von der Regierung ungehindert weiter vorrückten und mordeten. Aber bereits am Tag der Konferenz von Münster, also am 31. März, bereitete Severing den Einmarsch der Freikorps in die demilitarisierte Zone vor, die laut Versailler Vertrag zwischen dem französisch-britisch besetzten Rheinland und dem Deutschen Reich bestand¹¹⁸. Der Einmarsch folgte am nächsten Tag (allerdings war das Freikorps Faupel bereits am 31. März ins Ruhrgebiet eingedrungen¹¹⁹). Dieser Bruch des Versailler Vertrags musste zur Besetzung weiterer deutscher Städte durch die Entente führen und tat es auch¹²⁰. Aber diesen Preis war die Regierung bereit zu zahlen, um den roten Arbeitern im Ruhrgebiet die Luft so weit wie möglich abzuschneiden. Als am 1. und 2. April die Einheiten der Roten Armee ihre Stellungen verließen, um das Ultimatum einzuhalten, wurden sie von den konterrevolutionären Truppen auf dem Rückzug angegriffen und dezimiert¹²¹.

Das Abkommen von Münster war wie das von Bielefeld nur eine Finte der Regierung gewesen, um die Rote Armee hinzuhalten, in illusorische Hoffnungen einzuwickeln und vom entschlossenen Widerstand abzuhalten. In Wirklichkeit wollten Regierung und SPD-Führung mit einem erneuten Blutbad ein Exempel statuieren, um der Arbeiterklasse den Kampfgeist auszutreiben und um zu verhindern, dass sie irgendeine der vereinbarten Forderungen der Ruhrarbeiter umsetzen müssten. Sie entschieden sich bewusst dagegen, einfach die Demobilisierung der Roten Armee abzuwarten; sie entschieden sich bewusst für den faschistischen Terror.

Zu diesem Zeitpunkt befand sich die Rote Ruhrarmee endgültig in der Auflösung, am 2. April floh der Essener Zentralrat nach Barmen und die Arbeiter

118 Klaus Gietinger (2020): Kapp-Putsch. 1920, Abwehrkämpfe, Rote Ruhrarmee. Stuttgart: Schmetterling Verlag, S. 224.

119 Ebd., S. 228.

120 Die Entente verhielt sich während des gesamten Ruhrkampfes eher neutral – sicherlich nicht aus irgendeiner Sympathie mit den Arbeitern, sondern weil sie so kurz nach Kriegsende in den Remilitarisierungsbestrebungen des Deutschen Reiches die größere Gefahr sah.

121 Leo Schwarz (2020d): Hakenkreuze an der Wand. In: junge Welt. 26.3.2020.

leisteten einen unkoordinierten Widerstand gegen die vorrückenden Freikorps und Reichswehreinheiten. Am selben Tag, aber noch fünf Stunden vor Ablauf von Watters Ultimatum stürmte die Reichswehr Dinslaken und massakrierte dort Hunderte Arbeiter. Auch einige Frauen, die angeblich für die Rote Armee Kartoffeln geschält oder als Krankenschwestern gearbeitet hatten, wurden erschossen.

Am 3. April bestätigte die Regierung erneut, dass die Reichswehr volle Handlungsfreiheit im Ruhrgebiet habe. Die Regierung war dabei voll und ganz über die Gräueltaten der reaktionären Truppen informiert, was zu keiner Kursänderung führte. Lediglich wurde am 4. April beschlossen, dass die Todesurteile der Standgerichte, zu denen es in diesen Tagen massenhaft kam, nicht mehr sofort vollstreckt, sondern an ein Kriegsgericht übermittelt werden sollten. Auch dieser Beschluss hinderte Freikorps und Reichswehr nicht daran, gefangene Arbeiter hundertfach mit oder ohne Standgericht sofort zu ermorden. Tausende Rotarmisten flohen nun in die von der Entente besetzten Gebiete, in denen sie zwar verhaftet, aber nicht ermordet wurden. Am 6./7. April rückten Freikorps in Dortmund, Essen, Mülheim und Dortmund ein, am 8. April war das gesamte Ruhrgebiet nördlich der Ruhr unter der Kontrolle der Reaktion¹²².

Die Rote Ruhrarmee war Geschichte. Die Arbeiterklasse des Ruhrgebiets hatte ihren bisher größten und heroischsten Kampf geführt und trotz spektakulärer Siege in den ersten Tagen verloren. Ihre Niederlage bezahlte sie mit Strömen von Blut. Und es erübrigt sich wohl zu sagen, dass die SPD-DDP-Zentrum-Regierung, nachdem sie das Waffenstillstandsabkommen durch den Reichswehreinmarsch in der Luft zerrissen hatte, auch keinen einzigen der anderen Punkte (wie bereits gesagt wurde, nicht einmal die Bestrafung der Putschisten) in die Tat umsetzte.

Was nun über den Ruhrpott hereinbrach war der nackte, enthemmte, barbarische Terror der faschistischen Reaktion. Die Opfer wurden hauptsächlich von den Freikorps, aber auch der Sicherheitspolizei gefoltert, verprügelt und dann erschossen, erstochen oder mit Gewehrkolben erschlagen. Ermordet wurde jeder, der mit der Waffe in der Hand angetroffen wurde; jeder, der als Angehöriger der Roten Armee denunziert wurde und viele, die auch nur verdächtigt wurden. Ermordet wurde eine größere Gruppe von Arbeitern, die einfach einen

122 Klaus Gietinger (2020): Kapp-Putsch. 1920, Abwehrkämpfe, Rote Ruhrarmee. Stuttgart: Schmetterling Verlag, S. 288.

Kanal bauten und andere Arbeiter, die während der gesamten Kämpfe auf einer Baustelle ihrer Arbeit nachgegangen sind. Ermordet wurden Krankenschwestern des Roten Kreuzes und Arbeiter, die in einem Büro in Umsetzung des Waffenstillstandsabkommens Waffen eingesammelt hatten, um sie zu übergeben. Erschossen wurden auch einige Überläufer und Deserteure der Freikorps, denen das Vorgehen ihrer eigenen Truppen die Augen geöffnet hatte und die sich an dem Morden nicht beteiligen wollten. Allein in der Stadt Pelkum wurden einige Hundert, wahrscheinlich etwa 300 Rotarmisten im Kampf und nach ihrer Kapitulation erschossen¹²³. Freikorps unter Albert Leo Schlageter (der später als rechtsextremer Terrorist von den Franzosen hingerichtet wurde) beschossen die proletarischen Wohngebiete von Bottrop mit Artillerie. Bei Paderborn wurde vorübergehend ein Konzentrationslager für gefangene Ruhrarbeiter eingerichtet. Das Morden dauerte über einhalb Monate an, weitaus länger als die Rote Ruhrarmee existiert hatte¹²⁴. Die Zahl der im Ruhrgebiet Ermordeten wurde nie genau gezählt. Gietinger schätzt sie auf 1500, Schwarz gibt eine Zahl von mindestens 2500 an¹²⁵.

In der bürgerlichen Geschichtsfälschung wurde lange Zeit bewusst der Mythos verbreitet, es habe umgekehrt im Ruhrgebiet auch einen „Roten Terror“ und „Gräueltaten“ der Arbeiter gegen politische Gegner gegeben. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um frei erfundene Propaganda. Gietinger hat aus dem gesamten Ruhrgebiet aus verschiedenen Quellen nur drei Fälle ausfindig machen können, wo jemand außerhalb von Kampfhandlungen von den Arbeitern getötet wurde: Ein reaktionärer Zechendirektor, der von einer aufgebrachten Arbeitermenge gelyncht wurde, ein Spitzel der Regierung, der in Selbstjustiz von zwei Arbeitern erschossen wurde und ein gefangener Soldat, für dessen Erschießung aber ein eingeschleuster Provokateur des Staates verantwortlich war. In keinem dieser Fälle wurde jemand auf zentrale Anordnung der Räte oder der Roten Armee getötet¹²⁶. Auch von den gefangen genommenen Putschisten wurde niemand, nicht einmal die Kommandeure der frühfaschistischen Freikorpsseinheiten, exekutiert, obwohl dies die Erfolgsaussichten der Roten Armee erhöht hätte. Gedankt wurde den Arbeitern ihre extreme Milde im Umgang mit dem Feind nicht, ganz im Gegenteil.

123 Leo Schwarz (2020d): Hakenkreuze an der Wand. In: junge Welt. 26.3.2020.

124 Klaus Gietinger (2020): Kapp-Putsch. 1920, Abwehrkämpfe, Rote Ruhrarmee. Stuttgart: Schmetterling Verlag, S. 225–261.

125 Ebd., S. 261; Leo Schwarz (2020d): Hakenkreuze an der Wand. In: junge Welt. 26.3.2020.

126 Klaus Gietinger (2020): Kapp-Putsch. 1920, Abwehrkämpfe, Rote Ruhrarmee. Stuttgart: Schmetterling Verlag, S. 237f.

Ihrem Selbstverständnis nach, das z.B. in dem Eid der Rotarmisten zum Ausdruck kam, war die Rote Ruhrarmee eine revolutionäre Armee, deren Ziel der Sozialismus war. In ihrem konkreten Kampf konzentrierte sie sich aber weitgehend auf die Zerschlagung der reaktionären Truppen und die Beseitigung der Machtgrundlagen der faschistischen Reaktion, nicht auf die Übernahme der politischen Macht und die Errichtung der Diktatur des Proletariats. So wurde die Fortführung der Kämpfe nach dem Zusammenbruch des Putsches so begründet: „Kapp, Lüttwitz und Noske sind zwar zurückgetreten, aber das System Noske-Lüttwitz besteht weiter. Jetzt muss weitergekämpft werden, bis die Reichswehr, Einwohnerwehr, Zeitfreiwilligen und grünen Sicherheitspolizisten entwaffnet sind und die werktätige Bevölkerung bewaffnet ist.“¹²⁷. Ziel war also vorläufig eine Verbesserung der Kräfteverhältnisse im Klassenkampf durch Zerschlagung der besonders reaktionären militärischen Formationen und Legalisierung der Arbeiterbewaffnung. Außerdem zeigt sich auch hier, dass für die Ruhrarbeiter SPD-Reichswehrminister Noske richtigerweise in dieselbe Kategorie der Konterrevolution gehörte wie die Putschisten Kapp und Lüttwitz. Wenn antikommunistische „Historiker“ wie z.B. Reinhard Sturm in einem Text für das staatliche Propagandaorgan „Bundeszentrale für politische Bildung“ darüber phantasieren, der Kampf der Roten Ruhrarmee sei ein „Linksputsch“ und eine „Märzrevolution“ gewesen, dann ist das nicht nur gelogen, sondern dient dazu, die geschichtsrevisionistische These vom „Kampf der Republik gegen die zwei Extreme“ zu untermauern¹²⁸.

Für die Machtübernahme in ganz Deutschland bestanden, aufgrund des schnellen Abebbens des bewaffneten Widerstands in allen anderen Regionen, im März 1920 wohl auch keine Erfolgsaussichten. Vor allem aber fehlte den meisten Arbeitern trotz all ihres Heroismus noch der politische Horizont, um den Abwehrkampf gegen die reaktionären Militärs in einen offensiven Kampf um die Macht zu übersetzen. Dafür war die KPD viel zu neu, viel zu unerfahren, politisch unreif und unklar und auch viel zu wenig unter den Ruhrarbeitern verankert. Hätte es in Deutschland zum Zeitpunkt des Kapp-Putsches hingegen eine kampferfahrene kommunistische Partei mit Masseneinfluss gegeben, dann hätte im Osten eine reale Chance auf die Bildung einer zweiten Roten Armee bestanden, wofür es ja bereits Ansätze gab. Gemeinsam mit proletarischen Aufständen in den anderen Großstädten, zu denen die Arbeiter ja offen-

127 Leo Schwarz (2020d): Hakenkreuze an der Wand. In: junge Welt. 26.3.2020.

128 Reinhard Sturm (2011): Kampf um die Republik 1918–1923. Online: bpb.de/themen/nationalsozialismus-zweiter-weltkrieg/dossier-nationalsozialismus/39531/kampf-um-die-republik-1919-1923/, abgerufen am 19.6.2025.

sichtlich bereit waren, hätten die beiden Roten Armeen die Kräfte der Konterrevolution wahrscheinlich überfordert und den Kampf um die Macht siegreich zum Ende führen können. Doch dies zu beurteilen, bleibt Spekulation.

Die Lehren

Die Rote Ruhrarmee wird heute in der bürgerlichen Geschichtsschreibung wie eine relativ unwichtige Episode deutscher Geschichte behandelt, im Geschichtsunterricht kommt sie meistens selbst in der Oberstufe gar nicht vor – selbst in Nordrhein-Westfalen. Für uns als Kommunistinnen und Kommunisten ist die Beschäftigung mit der Geschichte jedoch mehr als nur die Befriedigung eines persönlichen Interesses, geschweige denn das Schwelgen in glorreichen vergangenen Zeiten. Einerseits stellt die Befassung mit unserer Geschichte, der Geschichte der revolutionären und speziell der kommunistischen Arbeiterbewegung, eine unverzichtbare Kraftquelle dar, weil sie uns zeigt, welche Macht die Arbeiterklasse besitzt, wenn sie entschlossen und geschlossen ein Ziel verfolgt. Die Arbeiterklasse hat sich in den Märztagen des Jahres 1920 innerhalb weniger Tage ihre eigene Armee geschaffen, eine Armee unabhängig von den reaktionären Militärführern und allen anderen Organen des Ausbeuterstaates; eine Armee, die zwar nicht direkt für die Übernahme der politischen Macht kämpfte, aber objektiv eine dem bürgerlichen Staat entgegengesetzte Macht darstellte und von diesem auch eindeutig als solche erkannt und bekämpft wurde. Die Rote Ruhrarmee und ihr heldenhafter Kampf gehören zum besten, was die Arbeiterklasse Deutschlands und überhaupt der Klassenkampf der Unterdrückten gegen ihre Unterdrücker hervorgebracht hat.

Andererseits bietet die Geschichte auch wertvolle Lehren an, die für die Entwicklung der revolutionären Strategie heute dringend notwendig sind. Hervorzuheben sind dabei insbesondere die folgenden:

a. Die Macht der organisierten Arbeiterklasse

Erstens zeigt uns die Geschichte der Roten Ruhrarmee die enorme Macht, die eine organisierte Arbeiterklasse verkörpert. Der Generalstreik und die Selbstbewaffnung der Arbeiter vereitelten den ersten Versuch eines Übergangs zu einem auf nackten Terror gestützten Herrschaftstypus, dessen Träger später ideologisch nahtlos in den Nazismus übergingen. Diese Erfahrung unterstreicht, dass nur die organisierte Arbeiterklasse den Übergang der Bourgeoisie

zu einer solchen Herrschaftsform blockieren kann – und sich damit den Weg zur Revolution erleichtern kann.

b. Der faschistische Putsch vertiefte die revolutionäre Krise der bürgerlichen Herrschaft

Zweitens zeigte der Kapp-Putsch, dass der Übergang zur faschistischen Herrschaftsform für die Bourgeoisie mit Risiken behaftet ist, diese Herrschaft an sich destabilisieren und sogar eine revolutionäre Situation auslösen kann. Es zeigte sich, dass die unter vielen Marxisten verbreitete Vorstellung, wonach ein Erstarken der revolutionären Arbeiterbewegung ein gleichmäßiges Erstarken der faschistischen Reaktion nach sich ziehen muss, viel zu mechanistisch ist. Denn wenn auch der Aufbau der faschistischen Bewegung durch Teile der Bourgeoisie als Reaktion auf die revolutionären Krisen von 1918/19 und 1920 erfolgte, so war es gleichzeitig auch die Stärke der Arbeiterbewegung, die den Übergang zur faschistischen Herrschaftsform 1920 blockiert hat und mit einer ausreichend starken, strategisch klaren und disziplinierten kommunistischen Partei möglicherweise das Potenzial gehabt hätte, den Kampf bis zur endgültigen Befreiung der Arbeiterklasse und damit zur Vernichtung des Faschismus mit seinen Wurzeln zuende zu führen.

c. Kein dauerhafter Sieg ohne Führung durch die kommunistische Partei

Drittens erwies sich erneut, wie schon 1918/19, die herausragende Bedeutung der Führung aller Kämpfe durch die kommunistische Partei. Der Ruhrkampf war kein von einer revolutionären Partei geplanter und vorbereiteter Aufstand, er war im Kern eine spontane Abwehrreaktion der Arbeiterklasse auf einen Angriff des Klassenfeindes. Er hatte deshalb keine „rein revolutionären“ Charakteristika und die Zielvorstellungen der beteiligten Arbeiter gingen weit auseinander – von Teilen, die für die Diktatur des Proletariats kämpften bis zu anderen, die weiterhin große Illusionen in die bürgerliche Republik hegten. Der Name „Rote Armee“, der heutzutage in der Regel direkt mit dem Kommunismus in Verbindung gebracht wird, kann hier leicht in die Irre führen. Die Arbeiterklasse im Ruhrgebiet war politisch nicht ausreichend gereift, um sich geschlossen hinter einem kommunistischen Aufstand zu sammeln, trotzdem entwickelte sich 1920 in Deutschland und insbesondere im Ruhrgebiet aufgrund der objektiven Faktoren eine revolutionäre Situation. Nun bestand im März 1920 anders als im November 1918 zwar mit der KPD die revolutionäre

Partei der Arbeiterklasse, die auch seit ihrer Gründung zum Jahreswechsel 1918/19 bereits beeindruckende Schritte nach vorne gemacht hatte, aber immer noch viel zu schwach und unerfahren war, um die eindeutige Führung des Aufstandes zu übernehmen, die opportunistischen Kräfte aus dieser Führung zu verdrängen, den Aufstand durch entsprechende Revolten in den anderen Industriezentren zu unterstützen und zu entlasten und bis zur Übernahme der Macht zu kämpfen. Der Ruhraufstand entstand durch keinen Plan der KPD oder irgendeiner anderen Partei, aber die KPD beteiligte sich an ihm und versuchte ihn zu organisieren. Als die Aussichtslosigkeit der Lage klar wurde, versuchte sie eine Art geordneten Rückzug, bei dem möglichst günstige Bedingungen für die Arbeiterklasse herausgeschlagen werden sollten – sie unterschätzte aber wohl die Bereitschaft der SPD-Führung, jedes von ihr gegebene Wort sofort zu brechen. Die Tragik liegt darin, dass die Arbeiterklasse bereit war, zu kämpfen und dabei enorme Opfer zu bringen, aber gleichzeitig nicht organisiert genug war, um diesen Kampf auch zu gewinnen. Die Kommunisten konnten in dieser Situation kaum etwas anderes tun als diesen Kampf weiter zu unterstützen, auch als seine Aussichtslosigkeit offensichtlich wurde, weil die Alternative, nämlich das Proletariat mit seinem heroischen Kampf alleine zu lassen, keine Alternative war. Die Tragik bestand des Weiteren darin, dass die KPD und allgemein die Kommunistische Internationale (Komintern) aus diesen Erfahrungen lernten und ihre Schlussfolgerungen zogen – insbesondere die auf dem V. Weltkongress der Komintern 1924 beschlossene Bolschewisierung der kommunistischen Parteien –, dass aber die revolutionäre Krise in Deutschland nach 1920 wieder abebbte und somit die KPD zu dem Zeitpunkt, wo sie vielleicht bereit gewesen wäre, die Arbeiterklasse zum Sieg zu führen, die Gelegenheit dazu nicht mehr hatte. Die Worte von Engels über die „Kunst des Aufstandes“ wurden auch hier bestätigt:

„Erstens darf man nie mit dem Aufstand spielen, wenn man nicht fest entschlossen ist, alle Konsequenzen des Spiels auf sich zu nehmen. Der Aufstand ist eine Rechnung mit höchst unbestimmten Größen, deren Werte sich jeden Tag ändern können; die Kräfte des Gegners haben alle Vorteile der Organisation, der Disziplin und der hergebrachten Autorität auf ihrer Seite; kann man ihnen nicht mit starker Überlegenheit entgegentreten, so ist man geschlagen und vernichtet. Zweitens, hat man einmal den Weg des Aufstands beschritten, so handele man mit der

größten Entschlossenheit und ergreife die Offensive. Die Defensive ist der Tod jedes bewaffneten Aufstands“¹²⁹.

d. Die Sozialdemokratie als Steigbügelhalterin des und komplementäres Herrschaftsinstrument zum Faschismus

Viertens ist der Kampf des bürgerlichen Staates gegen die Rote Ruhrarmee ein weiteres, vielleicht sogar das schändlichste und entlarvendste Beispiel des Verrats der Sozialdemokratie an der Arbeiterklasse, die sie nach wie vor zu vertreten vorgab. Es war der gewaltige Generalstreik verbunden mit den bewaffneten Abwehraktionen des Proletariats, der die sozialdemokratisch geführte Reichsregierung vor dem Putsch der rechtsextremen Reaktion rettete. Und die SPD-Führung dankte den Arbeitern damit, indem sie genau mit denjenigen frühfaschistischen Kräften, die noch am Vortag gegen sie geputscht hatten, paktierte, um die kämpfende Arbeiterklasse in ihrem Blut zu ertränken. Wichtig ist dabei jedoch die Erkenntnis, dass es nicht der besonders abstoßenden Charaktere eines Friedrich Ebert, eines Gustav Noske, Carl Severing, Gustav Bauer oder Philipp Scheidemann geschuldet war, dass die SPD die Rolle als Waffe der Konterrevolution und Stütze der Kapitaldiktatur spielte, sondern der ureigenste Charakter der Sozialdemokratie selbst. Die Rolle des Reformismus bestand und besteht darin, den Klassenkampf auf Ziele innerhalb der kapitalistischen Herrschaft zu beschränken, ihn damit für das Kapital ungefährlich zu machen, ihn zu be- und verhindern. Die Sozialdemokratie bietet sich dem Kapital an, um einen Teil der Arbeiterklasse als Unterstützungsbasis für eine bestimmte Variante bürgerlicher Herrschaft zu gewinnen. Als Trägerin der bürgerlichen Herrschaft tut sie konsequenterweise auch alles, was erforderlich ist, um diese Herrschaft gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung zu verteidigen. Somit sind die Rollen von Sozialdemokratie und Faschismus im bürgerlichen Staat zwar nicht identisch, aber komplementär: Während die Sozialdemokratie stärker auf die Einbindung, Manipulation und Entwaffnung der Arbeiterklasse setzt, was Severing als ihr Vertreter im März 1920 meisterhaft bewies, sind die Faschisten die Bürgerkriegstruppe des Kapitals, derer sich die herrschende Klasse (und damit auch die Sozialdemokratie als Vertreterin dieser Klasse) bedient, wenn die Einbindungstaktiken nicht mehr greifen, oder auch, wie im Falle der Roten Ruhrarmee, *nachdem* die sozialdemokratische Taktik die Arbeiterklasse entwaffnet hat. 1918 bis 1920 befand sich die bürgerliche Herr-

129 Friedrich Engels (1851/1852): Revolution und Konterrevolution in Deutschland. In: MEW 8, S. 95.

schaft in Deutschland eigentlich bereits mehr oder weniger in ihrem offen terroristischen Modus, bevor für einige Jahre die liberal-„demokratische“ Variante der bürgerlichen Herrschaft vorherrschte, allerdings immer wieder „ergänzt“ und auch entlarvt durch den Ausbruch offenen Terrors wie beim Blutmai 1929. Der Putsch hätte somit eher eine graduelle, allerdings trotzdem gravierende Verschärfung des weißen Terrors bedeutet, indem die ausführenden Organe des bereits stattfindenden Staatsterrors, also Freikorps und Reichswehr, beanspruchten, direkt die legislative und Regierungsgewalt auszuüben und auch die geringen Schranken, die dem Massenterror noch bestanden, zu beseitigen.

Die Übergänge zwischen Sozialdemokratie und Faschismus als Varianten bürgerlicher Politik waren dabei jedoch auch teilweise fließend, wie das Beispiel Gustav Noske zeigt, der sich 1918/19 und auch wieder 1920 als „Bluthund“, also Schlächter der Arbeiterklasse betätigte und in den Staatsstreichplänen der extremen Rechten als Führer einer Militärdiktatur zur Vernichtung der Arbeiterbewegung vorgesehen war; Noske, der, obwohl er einer der Führer der SPD war, für die Arbeiter des Ruhrgebiets zum Symbol des faschistischen Terrors wurde, weshalb sie die Freikorpsoldaten mit dem Hakenkreuz durchgängig als „Noskes“ oder „Noskiden“ bezeichneten.

e. Die ambivalente Rolle der „Einheitsfront“ im Jahr 1920

Fünftens ist deshalb eine komplizierte, aber interessante Frage, wie die Zusammenarbeit der „Arbeiterparteien“ (als solche wurde auch die SPD trotz ihres konterrevolutionären Charakters bezeichnet, weil ihre Massenbasis proletarisch war) während des Ruhrkampfes einzuschätzen ist. In den Räten arbeitete die KPD mit Vertretern der schwankenden und im entscheidenden Moment immer versagenden USPD, aber eben auch der offen konterrevolutionären SPD und stellenweise sogar der DDP und Zentrumsparterie zusammen. Selbstverständlich war diese Zusammenarbeit auf lokaler Ebene etwas anderes als die Taktik der „Einheitsfront von oben“, die eine Zusammenarbeit mit der reichsweiten Führung der SPD anstrebte – diese hätte in der damaligen Situation die Zusammenarbeit mit Ebert, Noske und Severing bedeutet, also die Zusammenarbeit mit den schlimmsten Feinden und Schlächtern der Arbeiterklasse. Es handelte sich aber auch um keine reine „Einheitsfront von unten“, also um Aktionseinheit mit den sozialdemokratischen Arbeitern im Rahmen des gemeinsamen Kampfes, da auch die Parteiapparate auf lokaler Ebene beteiligt waren. Die mechanische Trennung zwischen „Einheitsfront“ und der

späteren „Volksfront“, die vom trotzkistischen Spektrum oft vorgenommen wird¹³⁰, erwies sich auch hier als künstlich und illusionär, denn zwischen der Rolle der SPD und der anderen „demokratischen“ bürgerlichen Parteien, also Zentrum und DDP, bestand kein grundsätzlicher Unterschied und Vertreter aller drei waren, wenn auch in unterschiedlichem Umfang, im Abwehrkampf gegen den Putsch involviert.

Vermutlich gab es im März 1920 keine Alternative dazu, innerhalb der Räte und auch im militärischen Kampf mit Repräsentanten bürgerlicher und opportunistischer Parteien zusammenzuarbeiten. Gleichzeitig war der starke Einfluss der SPD und vor allem auch der in den Räten einflussreicheren USPD auch ein eingebauter Selbstzerstörungsmechanismus für die Bewegung. Es war notwendig für die KPD, diesen Einfluss entschieden zu bekämpfen und zu schlagen, was aber in den zwei Wochen des revolutionären Krieges kaum möglich war. Auf der anderen Seite standen im westlichen Ruhrgebiet die ultralinken Strömungen der Arbeiterbewegung, die keinerlei taktische Notwendigkeiten anerkennen wollten und an denen Lenin wenige Wochen später begann, seine berühmte Kritik „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“ zu schreiben. Auch ihre Rolle war, trotz der Sympathie, die man ihnen entgegenbringen kann und trotz des Heroismus, mit dem sie die Reaktion bekämpften, nicht nur hilfreich und auch ihr Einfluss musste daher zugunsten des Einflusses der KPD zurückgedrängt werden. Die Frage, zu welchem Zeitpunkt der notwendige Bruch mit diesen Kräften endgültig vollzogen werden muss, ist eine taktische Frage.

f. Die Bedeutung der Nahrungsversorgung und Kontrolle strategischer Posten in der Revolution

Schließlich können aus dem Kampf der Roten Ruhrarmee auch Lehren für die Bedeutung der Kontrolle strategischer Verkehrswege und Ressourcen gezogen werden. Die Rote Armee geriet nicht zuletzt in die Defensive, weil sie von der Versorgung mit Nahrungsmitteln abgeschnitten wurde. Auch heute wäre ein

130 In der kommunistischen Strategieentwicklung wurde unterschieden zwischen der Einheitsfront von unten, der Einheitsfront von oben und der Volksfront. Bei der Einheitsfront von unten kämpfte die kommunistische Partei mit der Basis der anderen „Arbeiterparteien“ (womit einfach Parteien gemeint waren, die überwiegend Arbeiter organisierten) gemeinsam, jedoch nicht mit den sozialdemokratischen Führungen. Bei der Einheitsfront von oben richtete die KP auch Kooperationsangebote an die sozialdemokratischen Führungen (beispielsweise kamen diese zustande in Form der „Arbeiterregierungen“ in Thüringen und Sachsen 1923). Mit der Volksfront war eine Kooperation nicht nur mit den Führungen der sogenannten „Arbeiterparteien“, sondern auch anderer nicht-faschistischer bürgerlicher Parteien und den angeblich antifaschistischen Teilen der Bourgeoisie gemeint.

Volksaufstand, der nicht dauerhaft mit Nahrung (aber auch Wasser, Energie usw.) versorgt wird, zum Scheitern verurteilt. Auch deshalb erfordern solche Aufstände genaueste Planung, um Erfolg haben zu können.

Was bleibt also?

Die Lehre aus dem Kampf der Roten Ruhrarmee liegt darin, in jedem heute zu führenden Kampf dafür zu kämpfen, dass der Arbeiterklasse ihre Kraft bewusst wird und sie versteht, dass es in ihrer Hand liegt, wenn auch nur als gesamte Klasse, diese Welt der Ausbeutung und des Krieges aus den Angeln zu heben. Dabei kann und muss die Wiederaneignung der eigenen Geschichte, frei von den Verfälschungen, mit denen der Klassenfeind sie gespickt hat, eine wichtige Rolle spielen. Zweitens geht es darum, die zentrale Rolle der kommunistischen Partei in allen Klassenkämpfen und insbesondere in der Frage des Übergangs zum Sozialismus nie wieder zu unterschätzen oder zu verwässern (wie es auch heute oft geschieht, wenn Marxisten implizit über den Übergang zum Sozialismus reden, ohne dabei die führende Rolle der marxistisch-leninistischen Partei zu thematisieren). Schließlich ist es drittens geboten, absolute Klarheit über den konterrevolutionären Charakter der Sozialdemokratie zu entwickeln und diese Erkenntnis zu verbreiten.

„Die Gewalt soll gegeben werden dem gemeinen Volk“: Der Bauernkrieg von 1525 und seine Folgen

Hans Christoph Stoodt

Vor 500 Jahren, am 15. Mai 1525, siegten die Truppen des Feudaladels über die Bauern und Bürger, die sich ihnen unter Führung des evangelischen Pfarrers Thomas Müntzer in Thüringen zu einem vorläufig letzten Gefecht entgegenstellten. Tausende Aufständische starben im ungleichen Kampf gegen die professionellen Landsknechtstruppen der Fürstenkoalition. Müntzer wurde gefangengenommen, gefoltert und am 27. Mai hingerichtet.

Damit endete im Wesentlichen der Bauernkrieg, die größte revolutionäre Aktion auf deutschem Boden vor 1848/49 und 1918/19, mit einer Niederlage. Auch die bürgerlich-demokratische Revolution von 1848 und der Versuch einer proletarischen Revolution im November 1918 und den folgenden Monaten endeten mit Niederlagen und scheiterten daran, die notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen durchzusetzen, obwohl der historische Moment dafür gegeben war. Die spezifische Form, in der in Deutschland die bürgerliche Gesellschaft den Feudalismus ablöste, spiegelt sich in diesen drei Ereignissen und ihrer Verbindung untereinander besonders deutlich wider. Im Folgenden soll dargestellt werden, wie der Bauernkrieg verlief, warum er mit einer Niederlage endete und welchen Stellenwert das für die Herausbildung bürgerlicher Verhältnisse in der deutschen Geschichte hatte. Abschließend wird erläutert, wie diese Abfolge von Ereignissen von den Klassikern des Marxismus und der historisch-materialistischen Geschichtswissenschaft diskutiert wurde und wird.

Der Übergang vom Feudalismus zur bürgerlichen Gesellschaft und seine besondere Form in den deutschen Territorien

Anders als in Frankreich und England konnten sich in Deutschland und Italien starke politische Zentralmächte erst im 19. Jahrhundert durchsetzen. Während in England und Frankreich Jahrhunderte früher ein Bündnis aufstrebender bürgerlicher Kräfte aus den Städten mit einem König den großen Adel und damit auch den kirchlichen Feudaladel nach und nach politisch dominieren konnte, gelang das in Deutschland nie. Das hatte Konsequenzen für die Entwicklungsformen des im Schoß der feudalen Gesellschaft entstehenden Kapitalismus.

In den sich vielfach überschneidenden, immer komplexeren Herrschafts- und Ausbeutungsbeziehungen des europäischen, weltlichen und kirchlichen Feudaladels stellte das Königtum, wie Friedrich Engels in seiner Schrift *Über den Verfall des Feudalismus und das Aufkommen der Bourgeoisie* bemerkt, ein „progressives Element“¹³¹ dar – geeignet, im Bündnis mit den sich in den Städten entwickelnden bürgerlichen Experten des Rechts und der Verwaltung sowie des Handelskapitals die Macht der größeren und kleineren Feudalherren in Schach zu halten und auf der ökonomischen Basis einer sich allmählich überall durchsetzenden Ware-Geld-Beziehung¹³² zurückzudrängen.¹³³ Im Auflösungsprozess der feudalen Herrschaft konnte es so in Frankreich und England im Verlauf des 17. und 18. Jahrhunderts zu zentralisierten Nationalstaaten kommen, die einen stabilen Machtrahmen für die Entwicklung des frühen Kapitalismus bildeten, bis dieser sich im 19. Jahrhundert dann voll durchsetzte. Anders im (erst später so genannten) Deutschland, wie schon Friedrich Engels feststellte: „In ganz Europa gab es nur zwei Länder, in denen das Königtum und die ohne es damals unmögliche nationale Einheit gar nicht oder nur auf dem Papier bestanden: Italien und Deutschland.“¹³⁴

131 MEW 21, S. 397.

132 „Lange, ehe die Ritterburgen von den neuen Geschützen in Bresche gelegt, waren sie schon vom Geld unterminiert; in der Tat: das Schießpulver war sozusagen bloß der Gerichtsvollzieher im Dienst des Geldes“ (ebd., S. 394).

133 Vgl. ebd., S. 395.

134 Ebd., S. 401.

Vor dem Hintergrund dieser besonderen Stellung Deutschlands in Europa lässt sich verstehen, warum der bürgerliche Nationalstaat hier erst vergleichsweise spät entstand. Er wurde schließlich 1871 auf den Trümmern der Commune von Paris und „von oben“, in einem reaktionären, gegen die Arbeiterklasse gerichteten Bündnis von preußischem König, ostelbischen Junkern und Großbourgeoisie wie der Krupp-Unternehmersdynastie gegründet.

Eine zentrale Rolle für den besonderen deutschen Entwicklungsweg am Ende des Mittelalters und in der frühen Neuzeit bildete eine Serie von unterschiedlichen revolutionären Bewegungen, deren Höhepunkte die Reformation und der Bauernkrieg bildeten. Seit den 1950er Jahren hat sich, inspiriert von der sowjetischen Geschichtsschreibung,¹³⁵ in der historisch-materialistischen Geschichtswissenschaft für diese Epoche der Begriff der „deutschen frühbürgerlichen Revolution“ etabliert, der auf Friedrich Engels 1884 formulierte Notizen zum deutschen Bauernkrieg Bezug nimmt – mehr dazu später. Der in sich vielfältig differenzierte Bauernkrieg von 1525 stellte in seinem linken Flügel den militantesten, radikalsten und am weitesten vorangetriebenen Angriff auf die überkommene Feudalordnung in den deutschen Territorien dar. Sein Scheitern hatte weitreichende Konsequenzen.

Dezentralisierte Zentralisation: Klassenkämpfe in Deutschland um 1500

Um 1500 lebten in den deutschen Territorien etwa 13 Millionen Menschen, davon waren etwa 90 Prozent Bauern und deren Familien. Die sozialökonomische Entwicklung in den deutschen Gebieten des Reichs verlief uneinheitlich und widersprüchlich, aber insgesamt in Richtung der Herausbildung kapitalistischer Verhältnisse. Noch aber war nicht klar, wann, in welchen konkreten Formen und mit welchem politischen Überbau das geschehen würde. Deutschland im heutigen Sinne existierte noch nicht. Die später deutsch genannten Gebiete, in denen sich seit dem Frühmittelalter der Feudalismus herausgebildet hatte, verfügten über keine gemeinsame Sprache und keinen gemeinsamen

135 Den entscheidenden Anstoß lieferte M.M. Smirin mit seinem Werk „Die Volksrevolution des Thomas Münzer und der große Bauernkrieg“ (Moskau 1947, deutsche Übersetzung Berlin 1952, zweite Auflage 1965 – ab hier: Smirin 1947). In der Einführung der zweiten Auflage in deutscher Übersetzung, S. 5–78, legt Smirin eine ausführliche Darstellung der Diskussion zu Bauernkrieg und Reformation von Friedrich Engels bis zu seiner Zeit vor.

Markt. Es fehlt im 15. und frühen 16. Jahrhundert nicht an Forderungen, dies zu ändern, aber an sozialen Trägern, die diese Forderungen hätten durchsetzen können. Dies trifft etwa auf Teile der Kirche zu, die eine stärkere Macht der Konzilsversammlungen verlangte, aber auch auf die vielfachen Ideen einer Reform der politischen Institutionen des Reichs zur Begrenzung der päpstlichen Macht bereits im 15. Jahrhundert.

Die wirtschaftliche Entwicklung verlief uneinheitlich. In einzelnen Gebieten gewann der Bergbau eine entscheidende Bedeutung (Mansfelder Revier, Erzgebirge, Ostalpen) und legte den Grund für die Entstehung von Handels-, Zins- und Bankkapital, in anderen Gebieten konnten Textilerzeugung, Schiffbau, Metallverarbeitung und Buchdruck noch keine ähnliche Rolle spielen, tendierten aber dazu. Auf dem Land herrschte weiterhin einfache Warenproduktion, in den Städten hemmte die Zunftordnung das Entstehen des Kapitalismus. Dennoch: Teile des Bürgertums in den Städten gingen im Rahmen dieser gebremsten Entwicklung zu kapitalistischer Produktion in Manufakturen und der Heimarbeit eines entstehenden Proletariats in Form des Verlagswesens¹³⁶ über. Einigen wenigen Unternehmen gelang es, besonders begünstigt durch ihr Eindringen in den Kupfer- und Silberbergbau, rasant zu großen Kapitalgesellschaften aufzusteigen, die sehr schnell zu mächtigen politischen Akteuren wurden. So etwa die Unternehmerdynastien der Familien Fugger und Welser, deren ungeheurer Reichtum das Entstehen von ersten Formen des Bankkapitals begünstigte. Aber das bildete die Ausnahme und führte eben nicht zu einer allgemeinen kapitalistischen Entwicklung, sondern begünstigte sogar in seiner speziellen „deutschen“ Form die Verhinderung einer solchen Entwicklung durch die enge Kooperation mit dem hohen Feudaladel. Dieser trieb seine dezentralen Interessen voran. Der DDR-Historiker Manfred Kossok merkte dazu einmal an: „Die Schwäche der frühkapitalistischen Entwicklung in Deutschland bestand darin, daß sich das Handels-, Bank- und Wucherkapital in das bestehende Feudalsystem weitgehend einpasste. ... Auch bleibt zu beachten, daß die frühkapitalistische Entwicklung auf regionale Zentren, die nicht selten gegeneinander gerichtete Sonderinteressen verfolgten, eingegrenzt blieb...., d.h. dieselben Triebkräfte, die in anderen Staaten auf nationale Zentralisation drängten, begünstigten im Fall des heiligen Römischen Reichs infolge der spezifischen politischen Machtverhältnisse die territoriale Aufsplitterung (,dezen-

136 Das Verlagswesen war eine historische Form der Produktion, in der ein Verleger einem Heimarbeiter Rohstoffe „vorlegte“ und die Waren nach Produktion in Heimarbeit dann weiterverkaufte.

tralisierte Zentralisation“).¹³⁷ Aufgrund dieser Lage gelang es Adel und Klerus, über Steuern und Abgaben einen wesentlichen Teil des entstehenden Kapitals in ihr Eigentum umzulenken.

Entscheidende Widersprüche der Zeit sind einerseits die zwischen neu entstehender Bourgeoisie in den Städten und dem weltlichen wie kirchlichen Feudaladel, andererseits die sich verschärfenden Kämpfe zwischen Feudaladel und den Bauern. Gerade auch leistungsstärkere Bauernwirtschaften, die begannen, ihre Erzeugnisse auf den Markt zu bringen, unterlagen verschärfter Ausbeutung bis hin zu neuen Formen der Leibeigenschaft, besonders in Südwestdeutschland. Dies führte bereits im späten 15. und frühen 16. Jahrhundert immer wieder zu bäuerlichen Aufständen wie dem „Armen Konrad“ (1514), den Bundschuhaufständen mit Joß Fritz als herausragendem Organisator, dem Österreichischen Bauernkrieg von 1515 und anderen. Zu neuen Formen gesellschaftlicher Klassenwidersprüche entwickelten sich die Kämpfe zwischen der entstehenden Bourgeoisie und dem sich entwickelnden Proletariat, insbesondere im Bergbau. Daneben gab es innerhalb der herrschenden Klasse, den Feudaladligen, interne Auseinandersetzungen zwischen dem hohen und dem niedrigen Adel, zwischen der schwachen Zentralgewalt des Kaisers und den relativ starken Fürsten, die ein Interesse daran zeigten, vom feudalen Personenverbandsstaat zu Territorialstaaten überzugehen,¹³⁸ was wiederum die Herausbildung eines gemeinsamen Marktes und Staats bremste und behinderte. Die deutschen Territorien entwickelten sich darum in einer spezifischen Form der „dezentralisierten Zentralisation“.¹³⁹

Diese facettenreiche Entwicklung begünstigte es, dass erhebliche Teile des gesellschaftlichen Mehrprodukts nicht für eine kapitalistische Entwicklung zur Verfügung standen. Gerade der kirchliche Feudaladel verschleuderte das durch

137 Manfred Kossok: In Tyrannos. Revolutionen der Weltgeschichte von den Hussiten bis zur Commune, Leipzig 1989, S. 29.

138 Feudale „Staaten“ existierten im Hochmittelalter als Menschengruppen, die einem Herrscher durch persönliche Loyalität zu Heeresfolge oder Abgaben verpflichtet waren. Dieselbe Person konnte so zu unterschiedlichen, einander überschneidenden Personenverbänden gehören. Der Übergang zu Territorialstaaten in der frühen Neuzeit legt demgegenüber die Basis für die Herausbildung einheitlicher Herrschaftsbereiche, in denen die Zugehörigkeit von Untertanen durch das Territorium und nicht mehr durch die persönliche Loyalität gegeben waren.

139 Max Steinmetz: Deutschland 1476 – 1648 (Lehrbuch der deutschen Geschichte. Beiträge, Band 3), Berlin/DDR 1978, S. 15 – 175; Siegfried Hoyer: Die deutsche frühbürgerliche Revolution, in: Manfred Kossok: Revolutionen der Neuzeit. 1500 – 1917, Berlin/DDR 1982, S. 19–34; Autorenkollektiv unter Leitung von Adolf Laube, Max Steinmetz, Günter Vogler: Illustrierte Geschichte der deutschen frühbürgerlichen Revolution, Berlin/DDR 1974 (ab hier: Illustrierte Geschichte), S. 7–52.

Abgaben angeeignete Vermögen in einem teils mit riesigen Summen geführten korrupten Kampf um Ämter und die mit ihnen gegebenen erweiterten Ausbeutungsmöglichkeiten, aber auch für Luxus- und Repräsentationsausgaben. Für letzteres war der Bau des Petersdoms in Rom das bekannteste Beispiel. Für ersteres spielten später die Vorgänge um die nach kirchlichem Recht illegale Ämterhäufung des Mainzer Erzbischofs Albrecht von Brandenburg eine wichtige Rolle, ermöglicht durch die Bestechung des Papstes. Dies wurde wiederum durch einen Kredit bei der Unternehmerdynastie der Familie Fuggern finanziert, dessen Refinanzierung durch den Ablasshandel besonders abstoßende Formen annahm, um Menschen das Geld aus der Tasche zu ziehen. Insgesamt spielten diese Episoden, ähnlich wie die Bestechungen um die Wahl des späteren Kaisers Karl V. (1519), für die Auslösung der Reformation und damit der frühbürgerlichen Revolution eine bedeutende propagandistische Rolle.

Luther oder Müntzer: Revolution in der Theologie oder Theologie in der Revolution?

Als Beginn der Reformation wird üblicherweise der 31. Oktober 1517 gefeiert. An diesem Tag soll der damalige Wittenberger Theologe Martin Luther¹⁴⁰ 95 Thesen an die Tür der Schlosskirche geheftet haben, mit denen er zu einer öffentlichen Disputation um das Ablasswesen aufrief. Dieser Akt machte ein sehr viel allgemeineres Problem deutlich und wirkte deshalb wie ein Brandsatz – auch weil der erst vor kurzem entwickelte Buch- und Flugschriftendruck mit beweglichen Lettern möglich machte, dass die Thesen in kürzester Zeit allgemein bekannt wurden. Im Kern besagten sie: Der Ablasshandel ist nichtig. Es sei weder nötig noch möglich, durch Erwerb eines schriftlichen „Ablassbriefs“ in Geldform kirchliche Sündenstrafen abzuleisten, die man für die kirchliche Absolution von gebeichteten Sünden auf sich zu nehmen hatte.

Konkreter Hintergrund war das oben genannte Interesse des Mainzer Erzbischofs, durch den intensivierten Handel mit Ablassbriefen in seinem Territorium seinen Kredit bei den Fuggern zu refinanzieren. Sehr zum Ärger des sächsischen Kurfürsten Friedrich sollte dieser Handel auch auf dessen Territorium

140 Zur Biografie Luthers: Gerhard Brendler: Martin Luther – Theologie und Revolution. Eine marxistische Darstellung, Köln 1983.

ausgedehnt werden, das teilweise der geistlichen Jurisdiktion des Mainzer Erzbischofs angehörte. Kurfürst Friedrich hatte, damit seine Untertanen ihr Geld nicht auf unsicheren und weiten Wallfahrten nach Rom, Jerusalem oder Santiago de Compostela, sondern in seinem Territorium ausgaben, eigens eine riesige Sammlung von Reliquien angekauft, die unter anderem einen Teil der Windeln Jesu aus der Krippe im Stall von Bethlehem zu enthalten behauptete.¹⁴¹ Zu solchen Reliquien auf Wallfahrt zu gehen war nicht selten Teil einer kirchlichen Sündenstrafe oder galt als religiöser Verdienst. Die kurfürstliche Reliquiensammlung war folglich ein Versuch, Menschen und Geld im Land zu halten. Darum verbot Friedrich den Ablasshändlern des Mainzer Erzbischofs ihren Beutezug auf das Geld der kurfürstlichen Untertanen in seinem Territorium – und Martin Luther lieferte die theologische Grundlage dafür, indem er dem Ablasshandel generell die theologische Grundlage entzog.

Die rasch eskalierende theologisch-politische Auseinandersetzung führte zu Luthers zentralen Aussagen, die das gesamte mittelalterliche theologische und kirchenrechtliche Selbstverständnis der Feudalkirche vollständig in Frage stellten und zur Kirchenspaltung führten:

- Die Existenz der Kirche dient der Predigt biblischer Aussagen, aber nicht der durch die Kirche exklusiv vermittelten Heilsgewissheit.
- Jeder gläubige Mensch steht gleichsam unmittelbar, ohne kirchliche Vermittlung oder die Fürsprache von „Heiligen“, Gott gegenüber – die Kirche ist als Vermittlungsinstanz dafür letztlich überflüssig.
- In Theologie und Kirche gilt nur das, was sich aus der Bibel ableiten lässt (und nicht menschliche Regeln, die stets an partikularen Interessen orientiert sind).

Mit diesen und vielen weiteren Aussagen und praktischen Maßnahmen zerstörte die reformatorische Theologie, die in der Zeit weniger Monate zur Volksbewegung wurde, das fast 1000 Jahre alte Selbstverständnis der mittelalterlichen Gesellschaft. Dieses war zuvor zentral geprägt durch die bisherige Kirche und ihre Ordnungen. Luther wurde insbesondere durch seine programmatische Schrift *An den christlichen Adel deutscher Nation* von 1520, die auf

141 Heiko A. Oberman: Die Kirche im Zeitalter der Reformation (Kirchen- und Theologiegeschichte in Quellen, Bd. III), Neukirchen 1981, S. 17.

älteren Forderungen aufbaute und Forderungen der sich entwickelnden humanistischen Wissenschaften aufgriff,¹⁴² im Lauf kurzer Zeit zum Sprecher der entstehenden Bewegung. Diese hatte ein klar antifeudales Potential, blieb aber in ihrer Stoßrichtung von Seiten Luthers zugleich strikt im Rahmen eines Bündnisses mit den weltlichen, territorialstaatlichen Fürsten. Auf diese Weise wurde deren bittere Konkurrentin, die Feudalkirche mit ihren zahllosen Territorien und Einnahmequellen, aus dem innerfeudalen Konkurrenzverhältnis ausgeschlossen. Das führte Luther als möglichen Verbündeten auch an die Seite der städtischen Bourgeoisie und des niederen Adels wie etwa der Reichsritterbewegung, die je auf ihre Weise unter der Ausbeutung des kirchlichen Feudaladels litten.

Diese in sich widersprüchliche historische Situation spiegelte sich in den ökonomischen und politischen Forderungen der Reformschrift von 1520 wider. Dies ist der bleibende historische Verdienst Luthers in der deutschen politischen Geschichte, was etwa Marx zu der Bemerkung führte, Luther sei „der älteste deutsche Nationalökonom“¹⁴³ gewesen. In diesem Sinn ist Luther ein Analyst der ökonomisch-politischen Verhältnisse Deutschlands zu Beginn der frühen Neuzeit gewesen, der für „Deutschland“ im Rahmen des Heiligen Römischen Reichs die bis dahin ungelöste nationale Frage formulierte. Gleichzeitig stellte er damit objektiv auch die Frage nach dem Übergang vom Feudalismus zur bürgerlichen Gesellschaft. Dass er das in einer weitgehend theologischen Sprache tat, entsprach der Funktion der Theologie als der damals noch immer entscheidenden Form gesellschaftlicher Selbstverständigung.

Doch dauerte es nur kurze Zeit, bis sich die Reformation als Bewegung selbst entsprechend der Fraktionen und inneren Klassenwidersprüche ausdifferenzierte – bis hin zur direkten Konfrontation ihrer entstehenden unterschiedlichen Flügel miteinander. Bereits 1521 konnte Luther die über ihn verhängte Reichsacht – also ein Urteil, das ihn faktisch aus der Gesellschaft ausstieß und ihn zum Vogelfreien machte – nur überstehen, weil er durch Kurfürst Friedrich geschützt wurde. Dies geschah, indem Luther zum Schein auf die Wartburg entführt und dort längere Zeit verborgen gehalten wurde (was er zur Arbeit an der Übersetzung der Bibel nutzte, wodurch er einen unüberbietbar großen Anteil an der Entwicklung einer einheitlichen deutschen Sprache gewann). Radi-

142 Einen Überblick gibt der Wikipedia-Artikel zum Thema.

143 Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin/DDR 1953, S. 891; vgl. Günter Fabiunke: Martin Luther als Nationalökonom, Berlin/DDR 1962.

kalere Kräfte der Reformation entstanden vielerorts und forderten – nun in der Regel mit Berufung auf die Bibel – kirchliche, aber auch politische Reformen bis hin zu Forderungen nach radikaler Gleichheit aller Menschen in der Gesellschaft, ja sogar der vollständigen Gütergemeinschaft.

Luther widersprach solchen Stimmen früh und mit wachsender Entschiedenheit, beginnend mit seinem Auftreten in den „Wittenberger Unruhen“. Hier war es im Frühjahr 1522, ausgehend von Luthers Positionen kirchenrechtlicher und theologischer Art, zu einer gewissen Radikalisierung der Bewegung gekommen. Darauf konnte Luther, der immer noch auf der Wartburg saß, keinen Einfluss nehmen. Auf eigene Faust aus der Sicherheit des kurfürstlichen Asylorts abreisend, fuhr er nach Wittenberg und griff – durchaus im Interesse des Kurfürsten – mäßigend auf die Bewegung gegen Zölibat, Mönchtum, Bilderverehrung und für einen deutschsprachigen Gottesdienst ein. Dieses lokale Ereignis von Luthers sogenannten „Invocavit-Predigten“ (Predigten während der kirchlichen Fastenzeit vor Ostern) hatte erneut allgemeine Bedeutung. Es markiert Luthers Übergang vom Sprecher der gesamten reformatorischen Bewegung zum Parteigänger auf deren gemäßigtem Flügel. Dieser orientierte auf eine Koalition von Reformation und Territorialfürsten bei – im Wesentlichen – Aufrechterhaltung der „weltlichen“ gesellschaftlichen Strukturen, ein Programm der bürgerlich-gemäßigten Reformen im nicht infrage gestellten Machtrahmen der Fürsten.¹⁴⁴

Diesem Programm stand in zunehmender Verbreitung das Programm der radikalen Reformation¹⁴⁵ gegenüber. Die Wittenberger Unruhen im März 1522 waren mitausgelöst worden durch die Ankunft der sogenannten „Zwickauer Propheten“ in Wittenberg am 27. Dezember 1521, im Zentrum der Reformation. Bei ihnen handelte es sich um eine seit 1520 aktive Gruppe von sogenannten Tuchknappen aus einem der Zentren der sächsischen Textilproduktion, Zwi-

144 Rosemarie Müller-Streisand: *Luthers Weg von der Reformation zur Restauration*, Halle (Saale) 1954; *Illustrierte Geschichte*, S. 147–151; *Das bürgerlich gemäßigte Reformprogramm*, in: *Illustrierte Geschichte*, S. 129–132.

145 Der Begriff „radikale Reformation“ hat in den vergangenen Jahren den des „linken Flügels der Reformation“ verdrängt. Überblick über ihre wichtigsten Repräsentanten: Hans Jürgen Goertz (Hg.): *Radikale Reformatoren. 21 biographische Skizzen von Thomas Müntzer bis Paracelsus*, München 1978 (ab hier: *Radikale Reformatoren*). Das Milieu und die Diskussionen der radikalen Reformation wird ausgezeichnet im 1999 unter dem Pseudonym Luther Blissett veröffentlichten Roman „Q“ dargestellt. Diese Arbeit eines bis heute anonymen Kollektivs italienischer Linksradikaler stellt im vorzüglich recherchierten historischen Stoff des 16. Jahrhunderts in Form des fiktiven Berichts eines Doppelagenten der Inquisition zugleich die Geschichte der italienischen Gruppen links des PCI im ausgehenden 20. Jahrhundert dar.

ckau, also einem frühproletarischen Milieu stammend. Dort waren sie auf den Luther-Schüler und -Freund, den reformatorischen Theologen und Pfarrer Thomas Müntzer¹⁴⁶ getroffen und beide Seiten hatten einander beeinflusst.

Der entscheidende Gegensatz zu Luther bestand in der Art der Bibel-Interpretation. Für Luther war die Bibel als schriftlich fixiertes Dokument die Grundlage jeder Diskussion – alle Beteiligten mussten sich immer wieder auf ihren genauen Wortlaut beziehen. Für Müntzer lebte Schriftauslegung aus dem, was er das „innere Licht“ nannte: Assoziationen, Eingebungen, spontane Interpretationen, die als Wort des anwesenden heiligen Geistes verstanden wurden, sich aber nicht im Bibeltext objektiv überprüfen ließen.¹⁴⁷ Das führte zu radikalen Konsequenzen, die im Verlauf der weiteren Ereignisse zum Gesellschaftsprogramm der radikalen Reformation beitrugen.

Dieses Programm war keineswegs identisch mit dem aller Bauern während des nun folgenden Bürgerkriegs von 1524 bis 1526, sondern stellt auch in dessen Zusammenhang den äußersten linken Flügel dar. Der sowjetische Historiker Smirin hat dieses Programm in seinem bereits genannten Buch von 1947 als das einer „Volksreformation“ gekennzeichnet. Zu greifen ist es weniger in einem zusammenfassenden Text als im Verlauf der Tätigkeit Müntzers, seiner auf einzelne Entwicklungen eingehenden Schriften und Briefe.

Müntzers Bedeutung besteht in der mystisch¹⁴⁸ inspirierten theologischen Radikalität und dem Versuch ihrer praktischen, gesellschaftlichen Verwirklichung, für die es durchaus eine objektive Grundlage gab: „Für die wohlhabenden Schichten wurde die Reformation zum Vorwand, um sich auf Kosten der ärmeren zu bereichern. Auf diese Weise betrog man die Volksmassen um die Früchte ihres Kampfes und um ihre berechtigte Hoffnung auf eine fühlbare

146 Hier soll die Biografie Müntzers ebenso wenig wie die Luthers dargestellt werden; vgl. zu den entscheidenden Stationen in Müntzers Leben und Wirksamkeit Smirin 1947; Illustrierte Geschichte, S. 120–122, 133–136, 151f., 195–200, 213–215, 217–221, 262–275; Günther Franz, Paul Kirm (Hg.): Thomas Müntzer: Schriften und Briefe. Kritische Gesamtausgabe, Gütersloh 1968; Hans Jürgen Gortz: Thomas Müntzer: Revolutionär aus dem Geist der Mystik, in: Radikale Reformatoren, S. 30–44; Gerhard Brendler: Thomas Müntzer: Geist und Faust, Berlin/DDR 1989; Günter Vogler, Thomas Müntzer, Berlin/DDR 1989.

147 Edmund Weber: Martin Luthers Obrigkeitslehre und die politische Mystik Thomas Müntzers, in: Hans Christoph Stoodt, Edmund Weber (Hg.): Theion. Jahrbuch für Religionskultur, Bd. II – Interreligiöse Beziehungen – Konflikte und Konvergenzen, Frankfurt am Main 1993, S. 101–116.

148 „Mystisch“ heißt hier nicht wie im umgangssprachlichen Sinn so etwas wie „irrational“ oder „unverständlich“, sondern ist wie oben im Zusammenhang der „Zwickauer Propheten“ zu verstehen, vgl. dazu auch den schon genannten Text von Edmund Weber.

Besserung ihrer Lage. Das wurde im Jahr 1524 weithin deutlich, als in zahlreichen Reichsstädten die Reformation im bürgerlich-gemäßigten Sinne Luthers legalisiert und damit beendet werden sollte. So blieb nur eine Weiterführung der Reformation durch die Kraft der Volksmassen, der armen und unterdrückten Schichten in Stadt und Land. Dazu mussten aber zwei Voraussetzungen erfüllt werden: die Ausarbeitung und Verbreitung einer revolutionären Ideologie sowie die Schaffung und Festigung einer revolutionären Organisation. Nur bei Erfüllung dieser Voraussetzungen konnte die Reformation aus der Sackgasse, in die sie durch die bürgerlich-gemäßigten Kräfte geraten war, herauskommen, konnte sie zur Volksreformation, das heißt zur Reformation für das Volk und durch das Volk werden. Beide Bedingungen in theoretisch-ideologischer und in organisatorisch-praktischer Hinsicht geschaffen zu haben, ist die historische Leistung Thomas Müntzers.“¹⁴⁹

An der Frage nach Abschluss und Vollendung der Reformation entwickelte sich ab 1524 der weitere Fortgang ihrer Geschichte zur frühbürgerlichen Revolution. Die Wege Luthers und Müntzers trennten sich allerspätstens jetzt ein für alle Mal. Luther steht für die Revolution in der Theologie. Müntzer hingegen wurde Sprecher der Theologie in der Revolution.

„Die Herren machen das selber, dass ihnen der arme Mann Feind wird“ – Kampf und Niederlage der Bauern

Im eben genannten Jahr 1524 lässt Müntzer etliche Male seinem Zorn auf Luther, vor allem aber auch auf die „Herren und Fürsten“, freien Lauf. In *Hochverursachte Schutzrede und Antwort wider das sanftlebende Fleisch zu Wittenberg, welches mit verkehrter Weise durch den Diebstahl der Heiligen Schrift die erbärmliche Christenheit also ganz jämmerlich besudelt hat* begründet er die unabwiesbare Notwendigkeit des „Aufruhrs“ gegen die Eigentumsordnung. In dieser Ordnung gehörte alles, „die Fische im Wasser, die Vögel in der Luft, das Gewächs auf Erden“, den Herren, die dann auch noch das Gebot „Du sollst nicht stehlen“ gegen die in Anschlag bringen, die sie ansonsten „schinden und schaben“. Wenn sich einer von ihnen aus Not auch nur „das allergeringste“ nehme, dann müsse er hängen, zu welchem Unrecht dann auch noch

149 Illustrierte Geschichte, S. 193.

„Doktor Lügner“ – also Luther – „Amen“ sage. Die Herren seien selber schuld am Aufruhr: dessen Ursache wollen sie nicht beseitigen – das könne ja nicht gut gehen. Und wenn derjenige, der das ausspricht, dann eben auch ein Auf-rührer sei – bitte sehr: „Sich zu, die grundsuppe des wuchers, der dieberey und rauberey sein unser herrn und fürsten, nehmen alle creatures zum eygentumb. Die visch im wasser, die vögel im lufft, das gewechs auff erden muß alles ihr sein ... Darüber lassen sie dann Gottes gepot außgeen unter die armen und sprechen: Got hat gepoten, du solt nit stelen; es dinet aber ihn nit. So sye nu alle menschen verursachen, den armen ackerman, handwerckman und alles, was da lebet schinden und schaben ... so er sich dann vergreiffet am allergeringsten, so muß er hencken. Do sagt dann der doctor Lügner: Amen. Die herren machen das selber, daß ihn der arme man feyndt wirdt. Dye ursache des auf-frurs wollen sye nit wegthun, wie kann es die lenge gut werden? So ich das sage, muss ich auffrurisch sein. Wol hyn.“¹⁵⁰

Armut ist demzufolge das Ergebnis der Eigentumsordnung, die aus den einen Herren und Fürsten und den anderen ausgebeutete („geschundene und geschabte“) Bauern, Handwerker, eben Arme werden lässt. Die Klassen sind benannt, die Fronten sind geklärt, die Ursache ist klar, auch die Positionen zwischen Luther und Müntzer. Dass es so zu einem Aufruhr kommen muss, ist geradezu gesetzmäßig. Müntzer bemüht sich in jedem seiner Texte mit Hunderten von Bibelbelegen zu beweisen, dass das „göttliche Recht“ auf der Seite der Armen ist, und nimmt den Fürsten gegenüber kein Blatt vor den Mund. Wenige Tage vor der Schlacht von Frankenhausen bezeichnet er in zwei Briefen den Graf Ernst von Mansfeld als „Tyran“ und „Pharao“, dessen Blut und Fleisch demnächst die Vögel des Himmels fressen werden, einen „großen Hansen“, den die „lutherischen Breiffresser mit ihrer beschmierten Barmherzigkeit ... weich gemacht haben“ an.¹⁵¹

Diese Klarheit und Entschiedenheit wurden aber nur von einer Minderheit der Bauern und der mit ihnen kämpfenden Bürger so an den Tag gelegt. Es gab seit 1524 verschiedene lokale und regionale Aufstände zu unterschiedlichen Zeiten, die zudem in ihrem Ablauf unter anderem durch die Jahreszeit und deren Bedeutung für das Landwirtschaftsjahr bedingt waren. Es gab kein gemeinsames Programm, so sehr sich Müntzer und andere auch darum bemühten. Der

150 Thomas Müntzer: Hochverursachte Schutzrede, in: Paul Kirn, Günther Franz (Hg.): Thomas Müntzer: Schriften und Briefe. Kritische Gesamtausgabe, Gütersloh 1968, S. 329.

151 Thomas Müntzer: Brief an Graf Ernst von Mansfeld (12. Mai 1525) und an Graf Albrecht von Mansfeld (selbes Datum), in: Thomas Müntzer: Schriften und Briefe, S. 467f. und S. 469f.

überall nachgedruckte und einflussreichste Forderungskatalog, die *12 Artikel aller Bauernschaft und Hintersassen der geistlichen und weltlichen Obrigkeiten, von denen sie sich beschwert vermeinen*,¹⁵² zu denen nicht wenige ähnliche Dokumente der Bauern aus dem gleichen Zeitraum parallel argumentieren, stammten aus regional zusammengetragenen Beschwerdebriefen und Versammlungen. Sie blieben mit ihren Forderungen ausdrücklich im Rahmen der feudalen Ordnung und stellten sie nicht, wie Müntzer, insgesamt in Frage. Allerdings wendeten sie sich in scharfer Form gegen die Leibeigenschaft und die Gerichtsherrschaft der Feudalherren, forderten die Freiheit der Jagd, des Fischfangs, der Nutzung der Wälder und des öffentlichen Weidlands. Weiterhin positionierten sich die Forderungskataloge auf der Seite der Reformation, wenn sie das freie Recht jeder Gemeinde verlangen, sich ihren Pfarrer selbst zu wählen – ein Schlag gegen die feudale Kirche. Zugleich weisen sie den Verdacht, die Feudalordnung insgesamt ablehnen zu wollen, von sich – man sei nicht gegen die Obrigkeit als solche. Für die Überlieferungsgeschichte der *12 Artikel* ist wesentlich, dass ihrem ersten Druck (Regensburg, März 1525) eine radikalisierende Einleitung von Christoph Schappeler vorangestellt worden war. Diese sah die Verantwortung für die militärischen Auseinandersetzungen mit den Herren bei diesen selbst, ähnlich wie Müntzer wenige Wochen später in der *Hochverursachten Schutzrede*. Die Auseinandersetzungen wurden aber nicht durch die Eigentumsordnung, sondern geschichtstheologisch begründet: Die Obrigkeit habe ihre Macht von Gott und er könne sie auch, und zwar „in ainer kurtz“ (binnen kurzem), von ihr nehmen.

Eine ganze Reihe weiterer Texte der aufrührerischen Bauern sind überliefert – im Wesentlichen bleiben sie im Rahmen dessen, was hier nur kurz dargestellt wird. Sehr konkret thematisiert werden die alltäglichen Beschwerden bäuerlichen Lebens unter den Feudalherren. Ein überregionales Programm für eine gesellschaftliche Ordnung jenseits des Feudalismus gab es nur bei Müntzer in Ansätzen (und in einigen Versuchen nach der Niederschlagung des Bauernkrieges von 1525, zum Beispiel der „Tiroler Landesordnung“ von 1526 oder dem Königreich der Täufer von Münster 1534/35, die beide ebenfalls scheiterten). Es war Müntzer, der die radikalste Forderung erhob: Alle Macht solle dem gemeinen Volk gegeben werden.¹⁵³ Was Müntzer damit nicht nur in der Frage der Form politischer Herrschaft und ihrer Träger, sondern auch in der

152 Günther Franz (Hg.): Quellen zur Geschichte des deutschen Bauernstandes in der Neuzeit, Darmstadt 1963, S. 14–19.

153 Diese Aussage Müntzers ist mindestens viermal belegt, vgl. Thomas Müntzer: Schriften und Briefe, S. 328, 463, 470, 471.

Eigentumsordnung gesagt haben soll, lautet in der Formulierung des Verhörprotokolls vom 16. Mai 1525: Es sei ihr Artikel gewesen und sie hätten es folgendermaßen angehen wollen: *Omnia sunt communia* – es solle einem jeden nach seinem Bedürfnis zugeteilt werden, was er brauche und was möglich sei. Ein Fürst, Graf oder Herr, der das nicht gewährleiste, dem solle man, wenn er sich trotz Ermahnung nicht danach richte, den Kopf abschlagen oder ihn hängen: *„Die entporunge habe er Dorum gemacht, dass die Christenheit sollt alle gleich werden und das die fursten und herrn, dye dem ewangelio nit wollen beystehen, sollten vertrieben und totesgeschlagen werden. ... Ist ir artikel gewest und habens uff dye wege richten wollen: Omnia sunt communia, und sollen eynem idern nach seyner nothdorft ausgeteylt werden nach gelegenheyt. Welcher furst, graff oder herre das nit hette tun wollen und des erstlich erinnert, den solt man dye koppe abschlahen ader hengen.“*¹⁵⁴

Die militärische Entwicklung des Bauernkriegs verlief in weiten Teilen ebenso dezentral und in unverbunden nebeneinander bestehenden Gebieten, wie es für Deutschland im übergeordneten politisch-ökonomischen Entwicklungsgang typisch war. Im Juni 1524 im Schwarzwald begonnen und dann im Oktober – nach Einbringen der Ernte – fortgesetzt, zogen erst 800, dann über 3000 Bauern durch das Land. Dem folgte die Bildung des Baltringer Haufens, des Seehaufen am Bodensee und des Allgäuer Haufens im Frühjahr 1525, die zusammen bereits ca. 30.000 Bauern aufwiesen. Sie strebten Verhandlungen mit dem Schwäbischen Bund an – und so kam es zur Formulierung des Forderungskataloges der *12 Artikel*. Nachdem es im April 1525 bei Weinsberg zur gewaltsamen Eroberung eines Adelssitzes und der Hinrichtung der Adligen gekommen war, verschlechterten sich nicht nur die Aussichten auf einen erfolgreichen Verhandlungsabschluss. Der Schwäbische Bund, ein Zusammenschluss von Adligen, heuerte vielmehr den erfahrenen Truchsess von Waldburg als Militärexperten an – finanziert durch die Fugger in Augsburg. Er verfügte bereits über 9000 kampferfahrene Landsknechte sowie 1500 gepanzerte Reiter

154 Ebd., S. 548. Dieser Text ist in seiner Authentizität bestritten worden, weil er zu dem Teil des Verhörs zählt, der unter der Folter stattfand. Andererseits hat es 1525 im Zug des Bauernkriegs Hinrichtungen von Adligen in nicht geringer Zahl gegeben. Müntzer könnte also durchaus gesagt haben, was hier protokolliert ist, andererseits kann nicht ganz ausgeschlossen werden, dass ihm fälschlich die Gesamtverantwortung für solche Exekutionen im Bauernkrieg zugeschoben werden sollte. Vgl. zur Diskussion des Textes: Friedemann Stengel: *Omnia sunt communia. Gütergemeinschaft bei Thomas Müntzer?* (2011). Stengel, der sich explizit bemüht, gegen ein marxistisches Müntzer-Verständnis zu argumentieren, hält den Text des Verhörprotokolls offenbar für nicht authentisch und geht so weit, Müntzer generell jede Form von Angriff auf die feudalen Eigentumsordnung abzusprechen, was angesichts der Quellenlage und ihrer Kontexte im Bauernkrieg schwer nachvollziehbar ist und eher Ausdruck der ideologischen Position von Stengel sein könnte. Zudem erscheint auch im nicht erfolgten Teil von Müntzers Geständnis mehrfach Kritik an den Herren und deren Reichtum.

und machte sich nun geduldig und erfahren daran, die schlecht bewaffneten Bauernhaufen, die zudem keine Kampferfahrung besaßen, niederzuwerfen. Der seit Ende März in Oberschwaben um Leipheim operierende Leipheimer Haufen (5000 Kämpfer) wurde am 4. April besiegt. Am 17. April verhandelte der Truchsess mit dem Allgäuer Haufen bei Weingarten und schloss nach längeren Verhandlungen einen Vertrag – die Bauern, zahlenmäßig im Verhältnis zwei zu eins überlegen, hätten in dieser Phase die Truppen des Truchsess leicht schlagen können, zumal sie zeitweilig über eigene Landsknechtstruppen verfügten. Hier kam die mangelnde Erfahrung der Bauern nachteilig zum Tragen. Zu Verhandlungen und Kämpfen danach kam es im April und Mai auch im Nördlinger Ries, zur gleichen Zeit kam es auch zu Kämpfen im Bereich der Schwäbischen Alb, die zum Teil trotz zahlenmäßiger Übermacht der Bauern verloren wurden.

Anfang April 1525 erhoben sich die Odenwälder Bauern unter Jäcklein Rohrbach und vereinigten sich nach einigen Wochen mit den Neckartälern unter Götz von Berlichingen und den fränkischen Haufen unter Florian Geyer – beide dem niederen Adel angehörig. Hier kam es erstmals zur Eroberung auch größerer Städte durch die insgesamt 12.000 Bauern. In Thüringen bildete sich der Waldhaufen und eroberte einige kleine Orte und Städte. Er wurde verstärkt durch den Schwarzburger Haufen, zusammen konnten sie Arnstadt erobern und lösten sich dann auf, nachdem die regionale Obrigkeit die *12 Artikel* anerkannt hatte.

Zeitgleich kam es zu einer massiven fürstlichen Aktion gegen die Truppen unter dem Kommando Thomas Müntzers bei Frankenhausen. Landgraf Philipp von Hessen, der Fürst Georg von Sachsen, der Herzog von Braunschweig und andere Angehörige des hohen und mittleren Adels planten, den Thüringer Bauernaufstand durch den Angriff auf dessen radikales Zentrum um Müntzer zu beenden. In der Schlacht von Frankenhausen (15. Mai 1525) metzelten sie in einer konzertierten Aktion unter Einsatz schwerer Kavallerie und Feldartillerie die Bauern und Bürger von Frankenhausen und aus einigen Nachbarorten, insgesamt etwa 6000 Aufständische, nieder. Müntzer wurde gefangengenommen und am 27. Mai hingerichtet. Wenige Tage später zerschlugen die Truppen Kurfürst Johanns von Sachsen bei Meiningen eine weitere thüringische Gruppe aufständischer Bauern, im Juni 1525 wurde der pfälzische Haufen bei Pfedersheim vernichtet.

Damit war dem hohen Adel eine Reihe entscheidender Schläge gelungen. Zwar gab es noch einige Monate später immer wieder ein Aufflackern von Aufständen. Die letzten militärischen Auseinandersetzungen gab es wieder, wie zu Anfang, im Stühlinger Bereich (im November und Dezember 1525). Damit war – abgesehen von den Nachhutgefechten in Tirol 1526 und dem späten Aufbäumen der Täuferbewegung in Münster 1534 – der Versuch, radikal-reformatorische Vorstellungen als gesamtgesellschaftliches Konzept durchzusetzen, gescheitert. Zu Bauernaufständen kam es in Deutschland über dreihundert Jahre lang nicht mehr.¹⁵⁵

Hätten die Bauern siegen können? Es scheint plausibel, dass ein Sieg der gemäßigten Bauern im Bündnis mit Teilen des niederen Adels und der Bourgeoisie in den Städten auf der Ebene des Forderungskataloges der *12 Artikel* durchaus möglich gewesen wäre. Eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, der Beginn der erweiterten Reproduktion in der Nahrungsmittelherzeugung und damit eine Beschleunigung der kapitalistischen Entwicklung in Deutschland mit der flächendeckenden Durchsetzung einer entfeudalisierten Kirche erscheint nicht ausgeschlossen. Dafür wäre aufseiten des reformatorischen Flügels um Luther mindestens Offenheit dazu notwendig gewesen. Das Beharren des gemäßigten, auf das Bündnis mit den Territorialfürsten angelegte Vorgehen dieser Fraktion verhinderte das höchstwahrscheinlich. Umgekehrt waren die radikal egalitären und strikt antifeudalen Positionen der radikalen Reformation unter diesen Umständen nicht durchsetzbar. Luthers gesellschaftliche Haltung zeigt sich nicht nur in den klaren Aufforderungen an die Fürsten, den aufrührerischen Bauern konsequent den Garaus zu machen, in seiner Polemik entmenslichte er die Bauern auch. Er ging sogar so weit, zeitgleich zur Hinrichtung Müntzers seine Hochzeit mit Katharina von Bora zu feiern. Es muss aber auch gesagt werden, dass die herrschaftskritischen Forderungen der Kräfte um Müntzer den objektiven politischen und ökonomischen Möglichkeiten ihrer Zeit um zwei oder mehr Jahrhunderte voraus war. Er hätte nicht siegen können, aber es wäre vielleicht sehr viel mehr an kapitalistischer und bürgerlich-demokratischer Entwicklung in Deutschland möglich gewesen, als der Luther-Flügel es zuließ. Die deutsche Geschichte wäre dann wohl sehr anders verlaufen.

155 Vgl. Günter Vogler: Die Gewalt soll gegeben werden dem gemeinen Volk. Der deutsche Bauernkrieg 1525, Berlin/DDR 1989.

Die Ergebnisse der deutschen frühbürgerlichen Revolution und ihre Folgen für den weiteren Verlauf der deutschen Geschichte

Bereits Friedrich Engels sah Reformation und Bauernkrieg als miteinander verbundene revolutionäre Ereignisse an: „Reformation ... – Revolution Nr. 1 der Bourgeoisie, worin Bauernkrieg die kritische Episode“, notierte er sich als Konzept für eine von ihm als notwendig erachtete Neubearbeitung seiner aus dem Jahr 1850 stammenden Schrift *Der deutsche Bauernkrieg*.¹⁵⁶ In der kurzen Notiz *Zum Bauernkrieg* von Ende 1884¹⁵⁷ ging er ebenfalls auf die besondere Entwicklungsform des Übergangs von Feudalismus zum Kapitalismus in Deutschland ein. Die oben zitierte Bezeichnung „Nr. 1“ wird verständlich, wenn man Engels' Theorie von den „drei großen Entscheidungsschlachten der Bourgeoisie gegen den Feudalismus“ voraussetzt: erstens die vor allem lutherische Reformation und der Bauernkrieg in Deutschland, zweitens der Calvinismus und die Herausbildung der britischen konstitutionellen Monarchie unter Einbindung der Bourgeoisie, sowie drittens die Französische Revolution.¹⁵⁸ In allen diesen Entscheidungsschlachten waren sozusagen Vorläufer des späteren Proletariats an den Kämpfen beteiligt: „So brachen doch bei jeder großen bürgerlichen Bewegung selbständige Regungen derjenigen Klasse hervor, die die mehr oder weniger entwickelte Vorgängerin des modernen Proletariats war. So in der deutschen Reformations- und Bauernkriegszeit die Thomas Münzer'sche Richtung, in der großen englischen Revolution die Levellers, in der französischen Revolution Babeuf.“¹⁵⁹ Die historisch-materialistische Analyse des Bauernkriegs sieht diesen also als Teil eines größeren Zusammenhangs der frühbürgerlichen deutschen Revolution, die ihrerseits der Anfang einer längeren Phase von sozialen, politischen und ideologischen Umwälzungen war. An deren Ende wurde die mehr als tausendjährige Herrschaft des Feudalismus durch die weltweite Dominanz der bürgerlichen Gesellschaft abgelöst. Die Niederlage dieser Bewegung in Deutschland hatte weitreichende Folgen für die weitere Geschichte des Landes: bleibende Aufteilung, ja Zersplitterung

156 MEW 7, S. 327–413.

157 MEW 21, S. 402f.

158 Vgl. MEW 22, S. 300ff.

159 MEW 20, S. 17.

in einander bekämpfende Territorialfürstentümer schwächten das Aufkommen einer einheitlichen deutschen Bourgeoisie und legten ihr verschiedene Hindernisse in den Weg. Engels sprach 1893 deshalb von der deutschen Geschichte als „einer einzigen Misère“,¹⁶⁰ und Marx spottete 1844: „Die deutsche Geschichte schmeichelt sich einer Bewegung, welche ihr kein Volk am historischen Himmel weder vorgemacht hat noch nachmachen wird. Wir haben nämlich die Restaurationen der modernen Völker geteilt, ohne ihre Revolutionen zu teilen. Wir wurden restauriert, erstens, weil andere Völker eine Revolution wagten, und zweitens, weil andere Völker eine Konterrevolution litten, das eine Mal, weil unsere Herren Furcht hatten, und das andere Mal, weil unsere Herren keine Furcht hatten. Wir ... befanden uns immer nur einmal in der Gesellschaft der Freiheit, am Tag ihrer Beerdigung.“¹⁶¹

Es ist tatsächlich eine lange Kette von halben Erfolgen, ganzen Niederlagen und nur wenigen Siegen, welche die revolutionäre Linke in der deutschen Geschichte vorzuweisen hat. Die Folge der Niederlage von 1525 waren der Dreißigjährige Krieg und, darauf folgend, Jahrhunderte territorialer Zersplitterung sowie die lange Bewahrung konfessionell definierter Grenzen nach der Reformation in der Form der „dezentralisierten Zentralisierung“ der deutschen Territorien. Dadurch wurde die nationale Frage auf die lange Bank der Geschichte geschoben, was ein schwerwiegendes Hindernis für die Herausbildung von überregionalen Wirtschaftsbeziehungen, Märkten und damit einer territorial übergreifenden deutschen Bourgeoisie als Klasse „für sich“ darstellte. Die deutsche Bourgeoisie hat nie wirklich ihre Revolution gegen den Feudalismus gewonnen, sondern erreichte so etwas wie eine bürgerliche Republik erst 1918 durch die Konterrevolution gegen den ersten deutschen Versuch einer proletarischen Revolution – mit allen weiteren Konsequenzen.¹⁶²

Ist die These der frühbürgerlichen deutschen Revolution in der marxistischen Geschichtsschreibung unumstritten, so ist andererseits zu beobachten, dass insbesondere in der Geschichtswissenschaft der DDR eine Nuancierung stattgefunden hat. Während in den 1950er Jahren in Aufnahme der These Smirins von der „Volksreformation des Thomas Münzer“ die von ihm repräsentierte Richtung als entscheidendes Ereignis der frühbürgerlichen Revolution interpretiert wurde, wurde in den folgenden Jahrzehnten die Bedeutung Luthers

160 MEW 39, S. 99.

161 MEW 1, S. 379.

162 Hans Christoph Stoodt: Eine einzige Misère. Überlegungen zum Verhältnis von nationaler Frage und dem Kampf um demokratische Rechte in der deutschen Geschichte.

mehr und mehr in den Vordergrund gerückt. Höhepunkt dieser Entwicklung waren die *Thesen über Martin Luther. Zum 500. Geburtstag*, die von einem breit aufgestellten wissenschaftlichen Kollektiv an Historikern und Gesellschaftswissenschaftlern der DDR bereits 1981 veröffentlicht wurden. Sie gaben den politisch-ideologischen Rahmen für die Vorbereitung vielfältiger Feierlichkeiten zum 500. Jahrestag der Geburt Luthers am 10. November 1983.¹⁶³ Ihre Kernaussage besteht darin, Müntzer als gescheiterten tragischen Helden eines zu früh gekommenen, auf eine egalitäre Gesellschaft abzielenden Revolutionsversuchs ohne Chance auf einen Sieg zu bewerten und weitgehend in den Hintergrund treten zu lassen. Währenddessen bestünde „die Tragik Luthers ... [darin], daß er in den Widerspruch geriet zwischen seiner Rolle als Initiator einer breiten, alle oppositionellen Klassen und Schichten einbeziehenden revolutionären Bewegung und seiner eigenen begrenzten Zielstellung, die letztlich in seiner bürgerlich-gemäßigten, auf das Landesfürstentum orientierten Klassenposition begründet war.“¹⁶⁴ Diese von den Anfängen der DDR-Geschichtsschreibung durchaus unterschiedene Haltung kommt am knappsten bei Gerhard Brendler, einem der profiliertesten Historiker und Müntzer-Biografen der DDR, zum Ausdruck. Im Juni 1988 schrieb Brendler, er sei „ganz gewiss der Meinung, daß die Leitfigur des 16. Jahrhunderts Martin Luther hieß und nicht Thomas Müntzer“¹⁶⁵ – ein Satz, dessen historischer Kontext bezeichnend sein dürfte.

Es wäre eine eigene Untersuchung wert, die Rezeptionsentwicklung von Reformation und Bauernkrieg in der Geschichte der DDR näher anzuschauen. Für die eher konservativ-bürgerliche Betrachtung dieses Vorgangs gibt es solche Untersuchungen,¹⁶⁶ ebenso wie für ihren fortschrittlicheren, sozialgeschichtlich orientierten Widerpart in der Geschichtswissenschaft der Bundesrepublik.¹⁶⁷ Ihr Wortführer Peter Blickle konstatierte, dass sich in den letzten Jahren der DDR gewisse Übereinstimmungen zwischen deren Forschungsergebnissen zur Reformation und zum Bauernkrieg und jenen der Bundesrepub-

163 Zuerst veröffentlicht in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 29. Jahrgang (1981), Heft 10, S. 879–893.

164 Ebd., S. 885 (These VI).

165 Gerhard Brendler: *Thomas Müntzer. Geist und Faust*, Berlin/DDR 1989, S. 8.

166 Josef Foschepoth: *Reformation und Bauernkrieg im Geschichtsbild der DDR. Zur Methodologie eines gewandelten Geschichtsverständnisses* (Historische Forschungen, Band 10), Westberlin 1976; Peter Maser: „Mit Luther alles in Butter?“. Das Lutherjahr 1983 im Spiegel ausgewählter Akten, Berlin 2013.

167 Peter Blickle: *Die Revolution des gemeinen Mannes im Forschungsdiskurs – Zusammenfassung und Einordnung*, in: Ders.: *Die Revolution von 1525*, 4. Auflage, München 2004, S. 279–297.

lik abzeichneten – das wäre zu überprüfen. Falls sich Blickles Einschätzung als richtig erweist, wäre ebenfalls einzuschätzen, wie diese Übereinstimmungen in ideologischer Hinsicht zu bewerten sind. Sind diese etwa Teil weitergehender, „realpolitisch“ motivierter ideologischer Annäherungsprozesse? Letztere dürften sich auch im berühmten, von SED und SPD gemeinsam erarbeiteten Dokument *Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit* von 1987 ausdrücken – einem Dokument, das aus heutiger Sicht das Ende der DDR mit einläutete.

Im Rückblick scheint es einen Zusammenhang zwischen einer konservativeren Sicht auf die frühbürgerliche Revolution und der Durchsetzung zunehmend revisionistischer Positionen in der SED zu geben. Es bleibt aber auf jeden Fall der besonders auf die Forschung in der DDR zurückgehende Verdienst, die von Friedrich Engels formulierte historische These von der frühbürgerlichen deutschen Revolution als Beginn der drei „Entscheidungsschlachten“ zwischen Feudalismus und Bourgeoisie weiter ausgearbeitet zu haben.¹⁶⁸ Die historisch-materialistische Revolutionsgeschichtsforschung kann und sollte heute an diese Tradition anknüpfen – in praktischer Absicht, um die Kämpfe der Gegenwart und Zukunft zu stärken. Dem diesjährigen Jubiläum hat sie nichts Wesentliches beizutragen gewusst. Aber der Aufstand der Bauern und des „gemeinen Volks“ von 1525 lebt auch weiter, wenn wir heute das Rot aus der Regenbogenfahne Müntzers und seiner Mitstreiter von 1525 aufgreifen.

168 Einen beachtlichen und weiterhin studienwürdigen Beitrag dazu lieferte das von Walter Markov und seinem Nachfolger Manfred Kossok geleitete Leipziger „Interdisziplinäre Zentrum für vergleichende Revolutionsgeschichtsforschung“ mit zahlreichen, den weltweiten revolutionären Prozess bis in die Gegenwart thematisierenden Veröffentlichungen, in dessen Band *Revolutionen der Neuzeit. 1500–1917* es im Vorwort heißt: „Nunmehr wird eine von 17 Autoren in Gemeinschaftsarbeit vorbereitete Darstellung von 25 Revolutionen der Neuzeit, beginnend mit dem frühbürgerlichen Revolutionszyklus des 16. Jahrhunderts, und endend mit den Auftakt Ereignissen zum Roten Oktober des Jahres 1917 vorgelegt.“ Vgl. Manfred Kossok (Hg.): *Revolutionen der Neuzeit. 1500–1917*, Leipzig 1980, Einleitung, S. 7–10; vgl. ders.: *In Tyrannos. Revolutionen der Weltgeschichte von den Hussiten bis zur Commune*, Leipzig 1989.

Browderismus in Reinform: Der 24. außerordentliche Kongress der Kommunistischen Partei Kolumbiens¹⁶⁹

Orientación Comunista, 8. Mai 2025

Von Tomás Oroño

Übersetzung eines Texts von Tomás Oroño, der am 8. Mai 2025 in Orientación Comunista, der Parteizeitung der Argentinischen Kommunistischen Partei (Partido Comunista Argentino, PCA)¹⁷⁰ veröffentlicht wurde. Sämtliche Fußnoten sind Anmerkungen der Übersetzer.

Am 26. April 2025 tagte der 24. außerordentliche Kongress der Kommunistischen Partei Kolumbiens (Partido Comunista Colombiano, PCC) in Bogotá, den man als historische Zäsur für die Arbeiterklasse bezeichnen kann – jedoch nicht im positiven Sinne, sondern weil sie nun ohne Kommunistische Partei dasteht. Man kann sagen, dass die PCC ihre Rolle als Avantgarde nicht erfüllt hat, da sie sich mit einem Teil der lokalen Bourgeoisie verbündet hat. Dennoch besteht immer die Möglichkeit, die Partei zurückzugewinnen und den Kurs auf revolutionäre Positionen zu korrigieren, was jedoch nicht geschehen ist. Die ruhmreiche PCC, die ihr Blut für eine neue Gesellschaft ohne Ausbeuter und Ausgebeutete in den Bergen und Straßen Kolumbiens vergossen hat, ist vor der Bourgeoisie auf die Knie gefallen und hat ihr als Opfer die rote Fahne mit Hammer und Sichel übergeben – etwas, was die mörderischen, erbarmungslosen Regierungen über all die Jahre nicht geschafft haben, ist dem Progressismus¹⁷¹ von Petro¹⁷² gelungen.

169 Original: orientacioncomunista.com.ar/browderismo-al-palo-el-24o-congreso-extraordinario-del-pc-colombiano/.

170 Die PCA wurde als Folge des Ausschlusses revolutionärer Elemente aus der PCdEa gegründet.

171 Im Original „progresismo“, eine Sammelbezeichnung für gemäßigt linke Regierungen und Bewegungen, die soziale Reformen anstreben, sich aber innerhalb des kapitalistischen Rahmens bewegen.

172 Gustavo Petro, seit 2022 Präsident Kolumbiens und ehemals revolutionärer Linker verfolgt eine Agenda eines neuen Lateinamerikanischen Progressismus (auch „progresismo-P“), grenzt sich vom

Browderismus – eine rechtsopportunistische und liquidatorische¹⁷³ Strömung

Um den Titel dieses Artikels zu begreifen und die folgende Analyse nachvollziehen zu können, muss man verstehen, was Browderismus bedeutet. Earl Browder war in den 1940er Jahren ein führender Kopf der Kommunistischen Partei der Vereinigten Staaten (Communist Party USA, CPUSA). Seine rechtsgerichtete Strömung innerhalb der Internationalen Kommunistischen Bewegung, bekannt als „Browderismus“, stieß besonders in den kommunistischen Parteien Amerikas auf große Resonanz. Die Politik Browders, unter anderem die Forderung nach „Nationaler Einheit“¹⁷⁴ der USA, – die auch die Kommunistischen Parteien des gesamten Kontinents beeinflusste – beruhte auf einer spezifischen Interpretation der Abkommen der Konferenz von Teheran, die erste Konturen der Nachkriegsordnung skizzierten.¹⁷⁵

Die browderistische Politik war ein Programm der Klassenversöhnung, der Aufgabe des revolutionären Programms und der friedlichen Koexistenz, bei der beide Systeme kooperieren sollten – ein Widerspruch in sich! Athos Fava,¹⁷⁶ der sich mit dem Thema auseinandersetzte, sagte, dass der Browderismus „eher eine Auslieferung der von Kopf bis Fuß gefesselten Arbeiterklasse der Vereinigten Staaten als eine Klassenversöhnung“ sei. Fava zitierte aus einem Text Browders: „Es ist eine offensichtliche Tatsache im amerikanischen Leben, dass es derzeit keine Mehrheit gibt – tatsächlich oder potenziell –, die sich auf der Grundlage einer sozialistischen Perspektive für unser Land zu ei-

traditionellen Links-Populismus ab und legt einen Fokus auf Sozialstaat, Dezentralisierung, Ökologie und gegen die Abhängigkeit von Öl, Gas und Rohstoffexporten.

173 Im Original „liquidacionista“, gemeint ist die Auflösung, Entpolitisierung oder Entkernung einer revolutionären kommunistischen Partei oder Organisation, speziell indem der marxistisch-leninistischen Charakter, die politische Unabhängigkeit gegenüber der Sozialdemokratie und der Klassenkampf aufgegeben wird. Lenin kritisierte jene als „Liquidatoren“, die nach 1905 den illegalen, revolutionären Kampf zugunsten bürgerlicher Legalität aufgaben.

174 Browders Idee der „Nationalen Einheit“ bezog sich speziell auf die breite Allianz von Kommunisten, Liberalen, Demokraten und sogar Teilen der Bourgeoisie, um den Zweiten Weltkrieg zu gewinnen und gemeinsam den Wiederaufbau zu gestalten.

175 Bei der Konferenz von Teheran 1943 vereinbarten Roosevelt (USA), Churchill (UK) und Stalin (UdSSR) eine strategische Allianz gegen Nazi-Deutschland. Dies wurde u.a. von Browder als Zeichen dafür interpretiert, dass auch nach dem Krieg eine friedliche Koexistenz zwischen Kapitalismus und Sozialismus möglich sein würde.

176 Athos Fava (1925–2026) war in der 1980er Jahren Generalsekretär der Kommunistischen Partei Argentiniens.

nem Aktionsprogramm zusammenschließen könnte. Selbst wenn man alle Sozialismusanhänger zusammennähme – untereinander zerstritten –, blieben sie nur eine kleine Minderheit. Daher müssen wir klar und präzise feststellen, dass ein praktisches Programm, das die Mehrheit der amerikanischen Bürger im Sinne von Teheran vereinen kann, das bestehende ökonomische System als Operationsbasis und Ausgangspunkt akzeptieren muss.“

Aus dieser Erklärung wird deutlich, dass diese rechte Strömung den kommunistischen Parteien eine passive Rolle zuschreiben wollte, sie im Namen der „Nationalen Einheit“ zur Auflösung zu treiben und sie in eine klassenübergreifende, gemeinsame Kraft zu integrieren versuchte – das vollständige Aufgeben des revolutionären Programms und eine Kapitulation vor der Bourgeoisie.

Zweifellos sehen wir die von Browder einst propagierte Politik der „Nationalen Einheit“ in verschiedenen heutigen Verlautbarungen kommunistischer Parteien wieder – darauf werden wir später noch eingehen. Zusammenfassen lässt sich diese Linie in seiner Aussage: „Die nationale Einheit Amerikas kann nicht nach einem vorgefassten Plan aufgebaut werden. Sie muss Schritt für Schritt geschmiedet werden, indem man Übereinstimmungen im Handeln entdeckt, die bisher gegensätzliche Standpunkte und Interessen zwischen Klassen, Gruppen und Strömungen versöhnen können – Gruppen, die bisher kein anderes System kannten, als ihre Differenzen durch den Kampf auszutragen.“

Die browderistische Politik fand ihren konkreten Ausdruck in der zeitweiligen Auflösung der Kommunistischen Partei der USA und der Gründung der Kommunistischen Politischen Vereinigung (Communist Political Association, CPA),¹⁷⁷ womit die politische Partei der US-amerikanischen Arbeiterklasse liquidiert wurde – im Namen des Friedens zwischen Kapital und Arbeit. Diese rechte Tendenz beeinflusste auch die Genossen in Kuba zu dieser Zeit: Als die Kommunistische Partei Kubas (KPK, Partido Comunista de Cuba) 1938 aus der Klandestinität trat, nahm sie im darauffolgenden Jahr den Namen „Revolutionäre Kommunistische Union“ (Unión Revolucionaria Comunista) an. Bereits 1944 – unter dem Einfluss des Browderismus – änderte sie ihren Namen zu „Volkssozialistische Partei“ (Partido Socialista Popular, PSP). Die offizielle Implementierung der browderistischen Linie auf Kuba erfolgte auf der Nationalversammlung des PSP vom 13. bis 17. Oktober 1944. Dort änderte die Par-

177 Die CPA wurde im Mai 1944 von Browder als Nachfolgeorganisation der Kommunistischen Partei der USA (CPUSA) gegründet; sie scheiterte ideologisch und politisch, Browder wurde abgesetzt, die CPA aufgelöst, und im Juli 1945 die CPUSA neu gegründet.

tei nicht nur ihren Namen, sondern auch ihr organisatorisches Konzept. Eines der zentralen Themen war die organische Reform und Neufassung der Parteistatuten. Der zentralen Idee dieser Strömung folgend analysierten sie die „Nationale Einheit“ in Kuba und der Generalsekretär erklärte in diesem Zusammenhang: „Die Nationale Einheit ist da, um im Krieg zu kooperieren, die Nachkriegsprobleme zu bewältigen, ökonomische Katastrophen abzuwenden, das Land auf den Weg des Fortschritts zu führen, um nationale Produktion und nationalen Wohlstand zu sichern. Die internationale Lage bestimmt weitgehend die nationale Lage. Die Veränderungen der internationalen Situation begünstigen im Allgemeinen die Sache der Völker, die Entwicklung demokratischer und progressiver Kräfte und haben weltweit und national eine klare Tendenz zur Nationalen Einheit, zur Befreiung der Völker und zur Zusammenarbeit zwischen kapitalistischen und sozialistischen Kräften im Interesse der Bevölkerung hervorgebracht.“

Organisatorisch bedeutete dieser Prozess in Kuba, wie bereits erwähnt, die Ablehnung des Leninismus als Organisationsmethode – ganz ähnlich wie in den aktuellen Fällen. An seine Stelle traten Methoden, die weder der Arbeiterklasse noch der kommunistischen Tradition entsprachen. Die PSP hörte auf, eine Kaderpartei zu sein, und wurde zur Massenpartei – ohne Bedingungen für die Mitgliedschaft. Jede Person konnte Mitglied sein und einen Parteiausweis erhalten. Ebenso wurde die Zellenstruktur abgeschafft und ersetzt durch „Sozialistische Komitees in Stadtteilen und Fabriken“. Die Arbeitsweise hatte nichts mehr mit jener der leninistischen Zellen zu tun: Parteimitglieder mussten nicht mehr regelmäßig an Sitzungen teilnehmen, sondern diese sollten nun nur noch ein- bis zweimal alle drei Monate stattfinden – das systematische leninistische Vorgehen mit Planung, Auswertung und so weiter wurde aufgegeben, und mit ihm die Zellenstruktur einer marxistisch-leninistischen Partei.

Schließlich kam es auch zur Änderung des Programms, die in keiner Weise die strategischen Ziele widerspiegelte, die eine Kommunistische Partei verfolgen muss, wenn sie der marxistisch-leninistischen Lehre treu bleibt. Es war keine Rede vom Sturz des kapitalistischen Systems, keine Rede vom Wechsel der Produktionsweise oder von zentraler Planung – stattdessen von „Nationaler Einheit“ und einem Bündnis mit Teilen des Kleinbürgertums¹⁷⁸ und der lokalen Bourgeoisie.

178 Im Original „pequeña burguesía“.

Auch die Kommunistische Partei Perus (Partido Comunista Peruano, PCP) war vom Browderismus betroffen. Unter derselben Parole der „Nationalen Einheit“ wurde eine Politik verfolgt, die nicht mit der wissenschaftlichen Lehre des Marxismus übereinstimmte. Sie untergrub die leninistische Parteiarbeit, die Organisationsmethoden in der Massenbewegung sowie in den Parteistrukturen selbst. In PCP-Dokumenten wird der Ursprung dieser Einflüsse auf die Erste Nationale Organisationskonferenz der PCP zurückgeführt, auf der Juan Luna, ein Gewerkschaftsführer der Partei, offen die browderistische Linie vertrat. Er hatte zuvor am Nationalkongress der Kommunistischen Partei der USA teilgenommen, wo Browder seine liquidatorische und rechtsopportunistische Linie umfassend darlegte. Juan Luna brachte auf der Konferenz die Idee ein, die PCP solle ihren Namen ändern, die organisatorische Struktur umbauen und das Konzept des Militanten¹⁷⁹ durch das des „Anhänger“¹⁸⁰ ersetzen – was in der Praxis eine disziplinlose, unorganisierte, politisch und ideologisch uneinheitliche Partei bedeutet hätte.

Die PCP änderte ihren Namen zwar nicht, und man kann auch nicht sagen, dass die browderistische Linie auf jener Konferenz siegte – aber die Idee war gesät und sollte später die tägliche Arbeit und politische Linie der Partei beeinflussen.

In ihrer Analyse der nationalen Politik Perus vertrat die PCP die Auffassung, man müsse gegenüber der Bourgeoisie eine versöhnlerische Politik betreiben, da diese angeblich „fortschrittliche“ Positionen vertrete – ein klassischer Ausdruck der browderistischen Linie der „Nationalen Einheit“. Organisatorisch folgte man dem kubanischen Weg: Die leninistischen Organisationsprinzipien wurden aufgegeben, der demokratische Zentralismus abgeschafft und sie sind dazu übergegangen, Methoden zu nutzen, die im Widerspruch zur proletarischen Weltanschauung stehen. Die Zellenstruktur wurde durch „Aktivistenversammlungen“ ersetzt – was praktisch bedeutete, dass jede beliebige Person unabhängig von ihrem ideologischen Entwicklungsstand über das politische und organisatorische Leben der Partei mitbestimmen konnte. Obwohl die Partei ihren Namen nicht änderte, kämpften innerhalb der Führung browderistische Strömungen beharrlich dafür. Sie schlugen vor, ein „Wahlinstrument“ namens „Unabhängige Arbeitervereinigung“ (Asociación Obrera Indepen-

179 Gemeint ist ein aktives, geschultes Mitglied, das der Parteidisziplin untersteht.

180 Im Original „adherentes“, gemeint ist eine Art sympathisierender Unterstützer ohne organisatorische Verantwortung, aktive Pflichten oder Parteidisziplin.

diente) zu schaffen, das allen politischen Strömungen offenstehen und letztlich die PCP durch eine „breitere“ Partei ersetzen sollte.

Eben diese PCP gibt in ihrer Selbstkritik und in ihren bilanzierenden Dokumenten zur browderistischen Tendenz zu, dass der Partei während dieses Rechtsrucks die klassenpolitische Unabhängigkeit verloren ging. Sie war zum Anhängsel der peruanischen Bourgeoisie geworden und hatte sich einem Projekt untergeordnet, das der Arbeiterklasse fremd ist. Dies führte auch zu einer falschen Positionierung innerhalb der Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften, in denen die PCP Einfluss hatte, ebenso wie in ihrer parlamentarischen Politik, wo sie bürgerliche Gesetzesvorhaben einbrachte oder unterstützte, die nichts mit der von Lenin propagierten revolutionären Ausnutzung des Parlaments als Tribüne der Arbeiterklasse im Rahmen des Kampfes zur Zerschlagung des Kapitalismus zu tun hatten.

Unsere Parteien wurden mehr oder weniger stark vom Browderismus beeinflusst – in Kolumbien, Kuba, Peru, selbst in den Vereinigten Staaten während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Zusammengefasst war diese opportunistische Strömung der Rechten auf die Auflösung der kommunistischen Parteien in breit angelegten, klassenübergreifenden Fronten gerichtet. Sie bedeutete den Verzicht auf das revolutionäre Programm, auf die leninistischen Organisationsmethoden und auf die Erkenntnis der grundsätzlichen Unversöhnlichkeit zwischen Kapital und Arbeit. An vielen Orten wurde der Browderismus besiegt – an anderen nicht. Die Frage, die wir uns an dieser Stelle stellen müssen, lautet: Wurde er wirklich vollständig besiegt oder wirken seine Erben heute weiter, um die liquidatorischen Ziele dieser Strömung durchzusetzen?

Der Zweite Nationale Parteitag der PCC 1944

Wie bereits erwähnt, war Kolumbien unter den vom Browderismus am stärksten betroffenen Ländern, das bestätigte auch Jacques Duclos¹⁸¹ in seinem Text „Eine Kritik an der Auflösung der Kommunistischen Partei der Vereinigten

181 Jacques Duclos (1896–1975) war Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Frankreichs (PCF).

Staaten“.¹⁸² Später zog auch die PCC selbst eine Bilanz, wenngleich mit Kritik an Duclos.

Wenn wir diesen Text mit dem Titel „Browderismo in Reinform: Der 24. außerordentliche Kongress der Kommunistischen Partei Kolumbiens“ versehen, dann müssen wir auch einen kurzen Rückblick auf den Browderismus in Kolumbien in den 1940er Jahren werfen und darauf, wie er die Avantgarde der kolumbianischen Arbeiterklasse beeinflusste.

Auch wenn es wie eine Wiederholung wirkt: Es gibt eine starke Ähnlichkeit mit den Entwicklungen in Kuba und Peru, weil es dieselbe opportunistische Strömung war, die dort wirkte.

Der Zweite Nationale Parteitag, der unter dem Motto „Zurück mit der Reaktion!“ stattfand, war der Ausgangspunkt der browderistischen Ideen in Kolumbien. Auf diesem Parteitag begann in der PCC die Debatte über den Namen der Partei. Augusto Durán, Generalsekretär des PCC, behauptete, der Begriff „kommunistisch“ schrecke die Massen ab, und es gehe in jener historischen Etappe nicht um den Kommunismus, sondern um die nationale Befreiung. Daher wurde die Umbenennung in „Demokratische Sozialistische Partei“ (Partido Socialista Democrático, PSD) vorgeschlagen – was dann auch beschlossen wurde. Aus der PCC wurde die PSD.

Dazu wurde auf dem Zweiten Parteitag gesagt:

„Der Name ‚Kommunistische Partei‘ entspricht nicht der nationalen Realität, denn wir befinden uns jetzt [...] in der Etappe der nationalen Befreiung, in der wir darauf hinarbeiten, die halb-koloniale Struktur unseres Landes zu durchbrechen und zu überwinden, um so den Weg zum Sozialismus freizumachen – das Ziel der Arbeiter weltweit in diesem ‚Jahrhundert des Volkes‘ [...]. Der Begriff ‚kommunistisch‘ ist ein offensichtliches Hindernis, um kurzfristig eine Massenpartei zu werden. Wir müssen den Namen ändern, ein Programm verabschieden, das den konkreten historischen Bedingungen entspricht, und unser gesamtes Handeln auf die kolumbianische Realität gründen. Doch der

182 Im Original „Una crítica a la disolución del Partido Comunista en Estados Unidos“, gemeint ist der einflussreiche Duclos-Brief, den Jacques Duclos im Mai 1945 schrieb.

bloße Namenswechsel allein wird nichts bewirken, nichts lösen. Er muss einhergehen mit tiefgreifenden Veränderungen in der Struktur, im ideologischen Verständnis [...] und in den Formen unseres Parteaufbaus.“

Auch in organisatorischer Hinsicht geschah das Gleiche wie in Kuba und Peru: Die leninistische Organisationsform und die damit verbundenen Methoden wurden aufgegeben, die Zellenstruktur durch „Versammlungen“ ersetzt, was der Partei ihren revolutionären Charakter nahm. Auf ideologischer Ebene vertrat die Partei nun die Auffassung, das Problem des Imperialismus sei überwunden und es beginne eine Epoche der Kooperation zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Mit ihrer Politik der Klassenversöhnung verfolgte die Kommunistische Partei Kolumbiens eine Politik der Kapitulation – bis sie auf dem Fünften Parteitag offiziell mit dem Browderismus brach und begann, auf den Weg des Marxismus-Leninismus zurückzukehren.

Doch über Jahre hinweg hatte diese Linie zur Folge, dass die kolumbianische Arbeiterklasse keine revolutionäre Vorhut hatte. Die PSD kämpfte lediglich für demokratisch-bürgerliche Forderungen, denn in ihrem Programm hatte man die revolutionäre Machtergreifung, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und den Aufbau des Sozialismus-Kommunismus aufgegeben. Der Kampf richtete sich nur noch auf die „Nationale Einheit“, auf die Stärkung der bürgerlichen Demokratie und auf den Frieden zwischen Kapital und Arbeit.

Der 24. außerordentliche Parteitag der PCC: Browderismus im 21. Jahrhundert

Nachdem wir die Politik des Browderismus verstanden haben und wie sie die kommunistischen Parteien Amerikas – darunter auch die Kommunistische Partei Kolumbiens – beeinflusste, können wir zur aktuellen Entwicklung übergehen. Diese lässt sich nur als „Browderismus des 21. Jahrhunderts“ bezeichnen: Der 24. außerordentliche Parteitag hat beschlossen, die Fahnen der sozialistischen Revolution niederzulegen und sich auf Reformen innerhalb des kapitalistischen Systems zu beschränken. Auch wenn der Generalsekretär dies dementierte und öffentlich erklärte: „Die PCC löst sich weder auf, noch verliert sie ihre Identität“, bedeuten der Verzicht auf politische Unabhängigkeit, das Aufgeben der politischen Führung und das Fallenlassen des historischen Ziels

für jede kommunistische Partei de facto eine vollständige Auflösung, auch wenn formal eine eigene „Struktur“ innerhalb des Pacto Histórico¹⁸³ erhalten bleibt. In der Praxis bedeutet dieser Weg die Auflösung und die Aufgabe aller Prinzipien.

Zweifellos kam es zu diesem Liquidationsprozess nicht über Nacht. Es war nicht so, dass die Kommunistische Partei Kolumbiens sich auf Konfrontationskurs mit der Sozialdemokratie befunden und sich für die Übernahme der Macht organisiert hätte, um dann plötzlich zu beschließen, im Pacto Histórico aufzugehen, sondern die reformistischen Tendenzen setzten sich schrittweise durch. Wir wollen hier nicht alle ideologischen Abweichungen einzeln aufzählen, sondern einige zentralen Punkte ihres aktuellen Programms analysieren.

Obwohl sie in ihrem Programm den Sozialismus-Kommunismus als Ziel nicht ausdrücklich ablehnen, machen sie viele Umschweife, um zu sagen, dass es in der aktuellen Etappe nicht um den Kampf für den Kommunismus geht – ganz ähnlich wie bei Browder –, sondern dass es im gegenwärtigen Kampf um eine vertiefte Demokratie¹⁸⁴ geht. Das ist ein Konzept, das im Vokabular von Revolutionären nicht existiert. Für die PCC dreht sich der zentrale Kampf um diese partizipative Demokratie, die sie gegen die liberale Demokratie – welche sie „bekämpft“ – verteidigt. Dementsprechend werden die revolutionären Aufgaben zur Machtergreifung beiseitegelassen.

Im Programm heißt es dazu:

„Die demokratischen Aufgaben der aktuellen Etappe können mittelfristig entwickelt werden, wenn der soziale Kampf und kollektives Handeln des Volkes dies erzwingen, in Richtung einer Vertiefung der Demokratie, hin zu einer fortgeschrittenen Demokratie. Diese fortgeschrittene Demokratie soll die Grenzen der liberalen Demokratie als rein prozedurale, repräsentative und partizipative Form überwinden und die Grundlage für ein umfassendes Demokratieverständnis legen. Diese Demokratie basiert nicht nur auf der Vertiefung der politischen Demokratie,

183 Der „Pacto Histórico por Colombia“ ist das Regierungsbündnis um Präsident Gustavo Petro in Kolumbien, es umfasst linksgerichtete Parteien (darunter die PCC), sozialdemokratische Gruppen, Gewerkschaften und indigene Bewegungen.

184 Im Original „la democracia profunda“, diese tiefgehende Demokratie soll – in Abgrenzung zur nur formalen, liberalen Demokratie – über repräsentative Wahlen hinausgehen mit partizipativen, basisdemokratischen und genossenschaftlichen Elementen.

sondern auch auf der Entwicklung der wirtschaftlichen und sozialen Demokratie. In diesem Sinne zielt das politische Projekt der Kommunisten auf eine Neudefinition der kapitalistischen privaten Eigentumsverhältnisse und damit der Verteilungsverhältnisse ab. Ziel ist es, mit Hilfe einer Reihe struktureller Reformen in Wirtschaft und Gesellschaft die skandalöse Konzentration von Eigentum, gesellschaftlichem Reichtum und Einkommen in den Händen weniger Wirtschaftsgruppen zu bekämpfen, Armut zu beseitigen und die Ungleichheit deutlich zu reduzieren. Darüber hinaus soll die Grundlage für einen tiefgreifenden kulturellen Wandel gelegt werden, der eine neue Subjektivität auf Basis von Solidarität, Brüderlichkeit und Kooperation ermöglicht.“

In diesem Auszug bestätigt sich unsere Analyse: Die PCC ist reformistisch geworden. Sie strebt nicht mehr die revolutionäre Zerschlagung des kapitalistischen Staates an, sondern strukturelle Reformen innerhalb seiner Ordnung. Das Programm ist eindeutig:

„Den Weg zu ebnen für den Kampf um Demokratie und Sozialismus bedeutet, die kreative Kraft des kolumbianischen Volkes freizusetzen, zu bündeln und zu lenken – durch die Vielzahl von Kampfformen, die zu einer neuen Macht führen, zu einer Demokratie mit sozialistischer Perspektive.“

Die Rede von Demokratie mit „sozialistischer Perspektive“ zeigt die ideologische Zersetzung, die die PCC seit Jahren durchmacht und die nun in der faktischen Auflösung der Partei in einem von der Bourgeoisie dominierten Block mündet. Solange die Partei existiert, besteht zwar immer die Möglichkeit, dass wahre Kommunisten sie auf den revolutionären Weg zurückführen – doch heute sehen die Perspektiven anders aus.

Der Außerordentliche Parteitag tagte und verabschiedete eine Reihe von Erklärungen und Beschlüssen, die klar liquidatorisch und rechtsopportunistisch sind – auch wenn im ersten Punkt ihres Kommuniqués behauptet wird, man bekräftige den Kampf für den Sozialismus. Doch schon in den nächsten Punkten widerspricht sich die PCC selbst und handelt im Gegensatz zu dem, was eine revolutionäre Partei ausmacht.

In ihrer Erklärung heißt es:

„Infolge des Fortschritts bei den Dialogen und Vereinbarungen zur Konstituierung des Pacto Histórico als politische Bewegung ist es notwendig, auf einer einheitlichen Bewegung zu bestehen, die die kolumbianische Gesellschaft mobilisieren kann – rund um die Organisation und Macht von der Basis. Es sollen demokratische Parteien, linke Kräfte, soziale Bewegungen und Führungen des Volkes einbezogen werden – auf Basis eines gemeinsam erarbeiteten Programms, von Statuten, Prinzipien und Aktionsmechanismen zur Integration von Parteien und Bewegungen unter einer demokratischen kollektiven Leitung. Bekanntlich ist die Bildung von Koalitionen durch die bestehende Wahlgesetzgebung beschränkt. Dies hat zur Aufgabe der eigenen juristischen Parteirechte geführt, um eine gemeinsame Einheit zu bilden – ohne dass dadurch die ideologische, politische und organisatorische Identität der konkurrierenden Kräfte beeinträchtigt würde.“

In diesem Abschnitt entwickeln sie explizit, wie sie einen politisch klassenübergreifenden Raum mit „demokratischen Parteien“ und „linken Kräften“ gestalten wollen. Dieser Raum soll ein gemeinsames Programm haben, das – wie wir bereits wissen – nichts mit einem revolutionären Programm zur Machtergreifung in Kolumbien zu tun haben wird, sondern – ganz im Sinne der Linie, die die PCC verfolgt – darauf ausgerichtet sein wird, die „Demokratie zu stärken“. Das heißt vereinfacht ausgedrückt, die Profite des Großkapitals zu sichern, jede Art von Eskalation oder Umbruch zu verhindern und somit als Schutzwall zur Eindämmung des Klassenkampfs zu wirken.

Die PCC ist bereit, die politische Führung der Kommunisten aufzugeben um sich der Führung der Sozialdemokratie zu unterwerfen, wenn diese erklärt, dass es eine „kollegiale, demokratische Führung“ mit allen beteiligten Parteien geben werde. Wir Marxisten-Leninisten verstehen die Parteiführung als einen Generalstab – sie ist es, die das Werkzeug der Arbeiterklasse führt, um dieses abscheuliche System zu stürzen. Doch die PCC sieht das nicht so.

Später heißt es in ihrer Erklärung:

„Infolgedessen hat der außerordentliche 24. Parteitag der PCC Beschlüsse diskutiert und gefasst. Diese Beschlüsse sind eine Weiterentwicklung der politischen Linie, die auf dem vorherigen Parteitag beschlossen wurde und entsprechen dem Weg, der auf den Sitzungen des ZK bestätigt wurde. Sie sind eine Fortführung der jüngsten politischen Entwicklung im Rahmen des Pacto Histórico als politischer Bewegung. Sie beinhalten: 1. die Fusion der beteiligten Parteien, 2. das Programm, das dem kolumbianischen Volk vorgeschlagen wird, und 3. die Statuten als Instrument zur Organisation und Regelung der Dynamik und des internen Lebens.“

Wir haben die Frage des Programms bereits angesprochen, aber an dieser Stelle sehen wir, dass auch in der Frage der Statuten nachgegeben wird. Es ist allgemein bekannt, dass die Statuten kommunistischer Parteien, die der Lehre von Marx, Engels und Lenin treu geblieben sind, nicht nur unsere Interessen repräsentieren, sondern auch unsere Art der Organisation widerspiegeln – nämlich die Grundsätze einer leninistischen Partei neuen Typs. Dass die PCC dies nun aufgibt, bedeutet, dass die zentrale Ordnung der Partei künftig durch die Bourgeoisie bestimmt wird – nämlich durch die Statuten des Pacto Histórico.

In einer anderen Erklärung heißt es:

„Die PCC hat darüber hinaus den Aufbau einer einheitlichen Partei der Linken und alternativen Sektoren bekräftigt und die Notwendigkeit betont, den Dialog zu stärken, um den Pacto Histórico als einheitliche politische Bewegung zu konsolidieren und dem kolumbianischen Volk ein politisches Instrument zur Verfügung zu stellen.“

Um diese Analyse des 24. außerordentlichen Parteikongresses abzuschließen: Diese Erklärung bestätigt die Richtigkeit unserer Analyse, denn sie ist anti-leninistisch. In erster Linie, weil sie die Kommunistische Partei nicht mehr als revolutionäres politisches Instrument sieht, sondern als Teil einer einzigen klassenübergreifenden Partei mit unterschiedlichen Strömungen, die den Kapitalismus reformieren oder ihm ein „menschliches Antlitz“ geben soll. Die PCC stellt dabei die „Einheitspartei der Linken“ über den Aufbau der Kommunisti-

schen Partei als Vorhut der kolumbianischen Arbeiterklasse – und widerspricht damit Lenins Theorie der Partei.

Warum sprechen wir vom Browderismus des 21. Jahrhunderts? Weil – obwohl es nicht exakt gleich ist – viele Gemeinsamkeiten bestehen, teils sogar identische Züge: vor allem die Aufgabe des Kampfes für den Sozialismus, die Auflösung der Partei zugunsten einer „breiten Massenerfahrung“, das Aufgeben des revolutionären Programms der Kommunisten, die Rolle der Vermittlung zwischen den zwei sich gegenüberstehenden Klassen – und die vollständige Ablehnung der leninistischen Organisationsmethoden.

Wenn sie von einem gemeinsamen Programm sprechen, das zwischen allen „demokratischen und linken“ Organisationen konsensual erarbeitet wurde, erinnert das zwangsläufig an Browder, der sagte:

„Daher müssen die Anhänger des Sozialismus [...] laut verkünden, dass sie die Frage des Sozialismus nicht in einer Weise aufwerfen werden, die diese nationale Einheit gefährdet. In allen praktischen Entscheidungen müssen sie ihre sozialistischen Überzeugungen dem gemeinsamen Programm der Mehrheit unterordnen.“

Die glorreiche PCC, die jahrzehntelang tapfer gegen die kolumbianische Bourgeoisie gekämpft hat, kniet heute vor ihr nieder. Doch zweifellos wird diese Partei, die man aufzulösen versucht, wiedergeboren werden – als reale Notwendigkeit angesichts der Probleme, die von der Bourgeoisie ausgehen. Die Kommunistische Partei mit Machtanspruch und revolutionärer Strategie wird in Kolumbien wieder auferstehen – wie sie es in Argentinien mit der Kommunistischen Partei Argentiniens (Partido Comunista Argentino, PCA) getan hat, wie in Brasilien mit der Brasilianischen Revolutionären Kommunistischen Partei (Partido Comunista Brasileiro Revolucionário, PCBR). Überall auf dem Kontinent und in der Welt entstehen revolutionäre Kräfte neu – inmitten dieser Krise der internationalen kommunistischen Bewegung.

Die Kommunistische Partei Kolumbiens wird wiedergeboren werden. Solange es eine Arbeiterklasse gibt, wird auch ihre Avantgardepartei – ihr Instrument zur Machtübernahme – wieder organisiert werden.

Die Sozialdemokratie – Feind der Kommunisten

Der beschriebene Prozess darf nicht isoliert betrachtet werden, er ist Ausdruck der allgemeinen Krise der internationalen kommunistischen Bewegung. Wir haben auf dem amerikanischen Kontinent erlebt, wie sich mehrere kommunistische Parteien den lokalen Bourgeoisien – den sogenannten „progressiven“ Kräften – angeschlossen haben. Man sieht das in Argentinien, mit der völligen Unterordnung der Partido Comunista de la Argentina (PCdA) unter den Peronismus,¹⁸⁵ in der Kommunistischen Partei Chiles (Partido Comunista de Chile, PCCh), oder in der Kommunistischen Partei Uruguays (Partido Comunista de Uruguay, PCU). Leider gibt es zahllose Beispiele kommunistischer Parteien, die sich in den bürgerlichen Staat integriert oder bürgerliche Entwicklungen unterstützt haben. Ebenso gibt es klassenübergreifende Koordinierungen, an denen kommunistische Parteien teilnehmen, wie das Forum von São Paulo¹⁸⁶ oder Treffen, die von der Arbeitspartei (Partido del Trabajo, PT) in Mexiko organisiert werden – oder global die „World Anti-Imperialist Platform“, die in Wahrheit antikommunistisch und opportunistisch ist.

Die internationale kommunistische Bewegung ist leider infiziert von Opportunismus, Volksfrontpolitik, Etappentheorien und Reformismus. Das zeigt sich in ihren Positionen zu Krieg, Progressismus, zum sogenannten „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“, zu fehlerhaften Imperialismus-Konzepten, zu „nationalen Wegen zum Sozialismus“, zu „Sozialismus mit Besonderheiten“ – und in reaktionären Positionen wie der Verteidigung von Maduro-Cabello und der Vereinigten Sozialistischen Partei Venezuelas (Partido Socialista Unido de Venezuela, PSUV), trotz der Verfolgung und faktischen Illegalisierung der Kommunistischen Partei Venezuelas (Partido Comunista de Venezuela, PCV), der man sogar ihre Wahlkarte genommen hat.

Was als „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ bezeichnet wird – oder im kolumbianischen Fall das Projekt des Pacto Histórico – ist in Wirklichkeit eine Form, mit der die Sozialdemokratie das kapitalistische System verwaltet. Diese Ver-

185 Peronismus ist eine vielgestaltige Bewegung in Argentinien seit den 1940er Jahren, die sich historisch stark veränderte und eine Vielzahl politischer Ziele und Anschauungen integrierte, denen nur die Berufung auf das Volk und auf die anfängliche Führungsfigur Juan Perón gemein war.

186 Das Forum von São Paulo ist ein 1990 gegründeter internationaler Zusammenschluss linksgerichteter Parteien und Organisationen Lateinamerikas und der Karibik.

waltung dient nicht dem wahren Wohl des Volkes, sondern fungiert als Bremse gegenüber potenziellen Aufständen oder tiefgreifenden Transformationen durch die Arbeiterklasse. Deshalb ist es die Aufgabe der Kommunisten, dieser opportunistischen Tendenz entgegenzutreten, die letztlich nur das Ziel verfolgt, die Arbeiterklasse bürgerlich-nationalistischen Interessen zu unterwerfen – und so ihre historische Rolle der Selbstbefreiung und Machteroberung zu blockieren.

Die Rolle, die der Progressismus und die Regierungen, die den „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ vorangetrieben haben – oder aktuell Regierungen wie die von Gustavo Petro – im Hinblick auf die kommunistischen Parteien gespielt haben und spielen, war und ist verhängnisvoll. Sie rundet das Bild ab, das erkennen lässt, dass der Progressismus – und damit die Sozialdemokratie – ein Feind der Arbeiterklasse und der Kommunisten ist. In Argentinien ist es gelungen, die Kommunistische Partei jahrelang unschädlich zu machen und sie auf eine passive Rolle als Hilfskraft der vom Peronismus vertretenen lokalen Bourgeoisie zu reduzieren. Jahrelang fehlte der argentinischen Arbeiterklasse ihre revolutionäre Avantgardepartei. Dasselbe geschah in Ecuador und Bolivien, wo die kommunistischen Parteien sich in die bürgerlichen Projekte von Correa beziehungsweise Evo Morales integrierten – was zur faktischen Liquidierung beider Parteien führte und sie politisch bedeutungslos machte. Das eindrücklichste Beispiel ist Venezuela, wo nicht nur versucht wurde, die PCV in die PSUV einzugliedern, sondern nun auch offen gegen sie vorgegangen wird: Die Wahlkarte wurde entzogen, das Parteilogo gestohlen und an bezahlte Opportunisten wie Henry Parra übergeben, die nichts mit der PCV zu tun haben. Der Fall der PCC und ihre Rolle im Pacto Histórico reiht sich in diese Entwicklung ein.

Der Progressismus hat stets versucht, kommunistische Parteien zu unterwerfen oder aufzulösen, weil er weiß: Nur eine kommunistische Partei mit marxistisch-leninistischer Ideologie kann die Interessen gefährden, die die Sozialdemokratie vertritt, nämlich die Interessen des Kapitals.

Die Sozialdemokratie hat der Arbeiterklasse keinen Fortschritt gebracht, sondern ihre Parteien geschwächt, sie ihrer revolutionären Kraft beraubt und jede Arbeiter- oder Volksreaktion zu unterdrücken versucht.

Schlussfolgerung

Zum Abschluss der Analyse dieses tragischen Ereignisses erscheint es mir wichtig, dass wir Kommunisten Anstrengungen in zwei Hauptrichtungen unternehmen: Zum einen den Kampf gegen die Sozialdemokratie, die im Staat und in der Arbeiterbewegung sowie in anderen Massenorganisationen verankert ist; zum anderen das Lernen aus der historischen Erfahrung und die Wachsamkeit gegenüber ideologischen Abweichungen innerhalb der kommunistischen Parteien, um diese entschieden zu bekämpfen.

Der Kampf gegen die Sozialdemokratie ist ein Scheideweg innerhalb der internationalen kommunistischen Bewegung. Viele Kräfte sehen sie als zentralen Verbündeten. Aber Sozialdemokratie ist im Kern nicht anders als rechtsradikale Ausprägungen, nur eine andere Weise der Verwaltung des Kapitals. Was unterscheidet Peronismus von Milei? Strategisch nichts – beide wollen den Kapitalismus erhalten. Dasselbe gilt für VOX und Sánchez in Spanien oder Lula und Bolsonaro in Brasilien. Hinter dem Trugbild vom „kleineren Übel“ und der falschen Dichotomie „links“ gegen „rechts“ verbirgt sich letztlich die Wahl zwischen zwei kapitalistischen Lagern. Die Bekämpfung der Sozialdemokratie ist also nichts mehr und nichts weniger als der antikapitalistische, antiimperialistische und antimonopolistische Kampf.

Was die Tendenzen in den kommunistischen Parteien angeht, müssen wir wachsam sein. Die Ideen des Feindes stehen ständig an der Tür. Wir sehen das in allen Parteien, die sich aufgrund des offensichtlichen Eindringens bürgerlicher Ideologie in die Partei eindeutig vom Marxismus-Leninismus abgewandt haben. Die Erfahrungen mit dem Browderismus in den 1940er Jahren und der aktuelle Fall der PCC müssen uns lehren: Fremde Tendenzen in der Arbeiterideologie müssen entschieden bekämpft werden. Dies gilt besonders für neu entstehende revolutionäre Organisationen: In ihren Reihen darf kein Platz sein für Tendenzen, die gegen die marxistisch-leninistische Ideologie, gegen die ausgearbeitete Linie oder gegen leninistische Organisationsmethoden arbeiten. Der Weg, den solche Zugeständnisse eröffnen, ist der Weg in den ideologischen Bankrott. Oft werden solche Positionen im Namen der „Parteiainheit“ oder des „großen Parteaufbaus“ toleriert – doch das führt in die ideologische Auflösung. Die Erfahrung muss uns wachsam und aufmerksam machen gegenüber dem Eindringen von Ideologie, denn die Kommunistische Partei ist weltweit weiterhin der Hauptfeind der Kapitalistenklasse, und diese wird versuchen, sie zu entwaffnen, mit ihrer eigenen Ideologie auszustatten und in eine

passive Rolle zu drängen. Abschließend zu diesem Fazit müssen wir zwei weitere Dinge analysieren: Zum einen die Phase, die sich innerhalb der internationalen kommunistischen Bewegung eröffnet hat, und zum anderen die Notwendigkeit der Organisation und Koordinierung jener Vortrups.

Hinsichtlich der aktuellen Etappe innerhalb der internationalen kommunistischen Bewegung können wir sagen, dass der imperialistische Krieg zwischen Russland und der NATO in der Ukraine ein Wendepunkt war. In seinem Verlauf sind die Widersprüche innerhalb der kommunistischen Bewegung endgültig aufgebrochen. Wir sehen kommunistische Parteien, die zunächst korrekte Positionen hatten und dann ins Lager des Opportunismus abgedriftet sind, wie es bei der Russischen Kommunistischen Arbeiterpartei (RKRK) der Fall war. Ebenso beobachten wir die Auflösung der Kommunistischen Initiative und die darauffolgende Gründung der Europäischen Kommunistischen Aktion. Wir sehen auch jene Parteien, die sich in Bezug auf diesen Konflikt korrekt positioniert haben – wie in der gemeinsamen Erklärung der Genossen der Kommunistischen Partei Mexikos (PCM), der Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE), der Kommunistischen Arbeiterpartei Spaniens (PCTE) und der Genossen der Kommunistischen Partei der Türkei (TKP). Außerdem ist zu erkennen, wie verschiedene Kommunistische Parteien und Kommunistische Jugendorganisationen zerbrochen sind – nicht nur wegen der Frage des imperialistischen Krieges, aber dieser markierte eindeutig ein Zeitklima. Man kann zum Beispiel den Fall der Jugendorganisation der Kommunistischen Partei Spaniens (Unión de Juventudes Comunistas de España, UJCE, der Partido Comunista de España, PCE) nennen – keine revolutionäre, sondern eine linksradikale Spaltung. Doch auch sie war Ausdruck des Klimas einer Zeit, in der eine kommunistische Partei in den Staat integriert wurde und ihre inneren Widersprüche sie sprengten. Ein konkretes Beispiel ist unser eigenes Land, in dem wir – stolz und zugleich bescheiden – sagen können, dass hier einer der ersten Brüche der letzten Jahre stattfand: mit der Gründung der PCA als Folge des Ausschlusses revolutionärer Elemente aus der PCdE. Erwähnenswert ist auch der Fall unserer brasilianischen Brüder und Genossen, wo die Kommunistische Partei (Partido Comunista Brasileiro, PCB) ihre revolutionären Kräfte ausschloss, die daraufhin die Revolutionäre Kommunistische Partei Brasiliens (Partido Comunista Brasileiro Revolucionário, PCBR) gründeten. Weitere Prozesse laufen in der Kommunistischen Partei Ecuadors (Partido Comunista del Ecuador, PCE), in der Partei und der Kommunistischen Jugend Boliviens (Partido y la Juventud Comunista de Bolivia, PCB und JCB). Ebenso hervorzuheben sind die Anstrengungen der Genossen der Kommunistischen Arbeiter-

terplattform der USA (CWPUSA), die Arbeiterorganisation in jenem Land zu stärken – und viele weitere Vortrupps, die in diesem Prozess entstehen oder noch entstehen werden. Es handelt sich um eine Krise nicht nur des Kapitalismus, sondern auch der internationalen kommunistischen Bewegung.

Vor diesem Hintergrund können wir sagen, dass wir uns in einer Phase des Bankrotts der internationalen kommunistischen Bewegung befinden – doch zugleich eröffnet sich damit der Weg für revolutionäre Wiederaufbauprozesse in den verschiedenen Ländern Amerikas und der Welt. Trotz aller Unterschiede erleben wir eine Zeit, die jener des Zusammenbruchs der Zweiten Internationale ähnelt und dem Kampf der Bolschewiki gegen die Opportunisten im Kontext des ersten imperialistischen Weltkriegs.

Angeichts dieser Lage müssen wir revolutionären Kommunisten den nächsten Schritt unternehmen: die Zusammenführung der Avantgarde-Vortrupps in den verschiedenen Ländern, die tagtäglich darum kämpfen, die Kommunistische Partei wieder aufzubauen. Die Notwendigkeit einer revolutionären Strategie auf kontinentaler und globaler Ebene – im Geiste des Erbes der Kommunistischen Internationale – ist angesichts des Zerfalls dieses parasitären Systems dringlicher denn je. Der revolutionäre Wiederaufbauprozess muss Hand in Hand gehen mit der Koordinierung der Kommunisten weltweit – mit einer klaren Strategie zur Überwindung des Kapitalismus.

¡Es el momento! – Jetzt ist der Moment!

Spendenempfehlung 5 €

